

(A)

(C)

-
-
--
-

(B)

(D)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 5:

- Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss) zu dem Antrag der Bundesregierung

-
-

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Operation Atalanta zur Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Somalias auf Grundlage des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen (VN) von 1982 und der Resolutionen 1814 (2008) vom 15. Mai 2008, 1816 (2008) vom 2. Juni 2008, 1838 (2008) vom 7. Oktober 2008, 1846 (2008) vom 2. Dezember 2008, 1851

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt

- (A) **(2008) vom 16. Dezember 2008, 1897 (2009) vom 30. November 2009, 1950 (2010) vom 23. November 2010, 2020 (2011) vom 22. November 2011 und nachfolgender Resolutionen des Sicherheitsrates der VN in Verbindung mit der Gemeinsamen Aktion 2008/851/GASP des Rates der Europäischen Union (EU) vom 10. November 2008, dem Beschluss 2009/907/GASP des Rates der EU vom 8. Dezember 2009, dem Beschluss 2010/437/GASP des Rates der EU vom 30. Juli 2010, dem Beschluss 2010/766/GASP des Rates der EU vom 7. Dezember 2010 und dem Beschluss 2012/174/GASP des Rates der EU vom 23. März 2012**

– Drucksachen 17/9339, 17/9598 –

Berichterstattung:
Abgeordnete Philipp Mißfelder
Dr. Rolf Mützenich
Dr. Rainer Stinner
Jan van Aken
Kerstin Müller (Köln)

- **Bericht des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss) gemäß § 96 der Geschäftsordnung**

– Drucksache 17/9599 –

Berichterstattung:
Abgeordnete Herbert Frankenhauser
Klaus Brandner
Dr. h. c. Jürgen Koppelin
Michael Leutert
Sven-Christian Kindler

- (B) Über die Beschlussempfehlung werden wir später namentlich abstimmen. Zudem liegt ein Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor.

Zwischen den Fraktionen ist verabredet, eine Stunde zu debattieren. – Dazu sehe und höre ich keinen Widerspruch. Dann ist das beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und gebe dem Kollegen Burkhardt Müller-Sönksen für die FDP-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Burkhardt Müller-Sönksen (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die öffentliche Debatte in den letzten Tagen um die Fortsetzung des Atalanta-Mandats fokussierte sich ausschließlich auf die zusätzlichen Wirkungsmöglichkeiten am somalischen Strand. Diese Debatte ist ohne Frage wichtig, aber wir sollten nicht aus den Augen verlieren, dass es sich hierbei lediglich um die Öffnung einer Zusatzoption handelt. Der Kern der Mission ist und bleibt die Pirateriebekämpfung auf See und der Schutz der Schiffe des Welternährungsprogramms.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Mission Atalanta ist ein großer Erfolg. Die Zahl der erfolgreichen Kaperungen ist weiter gesunken, und

alle Schiffe des Welternährungsprogramms haben unbeschadet die somalischen Häfen erreicht. Unser Dank gilt hierfür den deutschen Soldaten, die mit ihren internationalen Partnern hervorragende Arbeit geleistet haben. (C)

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Aber – das sage ich hier ganz offen – wir werden das Problem Piraterie nicht alleine mit militärischen Mitteln lösen können. Wir setzen daher auf verstärkte Kontrolle der illegalen Geschäfte und Geldströme in der Region und den weiteren Aufbau der somalischen Polizei. Wir stärken die Justiz mit dem Ziel, dass die Somalis immer stärker auch selbst gegen die Piraterie vorgehen können.

(Rainer Erdel [FDP]: Eine Schande!)

Für die angekündigte Ablehnung des Mandats durch die SPD habe ich gerade als Hamburger Abgeordneter kein Verständnis. Deutschland befindet sich als exportorientierte Nation in einer besonderen maritimen Abhängigkeit. Wenn wir der Piraterie nicht entschieden begegnen, schaden wir der Leistungsfähigkeit unserer Volkswirtschaft, der deutschen und europäischen, in großem Maße.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel forderte im März dieses Jahres in seiner Grundsatzrede bei den Petersberger Gesprächen Folgendes – ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin –:

Törichte Alleingänge ... dürfen wir uns in Zukunft nicht leisten. (D)

... Auch wenn es schwer fällt, müssen wir bereit sein ..., auch im sicherheits- und verteidigungspolitischen Bereich Schritt für Schritt Souveränität abzugeben.

Ihr Vorsitzender wirbt für den gemeinsamen europäischen Weg. Sie aber verlangen von uns im Bundestag, dass wir uns in der Ausgestaltung des Mandats Atalanta gegenüber unseren europäischen Partnern isolieren. Diese Doppelzüngigkeit der SPD zeigt ein weiteres Mal, dass eben nur die schwarz-gelbe Koalition verlässliche Politik für die maritime Wirtschaft macht.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Rainer Erdel [FDP]: So sieht das aus!)

Aber die Pirateriebekämpfung ist nicht nur eine Frage der Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen. Wir stehen auch in der Verantwortung, für den Schutz der Besatzungen Sorge zu tragen. Ich begrüße daher sehr, dass die Reeder in den letzten Monaten ihre Möglichkeiten genutzt haben, und mit dem Maritimen Koordinator der Bundesregierung, Hans-Joachim Otto, bringen wir einen Gesetzentwurf zum Einsatz privater Sicherheitsdienste auf den Weg. Wir schaffen damit eine klare gesetzliche Grundlage und ermöglichen den Reedern in noch größerem Maße, selbst für die Sicherheit ihrer Besatzung an Bord tätig zu werden.

Burkhardt Müller-Sönksen

- (A) (Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Hans-Joachim Otto, Parl. Staatssekretär: So machen wir das!)

Die Mission Atalanta ist ein Erfolg. Sie ist ein Erfolg für die somalische Bevölkerung, die wir nicht mit dem Problem der Piraterie alleinlassen wollen. Atalanta leistet zudem einen essenziellen Beitrag zur Erhöhung der Sicherheit der Seehandelswege.

Für diese wichtige Arbeit und die Verlängerung des Mandats in der zum Beschluss stehenden Ergänzung bitten wir Sie um Ihre Zustimmung.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Das Wort hat der Kollege Dr. Gernot Erler für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Dr. h. c. Gernot Erler (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Schon in der Debatte vom 26. April bei der ersten Beratung zu diesem Mandat haben wir von der Regierungsseite gehört, es gebe ein großes Interesse daran, den Konsens über die Mission Atalanta möglichst breit aufrechtzuerhalten. Ich stelle fest: Diese Behauptung ist in keiner Weise glaubwürdig.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

- (B) Auf jeden Fall haben Sie alles getan, um uns eine Zustimmung zu dem geänderten Mandat unmöglich zu machen. Ich nenne einige Punkte.

Erstens. Sie haben vor der Vorlage des Mandats unsere früh geäußerten Bedenken einfach weggewischt und keine Beteiligung der Opposition gesucht.

Zweitens. Sie haben völlig ohne Not das komplette Atalanta-Mandat, das eigentlich bis Ende dieses Jahres Gültigkeit hat, mit der entsprechenden Erweiterung neu zur Abstimmung gestellt. Gleichzeitig spielen Sie die Bedeutung dieser Erweiterung herunter und sagen, sie enthalte qualitativ nichts Neues und stelle nur eine kleine zusätzliche Handlungsoption dar. Wenn das der Fall ist, wenn es eine Erweiterung von geringster Bedeutung ist, warum um Gottes willen lassen Sie dann im Bundestag fünf Monate später schon wieder über das volle Mandat abstimmen?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Diese Taktik ist durchschaubar. Das Kalkül ist, dass zum Beispiel die SPD-Fraktion, die im Dezember 2011 nahezu einstimmig für die Fortsetzung von Atalanta gestimmt hat, jetzt wegen einer solchen Kleinigkeit ihre Zustimmung wohl nicht versagen werde. Auf diese Kleinigkeit komme ich noch zurück. Aber schon jetzt kann ich Ihnen versichern: Dieses Kalkül geht nicht auf. Wenn Sie nur über die Mandatserweiterung hätten abstimmen

- lassen, wäre es bei der wünschenswerten breiten Zustimmung zum laufenden Atalanta-Mandat geblieben. Dafür, dass das jetzt nicht so bleibt, tragen Sie die alleinige Verantwortung. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt noch einen dritten Punkt in Sachen Glaubwürdigkeit Ihres Wunsches nach breiter Unterstützung. Noch bevor wir unsere internen Beratungen abgeschlossen hatten, wurden wir mit der Unterstellung aus Ihren Reihen konfrontiert, die SPD nehme die nun anstehende Atalanta-Abstimmung zum Anlass, um sich insgesamt aus der Verantwortung für internationale Missionen zu verabschieden, nach dem Motto „erst Atalanta und dann Afghanistan“, und das aus wahltaktischen Gründen. Nach all der Arbeit und dem Engagement, das wir in der Vergangenheit gerade in solchen Fällen investiert haben – ich erinnere an die großen Anstrengungen, die notwendig waren, um gemeinsam zu einem verbindlichen Fahrplan für Afghanistan zu kommen, und an die Tatsache, dass wir uns in der Öffentlichkeit zur Unterstützung der nun in Rede stehenden Mission bekannt haben, wohl wissend, dass das unpopulär ist –, erfüllen Ihre Unterstellungen den Tatbestand der üblen Nachrede.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Auf jeden Fall wird keiner behaupten können, das, was Sie gemacht haben, seien Bemühungen gewesen, den Konsens in Sachen Piratenbekämpfung vor der somalischen Küste aufrechtzuerhalten.

- (D) Jetzt zur Mandatserweiterung. Herr Verteidigungsminister, bei der ersten Lesung haben Sie hier die These aufgestellt – ich darf das wörtlich zitieren –: „Eine Option mehr ist besser als eine Option weniger. So einfach ist das.“ Ich teile diese These nicht. Wenn das so einfach wäre: Warum ringen wir dann eigentlich bei jeder militärischen Mission im Ausland so intensiv um Details, bis hin zu den Rules of Engagement? Es gibt durchaus Optionen, die man besser nicht hat, und zwar dann nicht, wenn sie bestimmte Grenzüberschreitungen darstellen bzw. ermöglichen, die letztlich nicht zu mehr Erfolg, wohl aber zu mehr Risiko führen, oder wenn sie politische Komplikationen heraufbeschwören, die wir nicht haben wollen. Deswegen ist es unsere Pflicht, jede zusätzliche Option genau zu prüfen und gegebenenfalls infrage zu stellen.

Warum lehnen wir nun die zusätzliche Option, an Land befindliche Ausrüstung von Piraten aus der Luft zu zerstören, ab? Ich will mich hier auf zwei Gründe beschränken. Diese Mandatserweiterung macht sich von Luftaufklärung abhängig und damit von deren Zuverlässigkeit. Ich frage Sie: Was muss eigentlich noch passieren, um bei Ihnen Zweifel an einer solchen Abhängigkeit aufkommen zu lassen? Haben Sie verdrängt, wie oft es in vergleichbaren Situationen zu tragischen und politisch verheerenden Fehlbeurteilungen gekommen ist? Wie oft ist das im Kosovo-Krieg der Fall gewesen, der allein aus der Luft geführt wurde? Wie war das in Afghanistan, wo manchmal – nicht nur einmal – Hochzeitsgesellschaften, bei denen Freudenschüsse in die Luft abgegeben wur-

Dr. h. c. Gernot Erler

- (A) den, mit Aufständischen verwechselt wurden? Offenbar haben Sie auch verdrängt, in welcher tragische Verstrickung uns der Fall Kunduz gebracht hat, in dem es eine ähnliche Abhängigkeit von der Luftaufklärung gab.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Natürlich wissen wir, dass es nicht vorgesehen ist, Personen aus der Luft anzugreifen. Aber wir weigern uns, die Erfahrungen zu verdrängen. Deswegen werden wir einer Missionserweiterung mit einer so gefährlichen einseitigen Abhängigkeit von der Luftaufklärung kein grünes Licht geben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt einen anderen, ebenso wichtigen Punkt. Bisher hat die Bundesregierung den Anschein erweckt, jeder Einsatz von Bodentruppen im Rahmen des Atalanta-Mandats sei ausgeschlossen. Seit gestern wissen wir mehr. Kleinlaut musste die Bundesregierung zugeben, dass unter bestimmten Voraussetzungen einzelne Nationen durchaus Bodentruppen entsenden können, wenn auch formal nicht im Rahmen der Atalanta-Mission. Sollte es dabei zu irgendwelchen Komplikationen kommen, glaubt doch keiner, dass dann die deutsche Selbstbeschränkung, das deutsche Caveat, noch hält. Dann sind wir mittendrin, ob wir wollen oder nicht. Das kann schon passieren, wenn ein Hubschrauber über Land in Not gerät, er notlanden und man dann die Besatzung retten muss.

- (B) (Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Aber das bedeutet, dass die Mandaterweiterung genau zu diesen politischen Komplikationen führen kann, die wir unbedingt vermeiden wollen. Was wir am wenigsten brauchen, ist eine Solidarisierung in Somalia mit den Piraten. Wir brauchen genau das Gegenteil. Was ist eigentlich, wenn die in eine solche Auseinandersetzung Verwickelten Schutz suchen, womöglich noch bei den Al-Schabab-Milizen?

(Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau!)

Gerade nach dem, was wir gestern über mögliche Landoperationen anderer Staaten erfahren haben, sagen wir mit Nachdruck: Diese Mandaterweiterung führt zu begrenzten zusätzlichen Möglichkeiten bei der Piratenbekämpfung, immer vorausgesetzt, dass die Piraten nicht lernfähig sind, aber zu entgrenzten Risiken, was unsere Ziele in Somalia angeht. Um es ganz klar zu sagen: Die SPD steht weiter voll hinter der bisherigen, laufenden Atalanta-Mission, aber wir sind nicht bereit, zu einem solchen unverantwortlichen Schritt unsere Zustimmung zu geben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wohl aber – und damit möchte ich schließen – sind wir bereit und warten darauf, mit Ihnen über andere Initiativen zu reden. Wir müssen endlich verhindern, dass gerade festgesetzte Piraten an Land postwendend wieder

freigelassen werden, weil es immer noch keine internationale Strafverfolgungsmöglichkeit gibt. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf von der CDU/CSU: Wir sind dabei!)

– Ja, aber es geht nicht vorwärts. – Es muss auch gelingen, mehr als bisher dem gar nicht in Somalia ansässigen Pirateriegeschäft auf die Fersen zu kommen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Noch immer reichen die internationalen Bemühungen nicht aus, Somalia, diesen geschundenen, gescheiterten Staat, endlich zu befrieden und dort Staatlichkeit und Ordnung wieder herzustellen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dafür lohnen sich zusätzliche Anstrengungen, und das sind unsere Vorschläge für sinnvolle zusätzliche Bemühungen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Der Kollege Florian Hahn spricht jetzt für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Florian Hahn (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Im November 2008 hat die EU im Rahmen ihrer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik mit Atalanta eine sehr erfolgreiche Operation zur Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Somalias ins Leben gerufen. Getragen von einem breiten, parteiübergreifenden Konsens, wurde diese gemeinsame Aktion schon dreimal verlängert bzw. erweitert. Auch heute steht wieder eine weitere Anpassung des Mandats zur Abstimmung, die wir ganz im Sinne unserer bisherigen Politik befürworten. Mit der Anpassung des deutschen Mandats für Atalanta wollen wir den Konsens unter den teilnehmenden Staaten stärken und somit ein Signal zum weiteren Ausbau der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU geben. Wir wollen die Handlungsfähigkeit der Operation sicherstellen und erreichen, dass sich deutsche Streitkräfte auch nach dem Beschluss der europäischen Außenminister vom 23. März dieses Jahres in vollem Umfang an der Operation Atalanta beteiligen können. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Letztlich geht es uns auch darum, dass diese Operation weiterhin ein Erfolg bleibt; denn Atalanta ist ein Erfolg für die GSVP und für das Horn von Afrika. Da werden mir sicherlich auch die Kollegen der SPD und der Grünen zustimmen.

Bislang hat Atalanta mehr als 130 im Auftrag des Welternährungsprogramms durchgeführte Schiffstransporte sicher an ihre somalischen Zielhäfen geleitet und

Florian Hahn

- (A) damit einen wichtigen Beitrag zur Versorgung der hungerleidenden somalischen Bevölkerung geleistet. Die Operation konnte dazu beitragen, dass der für die internationale Schifffahrt so wichtige und bedeutende Golf von Aden durch die Anwesenheit ihrer Marineschiffe erheblich sicherer geworden ist. Wir möchten mit dieser Mandatsanpassung die Laufzeit von Atalanta bis Mai 2013 verlängern, damit die Operation auch weiterhin so erfolgreich sein kann.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Der deutsche Beitrag zu Atalanta war bisher engagiert und umfangreich. Seit Beginn der Beteiligung an der Operation stellt Deutschland stets mindestens eine Fregatte oder einen Einsatzgruppenversorger, ein zur Pirateriebekämpfung ausgerichtetes Fähigkeitspaket, in Dschibuti stationiertes Unterstützungspersonal sowie Soldaten in den Hauptquartieren. Für diesen Einsatz gebührt unser Dank den deutschen Soldaten, die immer sehr besonnen ihre Arbeit ausführen. Wir wünschen ihnen weiterhin alles Gute und Gottes Segen!

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

- (B) Deutschland hat sich durch dieses Engagement in der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU als zuverlässiger Partner erwiesen. Das soll mit uns auch in Zukunft so bleiben, insbesondere da es sich bei der anstehenden Anpassung des Atalanta-Mandats nicht um eine neue Qualität des Mandats handelt. Es geht nicht darum – wie von der Opposition oft beschrieben und in wilden Szenarien farbig dargestellt –, die Kämpfe an Land zu tragen, sondern darum, es gar nicht erst zu Kämpfen auf See kommen zu lassen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wenn die EU-Operation in Zukunft bis zu einer Tiefe von maximal 2 Kilometern ins Land hinein gegen logistische Einrichtungen der Piraten am Strand vorgehen kann, wird die Handlungsfähigkeit der Piraten weiter eingeschränkt, und es wird verhindert, dass diese vor den Küsten Somalias gesucht und aufgebracht werden müssen. Somit entspricht es der Logik des Einsatzes, diese defensive, abschreckende Wirkung der Operation weiter zu stärken, indem wir ein eindeutiges Signal an die Piraten senden: Wir werden Akte der Piraterie bereits im Keim ersticken!

Man kann eben nicht – wie die SPD in der letzten Lesung oder auch jetzt gerade angeklungen – Nein zu dieser Anpassung des Mandats und Ja zum Kampf gegen Piraterie auf See sagen.

(Zurufe von der SPD)

Ein Opt-out, ich nenne es einfach einmal Rosinenpickerei, ist hier nicht möglich. Die Bekämpfung der Piraterie auf See und der logistischen Einrichtungen der Piraten an den Stränden sind zwei Seiten derselben Medaille. Deshalb wird hier auch keine Mandatserweiterung zusätzlich zur Abstimmung gestellt, sondern es wird im Paket entschieden. Ein Nein zu dieser Ausweitung ist und bleibt ein Nein zu der gesamten EU-Operation.

(C) Verehrte Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, hier geht es um Verantwortung, um Ihre Mitverantwortung gegenüber den deutschen Soldatinnen und Soldaten, unseren Partnern in der EU und letztlich auch gegenüber der Kontinuität unserer Außenpolitik. Wenn Sie diese Anpassung nicht mittragen möchten, geht das auch zulasten unserer Bündnisfähigkeit in der EU. Es ist nämlich auch ein Wert der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik an sich, dass Deutschland ein verlässlicher Bündnispartner ist. Mit einer Ablehnung des Mandats stellen Sie die Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit des deutschen Beitrags nicht nur an der Operation Atalanta, sondern an der gesamten GSVP infrage.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, dies ist ein zu hoher Preis dafür, dass die SPD mit einer Ablehnung von Atalanta in Wahrheit Piratenbekämpfung in Deutschland betreibt.

(Widerspruch bei der SPD)

Mir ist schon klar, dass Ihre Fraktion langsam nervös wird, nachdem Sie bei den letzten beiden Landtagswahlen weit weg von den eigenen Erwartungen lagen und immer hinter der CDU gelandet sind.

(D) Bei der anschließenden Abstimmung sollten aber ausschließlich außenpolitische Erwägungen maßgeblich sein. Dieses Thema ist zu wichtig, um es dafür zu missbrauchen, der Regierung – wie zitiert – „mal klare Kante“ zu zeigen. Ich bedaure es deshalb sehr, dass offensichtlich der Fraktionsvorsitzende Steinmeier und der Parteivorsitzende Gabriel nicht genügend Kraft hatten, um zumindest eine Enthaltung der SPD zu erwirken. Der bisherige fraktionsübergreifende Konsens zum Atalanta-Mandat sollte nicht aus parteitaktischen Überlegungen zur Disposition stehen.

(Zuruf von der SPD: Das ist so billig!)

Dies sind wir alle den deutschen Soldatinnen und Soldaten schuldig, die im Rahmen von Atalanta ihren Dienst tun. Daher stimmen wir für die Anpassung des Mandats.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Für die Fraktion Die Linke spricht jetzt Christine Buchholz.

(Beifall bei der LINKEN)

Christine Buchholz (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Bundesregierung sagt, Atalanta sei erfolgreich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Henning Otte [CDU/CSU]: Frühe Einsicht!)

Ich frage: Wenn Atalanta so erfolgreich ist, warum dann die Ausweitung? Nein, die Ausweitung ist Ergebnis des Misserfolgs. An Land soll nun das erreicht werden,

Christine Buchholz

- (A) wozu der Marineeinsatz auf See nicht fähig ist; aber das ist ein fataler Trugschluss.

Die Regierung sagt, es gehe nur darum, Boote, die unbewacht am Strand lägen, und Piratenlogistik zu zerstören. Aber Sie wissen genauso gut wie ich, dass die Piraten immer ihre Taktik an neue Bedingungen angepasst haben. Nichts ist einfacher für die Piraten, als beispielsweise Geiseln in ihren Camps zu platzieren. Und was dann?

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Tja! – Burkhardt Müller-Sönksen [FDP]: Geben Sie doch noch ein bisschen mehr Bedienungsanleitung zur Begehung!)

Herr de Maizière ging so weit, zu sagen – ich zitiere –:

Ob man ein Schiff auf dem Wasser, am Ufer oder am Strand bekämpft, ist qualitativ das Gleiche ...

Herr de Maizière, Sie verwischen hier bewusst die Grenzen. Sie wissen genau, dass sich das Risiko erhöht, in einen Krieg an Land hineingezogen zu werden, wenn man anfängt, Ziele an der Küste zu beschießen.

(Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE]: Sehr richtig!)

Was ist, wenn die 2 Kilometer nicht mehr ausreichen? Stimmen wir dann das nächste Mal über 20 oder 200 Kilometer ab? Wo ist das Ende?

Herr de Maizière hat in der ersten Lesung die Ausweitung der Atalanta-Mission folgendermaßen begründet:

- (B) Es gibt auch ein hohes Risiko von Kollateralschäden beim Wirken auf See.

Entschuldigen Sie, was ist denn das für ein Argument? Herr de Maizière, was Sie „Kollateralschäden“ nennen, das nennen wir und das nennt die Bevölkerung den Tod von Menschen. Zu Recht war „Kollateralschaden“ das Unwort des Jahres 1999.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Piratenjagd trifft immer wieder jene, die Sie angeblich schützen wollen. Der jüngste uns bekannte Vorfall ist dieser: Am 25. März legt ein jemenitisches Fischerboot mit zwei toten Fischern an Bord an der Küste Puntlands im Norden Somalias an. Ein nicht identifiziertes Kriegsschiff im Golf von Aden hatte die Fischer für Piraten gehalten, zwei von ihnen wurden erschossen, und die übrigen Männer wurden festgesetzt. Der tragische Tod dieser Fischer ist kein Kollateralschaden, Herr de Maizière; er ist ein Verbrechen.

(Beifall bei der LINKEN)

Er ist kein Einzelfall. Neben Atalanta finden noch andere Militäroperationen vor dem Horn von Afrika und in Somalia statt.

Ein Beispiel. Gumbah ist ein kleines Fischerdorf an der Küste Puntlands. Die Bewohner von Gumbah mussten am Abend des 16. Aprils entsetzt beobachten, wie ein Kampfhubschrauber unbekannter Herkunft sieben Raketen auf die Boote lokaler Fischer abschoss, die di-

rekt vor der Küste ihre Netze ausgeworfen hatten. Zwei Boote wurden getroffen. Der Bürgermeister von Gumbah hat auf Nachfrage von Reportern bestätigt, dass dies nicht der erste derartige Angriff war. Allein im letzten Monat kam es zu drei weiteren Hubschrauberangriffen dieser Art. Solche Vorgänge können von der Mission Atalanta in Zukunft nicht mehr getrennt werden. Wir bleiben dabei: Die Ausweitung des Atalanta-Mandats ist eine Kriegserklärung gegen die Zivilbevölkerung in Somalia.

(Beifall bei der LINKEN)

An dieser Stelle ein Wort an die Kolleginnen und Kollegen der SPD und der Grünen. Wir begrüßen es sehr, dass Sie Ihre Haltung zu der Ausweitung dieses Mandats geändert haben. Wir denken, dass das Argument, die bisherige Mission sei vorbehaltlos zu unterstützen, nicht logisch ist. Wenn, wie Herr Arnold gesagt hat, die Ausweitung eine Scheinlösung ist, muss man doch sehen, dass die Eskalation des Einsatzes schon viel früher begann. Die Piraten haben ihre Taktik angepasst. Das Operationsgebiet wurde ausgeweitet. Der Einsatz wurde robuster gemacht. Wir sagen: Das ganze Atalanta-Mandat ist von Anfang an nur eine Scheinlösung gewesen.

(Beifall bei der LINKEN)

Piraterie fällt nicht vom Himmel; sie hat soziale Wurzeln. Kriminelle Strukturen wie die der Piraten können nur funktionieren, wenn mafiöse Geschäftemacher junge Leute ohne Perspektive rekrutieren können. Wenn Sie dies der Linken nicht glauben wollen, dann glauben Sie es vielleicht Abdulkadir Afweyne, dem Sohn eines der bekanntesten somalischen Piraten. Er sagte in einem Interview vor drei Monaten: Bevor wir uns an der Piraterie beteiligten, waren wir Fischer. Unsere Boote wurden von Schiffen zerstört, die illegal zum Fischfang in unseren Gewässern waren, und Piraterie war unsere Antwort. – Afweyne antwortete auf die Frage, wie Piraterie beendet werden kann: Zunächst einmal müssen wir wieder fischen können, ohne von Anti-Piraten-Kräften oder ausländischen illegalen Fischereischiffen eingeschüchtert zu werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Außerdem sagte er: Wir können helfen, Piraterieaktivitäten zu stoppen, wenn es die Welt interessiert. Wir sind nun bereit, uns an einen runden Tisch zu setzen, und wir werden die Piraterie in unserer Region stoppen.

Das Problem ist, dass die Bundesregierung gar nicht zum Gespräch fähig ist. Auf Anfrage der Linken nach dem Kenntnisstand zu den lokalen Strukturen in der Küstenregion antwortete die Bundesregierung jüngst:

Die derzeitigen Zustände in Somalia ... lassen die Erarbeitung detaillierter Kenntnisse ... nicht zu.

Sie handeln also frei nach dem Motto: Erst schießen, dann fragen.

Die Bundesregierung – wie der Rest der beteiligten europäischen Staaten – bekämpft die Piraterie völlig blind. Einzig die Zustimmung der korrupten Übergangs-

(C)
(D)

Christine Buchholz

- (A) regierung können Sie als Legitimation für einen Einsatz über somalischem Gebiet angeben.

Wir sagen: Atalanta ist ungeeignet, die Piraterie zu stoppen. Aber darum geht es nicht; das hat Herr Müller-Sönksen noch einmal deutlich gesagt. Es geht darum, der Bundesmarine einen Dauereinsatz zu verschaffen, in dem für 100 Millionen Euro im Jahr geübt wird.

(Torsten Staffeldt [FDP]: So ein Quatsch! – Burkhardt Müller-Sönksen [FDP]: Das ist doch lächerlich!)

Atalanta ist nur ein Baustein einer deutschen Außenpolitik, die seit Ende der 90er-Jahre nahezu ununterbrochen an irgendeinem Krieg in der Welt beteiligt ist.

(Burkhardt Müller-Sönksen [FDP]: Bitte mal ernsthaft!)

Deshalb haben wir zu diesem Mandat immer Nein gesagt, und dabei bleiben wir.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Jetzt hat der Kollege Frithjof Schmidt das Wort für Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Frithjof Schmidt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor fünf Jahren hat meine Fraktion mit großer Mehrheit dem Atalanta-Mandat zugestimmt.

- (B) (Zuruf von der CDU/CSU: Das war auch richtig!)

Wir sind überzeugt, dass das Mandat vom November richtig ist. Im Auftrag der Vereinten Nationen hilft der Einsatz der Europäischen Union, die Nahrungsmittelversorgung der somalischen Bevölkerung zu sichern. Er schützt die Schiffe des Welternährungsprogramms gegen Piraten. Er hilft bei der Versorgung der Mission der Afrikanischen Union in Somalia. Er schützt den freien Zugang zur hohen See für die zivile Schifffahrt in der Region. Das alles halten wir für notwendig, und wir unterstützen die deutsche Beteiligung daran.

(Zuruf von der CDU/CSU: Sehr gut!)

Das Mandat zeigt Erfolge, auch wenn ein umfassender Ansatz zur Beseitigung der Ursachen der Piraterie fehlt. Wir alle wissen, dass eine langfristige Entwicklungsstrategie für Somalia dafür entscheidend ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Seit 2010 ist kein Schiff des Welternährungsprogramms mehr gekapert worden. Die Verantwortlichen dieses Programms für die Versorgung der Menschen in Somalia sagen uns klar, dass sie diesen Schutz brauchen.

Meine Damen und Herren von der Koalition, wir hatten bisher dazu einen breiten Konsens. Uns ist ganz unverständlich, warum Sie mit der unnötigen Ausdehnung des Mandats diesen Konsens infrage stellen.

- (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD) (C)

Im November haben Sie zu Recht damit geworben, dass dieser Einsatz erfolgreich ist. Alle Probleme, über die wir heute reden, gab es damals ganz genauso. Natürlich wussten alle Bescheid über die Rückzugsräume der Piraten in den Küstengebieten. Die Entscheidung, das Mandat auf einen Einsatz auf See zu begrenzen und nicht über dem Land zu operieren, ist politisch ganz bewusst getroffen worden. Es hat Risikoanalysen gegeben, und die Entscheidung war negativ, mehrfach, zuletzt im November, für ein ganzes Jahr.

Jetzt legen Sie uns nach wenigen Monaten die qualitative Ausdehnung des Mandats auf Luft-Boden-Operationen über dem Land vor: bis zu 2 Kilometer tief ins Land hinein, auf 3 000 Kilometer Küstenlänge, akkurat nach Abschnitten eingeteilt. Sie können dabei nicht konkret erklären, warum Sie das jetzt plötzlich tun. Herr Westerwelle, was ist denn zwischen November und April am Horn von Afrika Neues passiert, das eine solche qualitative Ausdehnung des Einsatzes notwendig macht? Nichts!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Sie führen für diesen einschneidenden Schritt keine einzige stichhaltige Begründung an.

(Burkhardt Müller-Sönksen [FDP]: Zum Beispiel: alle europäischen Partner!)

Stattdessen tun Sie so, als ginge es um eine Kleinigkeit. (D)

Herr de Maizière hat bei der ersten Lesung hier gesagt – Zitat –:

Es handelt sich um eine kleine Ausweitung, eine kleine sinnvolle zusätzliche militärische Option ...

Eine Kleinigkeit? – Herr Minister, der Einsatz deutscher Kampftruppen über dem Boden in Somalia ist ein Hochrisikoeinsatz und keine Petitesse, und das wissen Sie auch ganz genau.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Weil Sie das wissen, haben Sie ausdrücklich in das Mandat geschrieben, dass für Rettungsaktionen auch Truppen am Boden eingesetzt werden können.

(Burkhardt Müller-Sönksen [FDP]: Wie vorher auch! Das ist doch gar kein Unterschied!)

Sie müssen einräumen, dass das Mandat des Europäischen Rates den Ausschluss von Bodeneinsätzen für alle anderen Partner nicht vorsieht. Sie kennen das Risiko. Deswegen sage ich Ihnen: Hören Sie auf, die neue Qualität des Einsatzes kleinzureden.

Erstmalig wird die Kriegführung an Land erlaubt. Dort sollen unsere Soldaten Boote, Waffenlager und Treibstofftanks mit Hubschraubern angreifen. Dabei sollen sie aber darauf achten, dass keine Menschen in der Nähe sind; als würden die Piraten nicht Tarnung und Schutz in Siedlungen suchen. Im Mandat wird natürlich

Dr. Frithjof Schmidt

(A) gefordert, alles zu tun, um zivile Opfer zu vermeiden; leider wird dieses selbstverständliche Ziel bei schwierigen Einsätzen manchmal nicht erreicht. Das ist eine bittere Erfahrung aus Einsätzen der NATO und aus über einem Jahrzehnt Auslandseinsätze der Bundeswehr. Diese Erfahrung haben wir gerade bei Angriffen aus der Luft, um die es bei der Mandatserweiterung ausdrücklich geht, gemacht. Es sind zivile Opfer zu befürchten und damit in den Augen der somalischen Bevölkerung die Delegitimierung einer legitimen Mission. Das gilt auch für die Akzeptanz in Europa. Sie verlieren die Zustimmung der Zivilgesellschaft. „Brot für die Welt“ und der Evangelische Entwicklungsdienst haben sich klar gegen die Mandatsausweitung ausgesprochen. Im Fall eines Absturzes oder Abschusses eines Hubschraubers kann es schnell zur Eskalation von Kämpfen am Boden kommen. Sie glauben doch nicht ernsthaft, dass Sie mit diesen Luftoperationen die Piraterie essenziell an der Wurzel treffen und beseitigen.

Die Mandatsveränderungen sind riskant, und ihre Absicht ist leicht durch die Piraten zu durchkreuzen. Entweder verlegen die Piraten ihre Infrastruktur in bebaute Gebiete oder weiter als 2 Kilometer ins Inland. Dann werden Sie wieder hier stehen und ganz schnell eine Debatte um eine erneute Ausweitung des Einsatzgebietes führen.

Ich kann hier für meine Fraktion erklären: Wir werden einer solchen falschen und riskanten Ausweitung des Einsatzes nicht zustimmen. Die große Mehrheit von uns wird sich enthalten. Wir halten das im November beschlossene Mandat für richtig und ausreichend und lehnen die vorgeschlagenen Erweiterungen ab. Daher können wir nicht mit Ja stimmen.

(B)

Meine Damen und Herren von der Koalition, abschließend möchte ich Ihnen sagen: Wir wissen, dass viele von Ihnen – auch die Bundesregierung – der von Frankreich und Großbritannien betriebenen Ausdehnung des Mandates lange sehr skeptisch gegenübergestanden haben. Sie haben sich mit Ihren Bedenken und Einwänden in Brüssel aber nicht durchsetzen können. Das ist das politische Problem. Ich sage Ihnen: Wir werden Ihnen nicht dabei helfen, diese europäische Fehlentscheidung wider besseres Wissen zu legitimieren.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Das Wort hat jetzt der Bundesminister Dr. Guido Westerwelle.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Dr. Guido Westerwelle, Bundesminister des Auswärtigen:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Noch immer befinden sich 7 Schiffe und rund 210 Seeleute in der Gewalt von Piraten. Sie fürchten um ihr Leben. Sie sind mit dem Tode bedroht. Noch immer bedrohen Piraten die freie

Seefahrt und die Hilfslieferungen für Somalia, die für Millionen hungernder Menschen überlebenswichtig sind. Noch immer verdienen Kriminelle mit Kaperungen und mit Geiselnahmen Millionen. Vor dem Hintergrund dieser Lage betrachtet es die deutsche Bundesregierung nicht nur als ihr Recht, sondern auch als ihre menschliche Verpflichtung, Piraterie robust und beherzt zu bekämpfen und unsere eigenen deutschen Seeleute zu schützen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Das, was Sie an Bedenken vorgetragen haben, ist vor allem unter dem Gesichtspunkt, dass Atalanta eine EU-geführte Mission ist, besonders bemerkenswert. Sie wurde übrigens im Jahr 2008 beschlossen. Der damalige Bundesaußenminister, Frank-Walter Steinmeier, hat das erste Atalanta-Mandat in den Deutschen Bundestag eingebracht. Herr Erler, wenn Herr Steinmeier Ihre Rede hätte hören müssen, dann wäre er hinausgegangen, um sich zu schämen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Denn mit Verlaub gesagt: Jeder weiß doch, wie Sie in der Fraktion miteinander gerungen haben. Herr Steinmeier ist nicht hier, weil er mit dieser neuen Entscheidung Ihrer Fraktion ja gar nicht einverstanden ist. Das wissen wir.

(Zuruf des Abg. Dr. h. c. Gernot Erler [SPD])

Darüber ist offenkundig auch in der Presse berichtet worden.

(D)

Sie sagen, das sei nicht das Vorzeichen eines außenpolitischen Strategiewechsels der SPD. Wir hoffen das sehr. Die Zeit wird es zeigen. Ich glaube, Ihre heutige Entscheidung hat mehr mit Wahlkämpfen zu tun als mit der Interessenwahrnehmung deutscher Außenpolitik.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Die Zeit wird es zeigen.

Herr Kollege, Sie haben gefragt: Was hat sich seit dem letzten Mandat bis heute verändert? Das ist eine berechtigte Frage. Inzwischen gibt es einen Beschluss der Europäischen Union,

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Er hat „in Somalia“ gesagt! Seit wann ist die EU in Somalia?)

und zwar einen Beschluss von 27 Mitgliedstaaten, abgestimmt mit der somalischen Übergangsregierung, unterstützt von den Resolutionen der Vereinten Nationen. Das hat sich geändert.

(Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE]: Das ist kein Argument!)

Ich erinnere mich noch an eine Debatte, in der Sie mir und der Bundesregierung mangelnde Bündnistreue vorgeworfen haben, nämlich als wir entschieden haben, nicht mit Soldaten nach Libyen zu gehen. Dass Sie sich heute aus der europäischen Politik abseilen, bedeutet nur

Bundesminister Dr. Guido Westerwelle

(A) eines: Erinnern Sie uns niemals wieder an Bündnistreue, meine Damen und Herren von der Opposition,

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Zurufe von der SPD)

niemals wieder!

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Arnold?

Dr. Guido Westerwelle, Bundesminister des Auswärtigen:

Nein.

(Zurufe von der SPD – Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bei Libyen ist er sprachlos!)

– Wenn Ihr Seelenheil davon abhängt, ändere ich meine Meinung. Herr Arnold, bitte sehr.

Rainer Arnold (SPD):

Herr Außenminister, mein Seelenheil hängt in der Tat nicht davon ab.

Dr. Guido Westerwelle, Bundesminister des Auswärtigen:

Dann brauchen Sie ja nicht zu fragen.

(B) (Heiterkeit bei der FDP und der CDU/CSU)

Rainer Arnold (SPD):

Ich möchte der Klarheit halber fragen und um der korrekten Information willen, die mir sehr wichtig ist. Deshalb bedanke ich mich, dass Sie diese Frage zulassen.

Es ist bemerkenswert, dass Sie in den letzten Minuten die internationale Solidarität in den Mittelpunkt Ihrer Rede gestellt haben. Können Sie sich noch daran erinnern, dass diese internationale Solidarität eben nicht eingehalten wurde – und zwar exakt von Ihrer Partei mit Ihnen als Fraktionsvorsitzendem –, als es um die Entscheidung zum Libanon ging, dass Sie das abgelehnt haben?

(Beifall bei der SPD)

Können Sie sich daran erinnern, dass Sie in Ihrer neuen Funktion als Außenminister die wichtige internationale Solidarität ebenfalls nicht beachtet haben, als es im Falle von Libyen darum ging, bei den Vereinten Nationen mit einem richtigen und ethisch gebotenen Ja zu antworten? Und können Sie sich als Letztes daran erinnern, dass unser Nein zu Ihrem heutigen Mandat nicht dazu führt, dass nichts da ist? Vielmehr führt unser Nein dazu, dass das bisherige Mandat Atalanta, wie im Dezember beschlossen, weiter gilt. Das Mandat gilt, wenn man heute mit Nein stimmt.

(Beifall bei der SPD)

Dr. Guido Westerwelle, Bundesminister des Auswärtigen: (C)

Das ist allerdings eine Argumentationslinie, die Sie mehr zur Beruhigung Ihrer eigenen Fraktion vortragen, weil nämlich die Hälfte davon in dieser Frage auf der anderen Seite steht.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Darauf brauche ich nicht einzugehen.

Aber ich will auf einen Punkt eingehen, bei dem Sie recht haben. Ich erinnere mich noch sehr genau daran, dass ich als Fraktionsvorsitzender seinerzeit das UNIFIL-Mandat, bei dem es um einen Einsatz vor der Küste des Libanon ging, abgelehnt habe. Ich erinnere mich auch noch an die Rede, die ich dazu gehalten habe, weil es eine für mich sehr schwierige Rede war. Es ging nämlich um die Frage, ob wir dort, in der Nähe zu Israel, mit deutschen Soldaten präsent sein sollten, und was es bedeuten würde, wenn wir als Deutsche beispielsweise in eine Kampfhandlung hineingezogen werden könnten.

Es gibt einen Unterschied zwischen uns: Wir haben es abgelehnt. Die damalige Regierung hat es beschlossen, der damalige Deutsche Bundestag hat mit großer Mehrheit zugestimmt. Wir waren in der Minderheit. Als wir dann in die Regierungsverantwortung gewählt wurden, war es für meine Fraktion und auch für mich als Außenminister völlig selbstverständlich, dass die internationalen Verpflichtungen, die von der Vorgängerregierung eingegangen worden sind, von uns verantwortungsvoll erfüllt und fortgesetzt werden. Nichts anderes erwarte ich von Ihnen, als dass die internationalen Verpflichtungen, die Sie selbst 2008 eingegangen sind, für Sie auch heute noch gelten. Nichts anderes erwarten wir von Ihnen. (D)

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Widerspruch bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die Einsatzkräfte dürfen dabei eben nicht am Boden eingesetzt werden. Kein deutscher, kein europäischer Atalanta-Soldat wird somalischen Boden betreten. Dass etwaige Rettungsaktionen davon unberührt sind, ist eine Selbstverständlichkeit.

Was für einen Popanz bauen Sie hier vor der Öffentlichkeit auf? Es ist doch wohl das Selbstverständlichste – das Gebot der Nothilfe gilt bei jedem Mandat –, dass wir, wenn unsere Soldaten oder Soldaten unserer Verbündeten in Not geraten – etwa weil sie abgeschossen worden sind oder notlanden müssen –, sie herausholen werden. Das machen wir immer so! Das machen wir überall!

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Und das erwarten wir auch von unseren Verbündeten, wenn unsere deutschen Soldaten gefährdet sind. Das hat mit diesem Mandat überhaupt nichts zu tun.

Natürlich behauptet niemand, meine sehr geehrten Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen der Opposition, dass wir jetzt einen Königsweg gefunden haben und dass damit die Piraterie so bekämpft ist, dass alles

Bundesminister Dr. Guido Westerwelle

- (A) vorbei ist. Wir wissen – darauf komme ich gleich noch –, dass dafür viel mehr notwendig ist.

Aber eines muss man unseren Soldaten doch einmal sagen: Dass sie die Piraterie – deren Waffen und Logistik – zwar auf See bekämpfen dürfen – da dürfen Terror und Gewalt unschädlich gemacht werden –, sobald die Piraten aber mit ihren Waffen den Strand betreten haben, dabei zusehen müssen und nichts machen dürfen, das ist absolut unvernünftig. Es ist richtig, den Piraten den Einsatz von Waffen und Gewalt so weit es geht zu erschweren.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Darum geht es. Und das tun wir mit der entsprechenden Mandatierung.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Herr Minister, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage, dieses Mal vom Kollegen Ströbele?

(Burkhardt Müller-Sönksen [FDP]: Der kriegt keine Redezeit!)

Dr. Guido Westerwelle, Bundesminister des Auswärtigen:

Herr Kollege Ströbele, ich freue mich natürlich auch auf Ihre Zwischenfrage. – Bitte sehr.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

- (B) Herr Außenminister, Sie haben diese Frage selbst angeregt, indem Sie das Beispiel gebracht haben, dass Rettungsaktionen notwendig und richtig sind, wenn ein Bundeswehrhubschrauber abgeschossen wird oder notlanden muss und Bundeswehrsoldaten sich infolgedessen im Uferstreifen befinden oder wenn das Alliierten passiert.

Denken Sie auch an den Fall, dass Alliierte mit Truppen in den Küstenstreifen gehen? Ich meine den Fall, dass sie dort selbst einen Kampfauftrag ausführen

(Burkhardt Müller-Sönksen [FDP]: Das hat doch mit der Erweiterung nichts zu tun!)

und versuchen, den Streifen zu erobern und Leute – beispielsweise Al-Schabab-Milizen – zu vertreiben. Wird die Bundeswehr auch dann eingreifen, wenn Verbündete in diesem Fall in eine kritische Situation geraten?

(Burkhardt Müller-Sönksen [FDP]: Das ist doch gestern alles im Ausschuss ausgeräumt worden!)

Sie wissen, dass andere Nationen die von Ihnen genannte Einschränkung auf reine Aktionen zur Rettung von Personen, die unverschuldet in Not geraten sind, nicht haben. Ist Ihnen bekannt, dass inzwischen gerade die Al-Schabab-Milizen Piraterie an der Küste Somalias als Geldquelle entdeckt haben und dort in nicht unerheblicher Größenordnung agieren? Wird die Bundeswehr, wenn sie mit Hubschraubern direkt darüber ist, dann beidrehen und zurückfliegen, weil sie sagt: „Das ist nicht unsere Aufgabe“?

(Ingo Gädechens [CDU/CSU]: Einfach mal den Mandatstext lesen, Herr Ströbele!)

(C)

Wird die Bundeswehr – das ist der letzte Teil der Frage – auch dann nicht eingreifen, wenn die Milizen beispielsweise ein Tanklager in dem Küstenstreifen haben und sich Männer, Frauen und Kinder in der Nähe befinden? Werden die Hubschrauber der Bundesmarine dann abdrehen und zum Schiff zurückkehren?

Können Sie mir diese Fragen beantworten? Denn ich befürchte, dass wir durch den Einsatz der Bundeswehr an Land bald hier in Deutschland Bilder von sogenannten Kollateralschäden an Menschen, die an der Küste Somalias durch die Bundeswehr verursacht werden, bekommen werden.

(Burkhardt Müller-Sönksen [FDP]: Ungeheuerlich!)

Dr. Guido Westerwelle, Bundesminister des Auswärtigen:

Zunächst einmal ein herzlicher persönlicher Appell an Herrn Kollegen Trittin als anwesenden Vorsitzenden der Bundestagsfraktion der Grünen: Bitte erleichtern Sie uns allen doch die Debatten, indem Sie Herrn Ströbele ab und zu mal Redezeit geben, damit er nicht immer Reden in Frageform einbringen muss!

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist das Privileg des Präsidenten!)

Herr Kollege Ströbele, ich muss Ihnen ehrlich sagen: Diese Invasionsgedanken, die Sie hier in Frageform kleiden, sind so was von absurd. (D)

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Sie unterstellen hier allen Ernstes unseren Verbündeten, die die Piraterie bekämpfen wollen, invasionsähnliche Gedanken. Dass man das von der Linkspartei hört, ist schwer genug; dass man das auch noch von Ihnen hören muss, ist, offen gestanden, nichts anderes als ein Ausdruck einer völligen Verirrung in der Betrachtung unseres Bündnisses.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Stefan Liebich [DIE LINKE]: Das ist keine Antwort auf die Frage!)

Das hat mit der Realität überhaupt nichts mehr zu tun.

(Stefan Liebich [DIE LINKE]: Das hat aber nichts mit der Frage zu tun!)

– Auf diesen Punkt komme ich gleich zu sprechen.

Ich will Ihnen noch etwas sagen – ich habe oft mit Ihnen auch im Auswärtigen Ausschuss darüber gesprochen; wir können das hier gerne wiederholen; wir haben oft darüber in diesem Deutschen Bundestag gestritten und uns auseinandergesetzt –: Einen Soupçon, den Sie in dieser Debatte immer wieder einbringen, kann ich nicht nachvollziehen – so als wäre die Piraterie zunächst einmal das Ergebnis von armen Menschen, denen die Fischereigründe genommen würden,

Bundesminister Dr. Guido Westerwelle

(A) (Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau!)

und als müssten die Menschen gewissermaßen aus Notwehr zu Piraten werden. Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Das ist eine völlige Verkennung dieser riesigen organisierten Kriminalität. Diese Romantisierung von Piraterie zulasten unserer Handelswege, mit der Bedrohung unserer Landsleute und der Gefährdung unserer Seewege, ist nur noch naiv bis absurd, Herr Kollege.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Was den Operationsplan angeht: Sie sind doch Abgeordneter des Deutschen Bundestages. Sie waren doch im Ausschuss dabei. Staatsminister Link hat Ihnen doch alles ausführlich erläutert. Es ist doch vorgetragen worden. Der Punkt ist: Sie wissen ganz genau, dass der Deutsche Bundestag öffentlich tagt und dass es hier um militärische Überlegungen geht. Die EU-Definition von „Strand“ – worauf Sie anspielen – ist im Operationsplan festgelegt. Sie als Abgeordneter können diesen Operationsplan jederzeit einsehen und lesen. Dann wüssten Sie, dass das alles nicht stimmt. Was Sie wollen, ist, dass ich die Geheimschutzpflicht verletze, das tue ich aber nicht. Wir sind in einem Bündnis, und ich halte mich an die Regeln, die wir gemeinsam im Bündnis verabredet haben, auch wenn das für Sie Klamauk ist.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

(B) Ich will auf einen weiteren Punkt eingehen, der von großer Bedeutung ist. Atalanta ist in eine umfassende Politik zur Unterstützung Somalias eingebettet. Wir lindern mit unserer humanitären Hilfe das Leid von Millionen von Menschen. Wir fördern den Verfassungsprozess und den Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen in Somalia. Wir unterstützen die Schaffung eines sicheren Umfeldes durch die Beteiligung an der EU-Trainingsmission Somalia und durch die Ausbildung afrikanischer Polizisten als Trainer und Berater für die somalische Polizei. Wir helfen mit erheblichen Finanzmitteln der Mission der Afrikanischen Union in Somalia. Wir beteiligen uns an den Anstrengungen der EU und unserer afrikanischen Partner, regionale Küstenwachen aufzubauen. Außerdem wenden wir uns verstärkt der Unterbindung der Finanzströme der Piraterie zu. Wir haben eine internationale Arbeitsgruppe eingesetzt, die zur Aufdeckung der aus Piraterie resultierenden Finanzströme beitragen soll. Ich füge hinzu, weil es nicht im Mittelpunkt der Debatten steht: Wenn wir Piraterie bekämpfen wollen, dann müssen wir zum einen gegen Gewalt vorgehen, aber wir müssen auch die Ursachen bekämpfen, sprich: die Finanzströme der Lösegelder versiegen lassen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Wir tun sehr viel mehr, als einfach unsere Streitkräfte einzusetzen. Darauf sind wir stolz, auch auf das, was unsere Soldatinnen und Soldaten tun.

Es geht hier um eine Mission zur Sicherung von Lebensmitteltransporten. Es ist wichtig, dass diese Mission fortgesetzt wird. Ich bedauere von Herzen, dass Sie aus vorgeschobenen innenpolitischen Gründen bei der Pirateriebekämpfung nicht mehr mitmachen.

(Widerspruch bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(C)

Ich hoffe, das ist nicht das Vorzeichen eines Richtungswechsels in der Außenpolitik der Opposition. Ich hoffe, dass Sie wieder zur Vernunft zurückkehren werden. Die Bundesregierung und die Koalitionsfraktionen sind jedenfalls der Überzeugung, dass wir bei der Piraterie nicht zusehen dürfen. Wir sind die wichtigste und größte Handelsnation in Europa. Deswegen wäre es unverantwortlich, wenn wir den Schutz unserer Seeleute und der Handelswege ausgerechnet allen anderen überlassen würden, aber selber nicht mehr mitmachen wollten.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Aus der Fraktion der Grünen ist mir ein Geschäftsordnungsantrag signalisiert worden. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr Präsident, vielen Dank. – Der Minister hat es gerade angesprochen: zusätzliche Redezeit für die Fraktion der Grünen. Diese beantrage ich hiermit. Ich berufe mich auf § 44 Abs. 2 der Geschäftsordnung:

Erhält während der Aussprache ein Mitglied der Bundesregierung, des Bundesrates oder einer ihrer Beauftragten zu dem Verhandlungsgegenstand das Wort, so haben die Fraktionen, deren Redezeit zu diesem Tagesordnungspunkt bereits ausgeschöpft ist, das Recht, noch einmal ein Viertel ihrer Redezeit in Anspruch zu nehmen.

(D)

(Burkhardt Müller-Sönksen [FDP]: Das trifft eigentlich nicht zu! Das war innerhalb unserer Redezeit!)

Ich bitte, darüber zu entscheiden. – Vielen Dank.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Bitte schön, Kollege Kaster.

Bernhard Kaster (CDU/CSU):

Herr Präsident! Die Regelung des § 44 der Geschäftsordnung findet in dieser Form hier keine Anwendung. Den Fall hatten wir schon des Öfteren. Es handelt sich um Redezeiten, die im Rahmen der Kontingente der Fraktionen vergeben worden sind.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo steht denn das?)

Es spielt auch eine Rolle, dass eine andere Oppositionsfraktion anschließend noch das Wort erhält. Ein Fall, in dem § 44 Abs. 2 der Geschäftsordnung zur Anwendung kommen könnte, liegt hier nicht vor.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das steht alles nicht in der Geschäftsordnung, Herr Kollege!)

Bernhard Kaster

- (A) Hier liegt lediglich der Fall vor, dass man, wenn man argumentativ in die Defensive kommt, als letztes Mittel versucht, einen Geschäftsordnungsantrag zu stellen. Von daher ist er abzulehnen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach der mir bekannten Auslegung des § 44 Abs. 2 der Geschäftsordnung gilt das, was dort steht, in dem Fall, dass ein Mitglied der Bundesregierung etc. zusätzlich zu der vereinbarten Redezeit das Wort ergreift

(Burkhardt Müller-Sönksen [FDP]: Richtig!)

und nicht innerhalb des Redekontingents.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das steht da aber nicht, Herr Präsident!)

– Es gilt die bisherige Auslegung, die, soweit ich weiß, durch unseren Geschäftsordnungsausschuss noch einmal bestätigt worden ist.

(Burkhardt Müller-Sönksen [FDP]: Richtig!)

Deswegen fühle ich mich genötigt, mich genau daran zu halten, und empfehle – damit es weiter friedlich zugeht –, dass aus Ihrer Fraktion eine Kurzintervention angemeldet wird. Dann kann die Debatte auf dieser Ebene fortgesetzt werden.

- (B) Jetzt erteile ich dem Kollegen Gehrcke das Wort zu einer Kurzintervention.

(Zurufe von der FDP: Oje!)

Wolfgang Gehrcke (DIE LINKE):

Kolleginnen und Kollegen, den Ausruf „Oje!“ kann ich verstehen. Mir geht es jetzt um Aufklärung und um die Logik, Herr Außenminister. Wenn es geht, hätte ich gerne zusätzliche Auskünfte zu drei Aussagen, die Sie getätigt haben.

Punkt eins. Auf die Frage, welche Veränderungen dazu geführt haben, dass das Mandat jetzt erweitert werden soll – ich will mich nicht dahinter verstecken; ich hätte sowieso dagegen gestimmt –, haben Sie geantwortet: die Bündnisverpflichtungen und die Bündnisverabredungen. Sie nannten kein weiteres Argument. Das heißt, Sie haben ein Argument eingeführt – ich finde Bündnisverpflichtungen nicht unwichtig –, das überhaupt nichts mit der Bekämpfung von Piraterie oder mit Somalia zu tun hat, sondern das sich auf ein ganz anderes Feld bezieht. Daraus schlussfolgere ich, dass sich bei der Pirateriebekämpfung offensichtlich nichts verändert hat. Das sollten Sie dann hier auch so erklären. Das zur Klärung der Logik.

Zweitens. Ich möchte gerne verstehen – das würde meinem Gemüt guttun –, warum der SPD vorgeworfen wird – das ist eigentlich nicht mein Problem –, dass sie aus Wahlkampfgründen dagegen stimmt. Darf ich daraus schlussfolgern, dass man heutzutage mit der Verweigerung der Zustimmung zu Militäraktionen mehr Wähler-

rinnen- und Wählerstimmen gewinnt als mit der Zustimmung zu Militäraktionen? Wenn das so sein sollte, würde ich das aus meiner Sicht außerordentlich begrüßen. Dazu müssten Sie sich einmal erklären. (C)

Der dritte Punkt ist ein bisschen komplizierter. Welche Aussagen hat die Regierung getätigt, aber bisher hier nicht erklärt? Ich finde, die Abgeordneten haben ein Recht, zu wissen, was der Hintergrund ist. Auf die Frage, ob das erweiterte Mandat möglicherweise zu Einsätzen auf dem Land führt, wurde die korrekte Antwort gegeben: Wenn eine Nation Fähigkeiten zu Landoperationen hat, zum Beispiel Spezialtruppen besitzt, und sich zu einem solchen Einsatz entschließt, dann muss diese Nation für den Zeitraum, in dem diese Truppen eingesetzt werden, aus Atalanta ausscheiden; ansonsten bleiben aber alle Verpflichtungen bestehen. – Das heißt, dass Sie unterstellen und damit rechnen, dass sich Partner möglicherweise für Landoperationen entscheiden. Und in diesem Fall blieben die Hilfsaktionen im Rahmen des Mandats weiterhin bestehen. Das heißt, man muss wissen, dass man, wenn man der Erweiterung des Mandats zustimmt, für die Möglichkeit von Operationen auf dem Land stimmt. Offensichtlich planen einige Teilnehmer an der Atalanta-Operation solche Aktionen. Das hätte ich gerne von Ihnen bestätigt. Ist das die korrekte Wiedergabe?

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort zu einer weiteren Kurzintervention erteile ich Kollegin Kerstin Müller. (D)

Kerstin Müller (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Außenminister, Sie haben hier starke Geschütze aufgeföhren – von wegen Bündnissolidarität – und ein bisschen populistisch Wahlkampf gemacht. Ich finde, eine Partei, die bei Libyen und Libanon mit Bündnissolidarität gar nichts am Hut hatte, die dieses Argument quasi einsetzt, wenn es gerade passt, sollte das hier nicht in den Mund nehmen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Weil Sie das am Ende ziemlich verdreht haben, möchte ich für meine Fraktion noch einmal sehr klar festhalten, was wir hier deutlich gemacht haben: Das ist ein vernünftiger und sinnvoller Einsatz, dem wir mit ganz großer Mehrheit in all den letzten Jahren zugestimmt haben. Wir unterstützen, dass die Schiffe des World Food Programme geschützt werden. Wir unterstützen, dass es diese Absicherung auf See gibt. Wir sind der Meinung, dass es sich um einen quasi polizeilichen Einsatz handelt, der Erfolge zeigt. Er muss aber durch eine Gesamt-Somalia-Strategie unterstützt werden. Das haben wir hier deutlich gemacht. Das möchte ich für meine Fraktion festhalten.

Die Fragen, die Kollege Schmidt gestellt hat, nämlich was eigentlich von November bis heute passiert ist und welche andere Sicherheitsanalyse es gibt, haben Sie

Kerstin Müller (Köln)

- (A) nicht beantwortet; denn es gibt keine andere Sicherheitsanalyse mit Blick auf das Horn von Afrika.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das hier ist eine ziemlich verlogene Debatte; das sage ich mit Blick auf die Kolleginnen und Kollegen aus dem Auswärtigen Ausschuss. Wir haben die Debatte dort gemeinsam geführt. Es gab auch seitens Ihrer Fraktion, Herr Außenminister, seitens der FDP, und seitens der CDU/CSU, große Vorbehalte.

(Widerspruch bei der FDP)

– Ich habe daneben gesessen. – Es gab von Mitgliedern der Koalitionsfraktionen die ausdrückliche Bitte an die Bundesregierung, dass man von dieser Ausweitung des Einsatzes absieht, weil sie ein Eskalationspotenzial birgt, weil sie die Gefahr birgt, in einen Landkrieg hineingezogen zu werden. Heute wollen Sie von diesen Argumenten nichts mehr wissen, weil die Bundesregierung dem Druck der Niederländer, der Briten und anderer nachgegeben hat. Aber Sie teilen eigentlich unsere Argumentation.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Letzter Satz. Ich finde es sehr bedauerlich, dass es Ihnen sozusagen egal ist, dass wir von dem Grundsatz, dass Mandate von breiten Mehrheiten hier im Parlament getragen werden – ich werbe seit Jahren dafür –, Abstand nehmen. Sie sind dafür verantwortlich, dass Sie jetzt keine breite Mehrheit mehr für das Atalanta-Mandat haben. Sie sind dafür verantwortlich, wenn aus einer vernünftigen Mission eine Abenteuermission wird. Das wollen wir hier mit unserem Abstimmungsverhalten deutlich machen.

- (B)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Kollege Westerwelle, Sie haben Gelegenheit zur Reaktion.

Dr. Guido Westerwelle, Bundesminister des Auswärtigen:

Ich will nicht auf alles eingehen, was gesagt worden ist; das würde den Rahmen sprengen. Herr Kollege Gehrcke, auf einen Punkt, den Sie angesprochen haben, möchte ich hinweisen. Ich habe gesagt, dass alle anderen Staaten in Europa dies gemeinsam erörtert haben und zu dem Ergebnis gekommen sind, dass es sinnvoll ist. Ich habe auch ausdrücklich erklärt – ich wiederhole das hier noch einmal –: Ich bin der Überzeugung, die Bundesregierung ist der Überzeugung, dass der Einsatz der Sache nach sinnvoll ist, und zwar aus folgendem Grund: Bisher konnten Piraten am Strand, unmittelbar an der Wasserlinie, Logistikkager mit Waffen aufbauen und durften dort nicht von Atalanta bekämpft werden. Erst in dem Augenblick, in dem sie das erste Mal auf dem Wasser waren, durfte man die Waffen vernichten. Damit hat man es den Piraten leichter gemacht; das ist ja nicht sinnvoll. Wir sind der Überzeugung, dass es richtig ist,

das jetzt diese Logistikkager mit Waffen der Piraten am Strand zerstört werden können. Das liegt in der Logik des bisherigen Mandats. (C)

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten
der CDU/CSU)

Damit das ganz klar gesagt ist: Eine fachlich-sachliche Erörterung hat uns zu dieser Überzeugung gebracht.

Das Zweite ist: In allen Regierungen in Europa sitzen Damen und Herren der unterschiedlichsten politischen Färbungen. Es sitzen dort solche aus den verschiedenen Parteienfamilien. Alle sind der Überzeugung, dass es sinnvoll ist, dass wir die Piraterie mit zivilen Mitteln bekämpfen, aber auch, dass wir die Bekämpfung der aggressiven Piraterie zum Schutz unserer Boote, zum Schutz unserer Menschen und zum Schutz der Hungernenden in Somalia ausweiten müssen. Auffällig ist, dass alle anderen, auch Angehörige Ihrer Parteifamilie, diese Überzeugung fachlich und sachlich teilen, dass Sie aber neuerdings, vor dem Hintergrund bevorstehender Wahlen, Ihre Position geändert haben. Darauf weise ich hin, und dabei bleibe ich.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU –
Widerspruch beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Kollegin Müller, das, was Sie sagten, ist einfach unzutreffend; hier nehme ich den Herrn Kollegen de Maizière und das Verteidigungsministerium in Schutz. Es ist unzutreffend, zu behaupten, es sei nicht das Gespräch gesucht worden. Es sind genügend Kolleginnen und Kollegen aus den Ausschüssen anwesend, die bestätigen können: Der Verteidigungsminister und ich als Außenminister haben von Anfang an bzw. sehr frühzeitig immer wieder das Gespräch mit Ihren Obleuten gesucht. Leute von Ihnen haben gesagt: Mal gucken, ob wir das zu Hause überhaupt durchbekommen. – Die haben gewusst, was für ein tiefer Riss durch die Opposition geht. Es ist schade, dass Sie sich gegen die Interessen unseres Landes und für die Interessen Ihrer Partei entschieden haben. Das werde ich immer wiederholen. (D)

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Stefan Rebmann für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Stefan Rebmann (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit dem bisherigen Atalanta-Mandat haben wir das Ziel verfolgt, sicherzustellen, dass die dringend benötigten Hilfslieferungen für die Menschen in Somalia tatsächlich dort ankommen, wo sie ankommen sollen. Wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen nach wie vor zu diesem Ziel. Daran hat sich auch nach unserer Fraktionssitzung nichts geändert.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Stefan Rebmann

- (A) Herr Westerwelle, ich muss Ihnen schon sagen: Es ist eine Charaktereigenschaft von Ihnen, uns zu unterstellen, wir würden dies aus wahlkampfaktischen Gründen tun.

(Florian Hahn [CDU/CSU]: Das ist doch offensichtlich so!)

Mit Blick auf die Wählerwanderungen in Schleswig-Holstein müssten eher Sie Wahlkampf gegen die Piraten machen als wir.

(Burkhardt Müller-Sönksen [FDP]: Ach! So ein Quatsch!)

Das, was Sie sagen, ist eine bodenlose Unterstellung.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie uns sachlich werden.

(Burkhardt Müller-Sönksen [FDP]: Ja, genau! Fangen Sie an!)

Dieses Thema ist nämlich viel zu wichtig, als dass Ihr Außenminister und Ihr Parteikollege den Wahlkampf in dieses Hohe Haus tragen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Bundesregierung setzt mit der geplanten Erweiterung dieses Mandats genau die Ziele, die wir verfolgt haben, aufs Spiel. Wir laufen mit der Erweiterung Gefahr, die Bevölkerung in diesen Konflikt hineinzuziehen. Wir nehmen möglicherweise auch in Kauf, dass die Zivilbevölkerung, Kinder oder die Geiseln, die sich in der Hand der somalischen Seeräuber und Piraten befinden, als Schutzschild missbraucht werden. Wir setzen auch die Arbeit der wenigen verbliebenen NGOs aufs Spiel.

(B)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Der Evangelische Entwicklungsdienst und „Brot für die Welt“ haben in einem gemeinsamen Schreiben sehr deutlich auf genau diese Gefahren hingewiesen. Sie schreiben unter anderem – ich zitiere auszugsweise –:

Die Ausweitung des Mandats ... an Land birgt ... vorhersehbare Risiken: ... Es erhöht die Gefahr, dass die ... Kriegführung der somalischen Milizen sich auf die Nachbarländer ausweitet und so ein Regionalkonflikt entsteht, der weitere Gewaltakteure hervorbringen kann.

Wenn wir ernsthaft daran interessiert sind, die Piraterie in Somalia langfristig zu beseitigen, dann müssen wir das Grundübel in der Region anpacken. Wir müssen den Piraten die Geschäftsgrundlage entziehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Genau das erreichen wir aber nicht, wenn wir versuchen, ihre Infrastruktur am Strand zu bekämpfen, sodass die Piraten ihre Infrastruktur dann hinter die 2-Kilometer-Zone verlegen, sondern wir müssen den Menschen in Somalia die Möglichkeit geben, ihre Familien zu ernähren und ihren Lebensunterhalt anders zu verdienen als durch Piraterie.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Hervorgegangen ist die Piraterie in Somalia auch – nicht nur, aber auch –, weil ausländische Fischereifloten und EU-Fischfangflotten in großem Stil illegalen Fischfang vor Somalias Küsten betrieben haben. Als Reaktion darauf haben die Fischer versucht, ihre Fischgründe durch die Erhebung illegaler Zölle zu schützen. Das war ein einträgliches Geschäft.

(C)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dies haben auch die Warlords sehr schnell registriert. Sie wurden auf den Plan gerufen und haben sich dieses Geschäft angeeignet. Damit das klar ist: Ich will damit die Gräueltaten, das Kapern und die grausamen Gewaltexzesse, zu denen es bei den Geiselnahmen durch die Piraten zum Teil gekommen ist, in keiner Weise schönreden oder rechtfertigen; aber wir müssen schon sehen, was für die heutige Situation in Somalia mitverantwortlich ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Piraterie konnte sich auch deshalb so lukrativ entwickeln, weil die Regierung in Somalia nicht fähig ist, ihr Hoheitsgebiet zu überwachen und dem Treiben Einhalt zu gebieten. Seit acht Jahren existiert dort eine Übergangsregierung mit korrupten Clanstrukturen, die mitnichten die Akzeptanz der Gesamtbevölkerung hat. Es herrschen Bürgerkrieg, massive Armut und Hungersnot. In einem Land, in dem das Pro-Kopf-Einkommen unter 1 US-Dollar am Tag liegt, in dem ein Drittel aller Kinder unter fünf Jahren mangelernährt und untergewichtig ist, in dem sich Frauen nicht frei bewegen können und in dem Kinder als Kindersoldaten missbraucht werden, wundert es nicht, dass Menschen auch den Weg in die Kriminalität gehen, um überhaupt über die Runden zu kommen.

(D)

Genau an diesen Punkten müssen wir ansetzen. Wir müssen diesen Strukturen dauerhaft den Nährboden entziehen. Dass das nicht einfach ist, wissen wir alle; aber es führt kein Weg daran vorbei.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ohne einen Demokratisierungs- und Friedensbildungsprozess, ohne eine Verbesserung der Nahrungsmittel-, Gesundheits- und Lebenssituation der Menschen und ohne ein Mindestmaß an Rechtsstaatlichkeit werden wir das Problem nicht in den Griff bekommen.

Ja, wir brauchen die Operation Atalanta, aber in der bisherigen Form. Das Mandat wird bis zum Jahresende weiterlaufen, falls wir den Antrag ablehnen sollten. Wir sollten die Zeit bis zum Jahresende nutzen; denn wir brauchen eine politische Lösung. Die Ausweitung der Operation Atalanta in der Form, wie wir sie heute beraten, erschwert eine politische Lösung. Deshalb werden wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht mit Ja stimmen können.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Ingo Gädechens für die CDU/CSU-Fraktion.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse

(A) (Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ingo Gädechens (CDU/CSU):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe in meinen Reden zur Verlängerung des Mandats für die Operation Atalanta immer wieder betont, wie wichtig es ist, dass gerade auch unsere Soldatinnen und Soldaten erkennen, was es bedeutet, wenn wir in diesem Hohen Haus von einer Parlamentsarmee reden. Es bedeutet nämlich, dass sich die Abgeordneten – so wie in der Vergangenheit geschehen – sehr intensiv mit dem jeweiligen Mandat auseinandersetzen.

Ich will gar nicht sagen, dass es sich die Linken leicht machen. Sie haben es ja tatsächlich leicht; denn sie lehnen nicht nur die Bundeswehr, sondern grundsätzlich jedes Mandat ab in dem festen Glauben, dass die Hilfsgüter des Welternährungsprogrammes buchstäblich unbeschadet vom Himmel fallen und genau dort landen, wo die Menschen tiefste Not und Hunger leiden.

(Jürgen Hardt [CDU/CSU]: Wie in der DDR!)

Die Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen haben intensiv über dieses Mandat diskutiert – sehr intensiv sogar, weil es diesmal nicht nur um die Verlängerung, sondern um eine Ausweitung geht. Durch die unterschiedlichen Betrachtungswinkel gerade von Rot und Grün habe ich den Eindruck, dass wir nicht mehr über die bisherigen Erfolge und die Leistungen, die unsere Soldaten in diesem schwierigen Mandat erbracht haben, diskutieren, sondern über virtuelle Risiken bis hin zu der Frage, wer wem hilft, sollte womöglich ein Hubschrauber abstürzen. Ich bin dem Außenminister, aber auch dem Verteidigungsminister, der gestern unmissverständlich klargestellt hat, wie wir in solch besonderen Fällen Hilfeleistungen erbringen wollen – insbesondere gegenüber unseren Verbündeten –, sehr dankbar.

Meine Damen und Herren, die Operation Atalanta ist ein Erfolg. Sie ist nicht nur erfolgreich bei der Unterstützung der AMISOM, sondern auch bei der Bekämpfung der Piraterie.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Christine Buchholz [DIE LINKE]: Warum wächst die Piraterie an? Können Sie das erklären?)

Zurzeit findet vor Ort eine wirksame Synchronisation zwischen den verschiedenen Nationen auf operativer und taktischer Ebene statt. Ein gemeinsames Auftragsverständnis und ein guter Informationsaustausch gerade auch mit unabhängig agierenden Streitkräften in einer hochkomplexen maritimen Lage erweisen sich mehr und mehr als Schlüssel zum Erfolg. Die Maßnahmen der Reeder an Bord der Handelsschiffe, Abschreckung und Bekämpfung, haben zu einem erkennbaren Rückgang der erfolgreichen Piratenüberfälle geführt.

Nichts ist aber so gut, dass es nicht noch verbessert werden könnte, in diesem Fall effektiver gestaltet werden könnte. Die Regierungskoalition vertraut nicht nur auf den militärischen Sach- und Fachverstand der

Einsatzkräfte, der Kommandierenden vor Ort. Die Regierungskoalition setzt auch weiterhin auf eine Zusammenarbeit mit den Bündnispartnern. Der EU-Rat hat nach der VN-Resolution einen Beschluss gefasst, und die Übergangsregierung in Somalia hat dem Angebot der EU zur Unterstützung bei der Bekämpfung der Piraterie auch im somalischen Küstenbereich ausdrücklich zugestimmt.

(Florian Hahn [CDU/CSU]: Ganz genau!)

Ich verstehe zwar noch weitestgehend die Welt, aber nicht mehr die SPD. Kritisch werden von den Sozialdemokraten – auch von Ihnen eben, Herr Dr. Erler – Gründe mühsam hochstilisiert und Schreckensszenarien an die Wand gemalt, die weit weg sind von der Einsatzrealität.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Mechthild Rawert [SPD]: Das ist nicht wahr!)

Ich habe es Herrn Arnold bereits gestern in der Ausschusssitzung gesagt: Das ist ein erkennbares Misstrauen gegenüber den Kommandierenden vor Ort.

Die SPD folgt nicht einmal mehr den Kollegen Steinmeier und Gabriel, die sich für eine – wir kennen das schon – kraftvolle, überzeugende Enthaltung starkgemacht haben. Stattdessen kommen Sie mit Argumenten wie, es gebe unkalkulierbare Risiken

(Dr. h. c. Gernot Erler [SPD]: So ist es!)

und ein Hubschrauber könne im Strandbereich beschossen werden.

(B) (Christine Buchholz [DIE LINKE]: Das ist Realität!)

Was ist denn das für eine Argumentationslinie? Kann ein anfliegender Hubschrauber nicht auch von einer seegehenden Dau oder von einem Skiff beschossen werden? Ist ein militärischer Einsatz nicht immer mit unkalkulierbaren Risiken behaftet?

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Christine Buchholz [DIE LINKE]: Deswegen lehnen wir das auch ab!)

Wir von der CDU/CSU sind davon überzeugt, dass die Soldatinnen und Soldaten im Einsatzgebiet eine Situation nicht nur richtig einschätzen können, sondern sehr genau abwägen werden, wann und in welcher Form die Rules of Engagement Anwendung finden. Wir danken unseren Soldatinnen und Soldaten nicht nur in den sogenannten Sonntagsreden. Die CDU/CSU-Fraktion vertraut auf die Intelligenz, auf die besonderen Fähigkeiten und auf das besonnene Handeln unserer Männer und Frauen in den Einsatzgebieten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Christine Buchholz [DIE LINKE]: Das gilt nicht für Oberst Klein!)

Wir wollen auch weiterhin den Erfolg der Mission Atalanta. Wir wollen ihn, um brutale Piratenüberfälle auf zivile Schiffe zu verhindern. Wenn Sie, meine Damen und Herren der Opposition, das auch wollen,

(C)

(D)

Ingo Gädechens

- (A) dann bitte ich Sie herzlich, in sich zu gehen und diesem Mandat zuzustimmen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Roderich Kiesewetter für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Von dem heute zur Diskussion stehenden Mandat, dem Atalanta-Mandat, geht eine Kernbotschaft aus. Die Kernbotschaft lautet, die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union zu stärken und erkannte Lücken zu schließen. Damit schaffen wir die Voraussetzung dafür, dass die EU in dem, was sie auszeichnet, noch glaubwürdiger wird; denn ihre vielen zivilen Fähigkeiten werden militärisch untermauert. Das ist der Kern des Mandats.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

- (B) Ich möchte an dieser Stelle unserem Außenminister ausdrücklich dafür danken, dass er herausgestellt hat – darüber wurde gestern im Auswärtigen Ausschuss auch sehr ausführlich debattiert –, dass das kein deutscher Alleingang ist. Im Gegenteil: Am 23. März hat die Europäische Union mit allen 27 Mitgliedstaaten diesen Willen deutlich gemacht.

(Dr. h. c. Gernot Erler [SPD]: Aber nur vier Beteiligte!)

Sie möchte diese Regelung, wie wir sie heute verabschieden. Wir sind aber das einzige Land, das dies auch noch in einer solchen Breite diskutiert. Das halte ich für sehr gut. Andere nehmen das als gegeben hin, wir nicht. Das zeichnet unser Parlament aus. Aber lassen Sie uns doch als frei gewählte Abgeordnete deutlich sein. Wir gehen davon aus, dass sich alle an das Mandat halten und dass andere Operationen, sofern sie stattfinden, nicht innerhalb dieses Mandats stattfinden. Darum haben wir gerungen, und das haben wir in diesem Mandat klargemacht.

Der zweite Punkt ist – das stimmt nicht nur mich, sondern weite Teile unseres Parlaments betrüblich –: Es geht erstmals in dieser Legislaturperiode ein Signal von diesem Haus aus, dass nicht mit breiter Mehrheit von Regierung und Opposition hinter einem Mandat unseres Landes gestanden wird.

(Christine Buchholz [DIE LINKE]: Richtig so! – Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Fragen Sie mal, wie Sie das fertiggebracht haben!)

Das ist zum einen ein Warnsignal an unsere Soldaten im Auslandseinsatz. Zum anderen ist das ein außenpolitisch und sicherheitspolitisch verheerendes Signal, sollte sich

das so fortsetzen, verehrte Kolleginnen und Kollegen der SPD. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Dr. Frithjof Schmidt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum machen Sie dann so was?)

Ich möchte das an einem Beispiel deutlich machen. Wir haben heute früh über Chicago gesprochen. Unsere Bundeskanzlerin hat deutlich gemacht, dass wir über nationalstaatliche Souveränität und neue Formen der Abhängigkeit nachdenken müssen, vergleichbar damit, wie wir das zurzeit in der Wirtschafts- und Finanzpolitik mit dem Fiskalpakt und dem Stabilitätsmechanismus in ungeheurem Ringen leisten. Wir rücken durch die Finanzkrise in Europa stärker zusammen. Das Gleiche müssen wir in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik machen.

(Christine Buchholz [DIE LINKE]: Ihr spaltet die Menschen in Europa, und ihr spaltet die Menschen in der Welt!)

Wir wollen als Deutschland ein glaubwürdiger und verlässlicher Partner sein. Da gibt es kein Beiseitretreten. Dieses Beiseitretreten fasziniert mich besonders angesichts der Reden, die unlängst Egon Bahr anlässlich seines 90. Geburtstags gehalten hat – er fordert eine europäische Armee – und die Ihr Vorsitzender Sigmar Gabriel gehalten hat. Er fordert die Aufnahme einer europäischen Armee ins Grundgesetz. Das ist zwar alles richtig; aber Sie fordern einen ICE mit Flügeln, stehen selber jedoch mit einer Draisine auf einer Dampflok-schienenbahn und können den Fortschritt in der Europäischen Union nicht in der Praxis ausgestalten. Das ist der Fehler. Das ist das Versagen. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

An die Adresse der Grünen, auch wenn Sie sich enthalten: Ihr Antrag enthält einige interessante Punkte, und zwar zum Wiederaufbau, zu der Finanzierung von Strukturen und zu der Ausbildung von Sicherheitskräften. Das ist alles richtig. Aber ohne eine weitere militärische Option, nämlich auch die logistischen Grundlagen an Land zu zerstören, sind all die guten Ratschläge, die Sie geben, geschwächt. Es geht gerade darum, die Werkzeugkiste an Maßnahmen, die die EU hat, zu erweitern und zu ermöglichen, dass genau die Vorschläge, die Sie machen, besser zu verwirklichen sind, indem wir logistische Sammelpunkte zerschlagen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sollten noch einmal in uns gehen, wenn wir die namentliche Abstimmung durchführen. Sie alle sind frei in Ihrem Mandat. Es darf nicht, wie heute eine Zeitung titelte, der erste Dominostein fallen. Das ist kein Spiel; es ist etwas Hochemstes. Ich appelliere an Sie: Beißen Sie sich nicht an der Strandfrage fest! Verbeißen Sie sich lieber in die Frage, wie wir Deutschlands Handlungsfähigkeit in der EU und die europäische Handlungsfähigkeit im weltweiten Wettbewerb stärken können!

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

(A) Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der Bundesregierung zur Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Operation Atalanta zur Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Somalias. Der Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/9598, den Antrag der Bundesregierung auf Drucksache 17/9339 anzunehmen.

Wir stimmen über die Beschlussfassung namentlich ab. Hierzu liegen mir mehrere schriftliche Erklärungen nach § 31 unserer Geschäftsordnung zur Abstimmung vor.¹⁾

Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, die vorgesehenen Plätze einzunehmen. – Jetzt sind alle Plätze an den Urnen besetzt. Ich eröffne die Abstimmung.

Nun die obligatorische Frage: Ist ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme noch nicht abgegeben hat? – Ich höre keinen Widerspruch. Offenbar haben alle Anwesenden ihre Stimme abgegeben.

Ich schließe die namentliche Abstimmung und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung wird Ihnen später bekannt gegeben.²⁾

(B) Wir kommen nun zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 17/9601. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen von CDU/CSU, FDP und Linken gegen die Stimmen der Grünen bei Enthaltung der SPD abgelehnt.

Ich rufe nun den Tagesordnungspunkt 6 auf:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Mechthild Rawert, Dr. Marlies Volkmer, Bärbel Bas, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD

Individuelle Gesundheitsleistungen eindämmen

– Drucksache 17/9061 –

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Gesundheit (f)
Rechtsausschuss
Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine Dreiviertelstunde vorgesehen. – Ich höre dazu keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort Mechthild Rawert für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Mechthild Rawert (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Igel sind possierliche Tiere, und eigentlich hat sie jeder trotz ihrer Stacheln gern. Hier reden wir aber über ganz andere IGeL. Wir reden über die individuellen Gesundheitsleistungen, über Geschäftemacherei in ärztlichen Praxen und über einen rasant wachsenden Markt mit einem Umsatz von mittlerweile mehr als 1,5 Milliarden Euro. Wir reden darüber, dass Patientinnen und Patienten, die krank sind, sich elend fühlen und deshalb ihren Arzt oder ihre Ärztin aufsuchen, in der Arztpraxis flugs einen Rollenwechsel erfahren. Sie sind nicht mehr in erster Linie Patient oder Patientin. Nein, Sie sind, wie das Bundesgesundheitsministerium sagt, „mündige Vertragspartner“.

Zu all dem sagen wir als SPD-Bundestagsfraktion entschieden Nein.

(Beifall bei der SPD)

Denn wir wollen, dass Patientinnen und Patienten auf ärztliche Ethik vertrauen können. Schon vor über einem Jahr habe ich hier gestanden und bei der Diskussion des SPD-Antrags „Für ein modernes Patientenrechtegesetz“ auch eine Eindämmung der mittlerweile über 350 individuellen Gesundheitsleistungen gefordert. Schon damals habe ich bessere Information, mehr Aufklärung, mehr Sicherheit und Transparenz gefordert. Schon damals wollten wir als SPD-Bundestagsfraktion, dass mit der Abzocke mit den sogenannten Selbstzahlerleistungen endlich Schluss gemacht wird.

(Beifall bei der SPD)

Was ist seitdem durch das FDP-Bundesgesundheitsministerium veranlasst worden? Ich verrate es Ihnen gerne: gar nichts. Bundesgesundheitsminister Bahr hat noch nicht einmal dafür gesorgt, dass zur Verhinderung dieser Abzocke eine Regelung im Entwurf des Patientenrechtegesetzes steht.

(Daniel Bahr [Münster] [FDP]: Unsinn!)

Hier steht kein einziges Wort dazu. Böse, wer da denkt, die FDP wolle lieber den Ärzten und Ärztinnen gefallen, als etwas zum Schutz der Patientinnen und Patienten zu tun.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Daniel Bahr [Münster] [FDP]: Das glauben Sie doch selbst nicht!)

Dieses „Gar nichts“, dieses Fehlen im Patientenrechtegesetz, missfällt sogar Ihnen, werte Kolleginnen und Kollegen der Union; denn immerhin wollen Sie, dass schriftliche Verträge zu den Selbstzahlerleistungen abgeschlossen werden und dass die voraussichtlichen Kosten der medizinisch nicht notwendigen Leistungen ausdrücklich aufgeführt werden. Wenn Sie es also ernst meinen, dann stimmen Sie heute unserem Antrag zu.

(Beifall bei der SPD)

Ich wollte aber genauer wissen, was es mit diesem „Gar nichts“ aus dem Bundesgesundheitsministerium auf sich hat, und habe deshalb schriftliche Anfragen ge-

¹⁾ Anlage 2 und 3

²⁾ Seite 21131 D

Mechthild Rawert

- (A) stellt, zum einen zu dem vom Deutschen Netzwerk Evidenzbasierte Medizin ausgezeichneten Bericht „Individuelle Gesundheitsleistungen“ des DIMDI, übrigens eine Einrichtung im Geschäftsbereich des Bundesgesundheitsministeriums. Das DIMDI kommt zu dem Ergebnis, dass die am meisten verkaufte individuelle Gesundheitsleistung, nämlich die Glaukomuntersuchung, „keine Evidenz zum patientenrelevanten Nutzen“ aufweist. Mit anderen Worten: erneut Abzocke.

Nun zu einer anderen Leistung. Das interessiert uns Frauen nun wirklich sehr. Wer von uns hätte nicht Angst vor bösartigen Erkrankungen am Eierstock. Für das VUS-Screening, die vaginale Ultraschalluntersuchung, ist laut DIMDI „ein Schaden zu erkennen“. Nicht nur, dass das Screening nichts nützt, es bringt sogar einen Schaden mit sich. Auch die Fachverbände der Gynäkologen und Gynäkologinnen bestätigen, dass diese Methode zur Früherkennung von Eierstockkrebs nicht zu empfehlen ist, da sie in einem hohen Maß zu Überdiagnosen mit operativen Eingriffen führt. Aber das Gesundheitsministerium sagt: Mit den vielen IGeL_n ist eigentlich alles in Ordnung.

Kennen Sie eigentlich die Realität in den Fachpraxen? Mir erzählen Bürgerinnen und Bürger zunehmend öfter, sie würden am Schalter schon mit IGeL-Angeboten überhäuft. Einige sagen sogar, wenn sie nicht zustimmten, ein IGeL-Angebot anzunehmen, erhielten sie keinen Termin beim Arzt.

(Elke Ferner [SPD]: Unglaublich!)

- (B) – Das ist wirklich unglaublich, danke schön. – Das geht eindeutig zu weit. Es geht zu weit, dass die medizinisch nicht ausgebildeten Patienten und Patientinnen nun plötzlich entscheiden sollen, wie sie sich selbst diagnostizieren; es geht zu weit, von ihnen zu erwarten, dass sie wissen sollen, was medizinisch sinnvoll oder unsinnig ist. Es geht uns mit dem Antrag darum, Patienten und Patientinnen, die krank sind, nicht nur vor Abzocke zu schützen, sondern auch vor Schaden zu bewahren.

(Beifall bei der SPD)

Das WiDo, eine Einrichtung der AOK, hat bestätigt: Individuelle Gesundheitsleistungen werden vorrangig denjenigen angeboten, die über 3 000 Euro verdienen. Sind die Patientinnen und Patienten der gesetzlichen Krankenversicherungen denn weniger wert? Medizinische Dienstleistungen gehen dann nur noch an Gutverdiener? – Das kann es nicht sein.

Vor dem Hintergrund dessen hat die Bundesärztekammer gesagt: Wir brauchen angemessene Informations- und Transparenzrichtlinien; wir wollen sogar eine Zweitmeinung einholen lassen. – Liebe Bundesärztekammer, bitte machen Sie doch ernst! Wir brauchen zunehmend mehr den Schutz des Verhältnisses zwischen Arzt und Patient.

Ich komme zum Schluss, Herr Präsident. – IGeL, die zu Unrecht das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit unserer gesetzlichen Krankenkassen erschüttern, brauchen wir nicht. Ich erwarte mehr Patientenschutz, mehr Patientenrechte. Wertes FDP-Ministerium, kümmern Sie

sich um die Patientinnen und Patienten und weniger um die Ärztinnen und Ärzte! (C)

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Erwin Rüdell für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Erwin Rüdell (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Rawert, Sie haben in Ihrer Rede kein Wort öfter gebraucht als das Wort Abzocke. Ich denke, das drückt Ihr Verhältnis zu den Akteuren im Gesundheitswesen aus. Woran es im Gesundheitswesen nicht mangelt, ist Misstrauen; was wir dagegen mehr brauchen, ist Vertrauen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Mechthild Rawert [SPD]: Dann sorgen Sie dafür!)

Das ist der Geist unserer Gesundheitspolitik, und diese Gesundheitspolitik wird Erfolge zeigen.

Allen Mitgliedern einer gesetzlichen Krankenkasse stehen in Deutschland grundsätzlich sämtliche Leistungen zu, mit denen ihr Gesundheitszustand erhalten, wiederhergestellt oder verbessert wird. Diese umfassende Absicherung beinhaltet sowohl eine hochwertige Diagnostik als auch eine hervorragende Behandlung im Krankheitsfall. Das war in der Vergangenheit so, und das wird in Zukunft so bleiben. Die Versicherten wissen, dass sie sich auf unser Gesundheitssystem verlassen können, das zu Recht als eines der besten weltweit gilt. Es sichert im Krankheitsfall allen Bürgerinnen und Bürgern unabhängig von Einkommen, Alter, Geschlecht, Herkunft oder Gesundheitszustand die medizinische Behandlung zu, die notwendig ist. (D)

Für die gegenwärtige hervorragende Verfassung unseres Gesundheitssystems hat die bürgerlich-liberale Koalition in den vergangenen zweieinhalb Jahren allerdings auch viel getan. Wir haben das System auf ein verlässliches Fundament gestellt und solide durchfinanziert. Wir haben ein zu erwartendes Defizit von bis zu 11 Milliarden Euro in einen Überschuss verwandelt. Wir haben eine milliarden schwere Reserve im Gesundheitsfonds, weshalb die Krankenkassen in absehbarer Zukunft keinerlei Zusatzbeiträge verlangen müssen. Wir haben mit dem GKV-Finanzierungsgesetz und dem Arzneimittelneuordnungsgesetz erreicht, dass keine höheren Eigenleistungen und keine Abstriche beim Leistungskatalog erforderlich waren.

(Mechthild Rawert [SPD]: Steht da auch was zu IGeL?)

Wir haben die unabhängige Patientenberatung gesetzlich verankert. Wir haben das Infektionsschutzgesetz zur Verbesserung der Krankenhaushygiene verabschiedet, und wir haben mit dem Versorgungsstrukturgesetz die Grundlage für eine dauerhaft gute, wohnortnahe und flä-

Erwin Rüdgel

- (A) chendeckende Versorgung der Menschen mit medizinischen Leistungen geschaffen.

Diese erfolgreiche Gesundheitspolitik werden wir mit einem Gesetz abrunden, das die Rechte der Patientinnen und Patienten weiter stärkt. Damit stellen wir die Patientinnen und Patienten in das Zentrum unseres Gesundheitswesens, also auf den Platz, der ihnen zusteht. Zugleich werden wir die Patientenrechte übersichtlich zusammenfassen, und zwar so – das füge ich ausdrücklich hinzu –, dass das notwendige Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patient nicht zerstört wird.

(Mechthild Rawert [SPD]: Nicht zerstört werden darf!)

Im Zuge der Beratungen über den Entwurf dieses Patientenrechtegesetzes werden wir uns auch mit den Maßnahmen befassen, die die Kassenärztliche Bundesvereinigung als individuelle Gesundheitsleistungen, also IGeL, bezeichnet. Dazu zählen unter anderem Impfungen vor Fernreisen, sportmedizinische Untersuchungen, ärztliche Berufseingangsuntersuchungen sowie diverse labor diagnostische Wunschleistungen. Es handelt sich also um Maßnahmen, die aufgrund individueller Bedürfnisse eines Versicherten durchaus sinnvoll sein können, indem sie den Katalog der gesetzlichen Krankenversicherung ergänzen. Möchte ein Patient solche Leistungen in Anspruch nehmen, steht ihm das frei; allerdings muss er dann deren Kosten selbst tragen.

- (B) Grundsätzlich ist in diesem Zusammenhang von dem Versicherten zu beachten, dass vieles, was als Selbstzahlerleistung angeboten wird, in dem Moment Kassenleistung ist, in dem der Verdacht auf eine Erkrankung gegeben ist. Deshalb muss stets klar sein: Für ärztliche Leistungen, die in den Katalog der gesetzlichen Krankenversicherung gehören, darf kein Arzt eine privatärztliche Rechnung stellen oder eine Zuzahlung von einem Versicherten verlangen.

(Maria Klein-Schmeink [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist ja wohl selbstverständlich!)

Im Patientenrechtegesetz werden wir dafür Sorge tragen, dass die Versicherten mit Blick auf individuelle Gesundheitsleistungen umfassend geschützt werden. Dazu werden wir folgende Bestimmungen in das Gesetz aufnehmen:

Erstens. Aufklärung über Kosten und Nutzen. Der Arzt ist verpflichtet, ausführlich über die individuelle Gesundheitsleistung aufzuklären. Diese Beratungsgespräche sind ausschließlich von Ärztinnen und Ärzten vorzunehmen und nicht an Dritte zu delegieren.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Vogler von der Linksfraktion?

Erwin Rüdgel (CDU/CSU):

Ja.

Kathrin Vogler (DIE LINKE):

(C)

Herr Kollege Rüdgel, ich höre aus Ihrem Beitrag heraus, dass das alles relativ harmlose Geschichten seien. Ich möchte gerne einmal darauf hinweisen, dass Ihre Regierung meines Wissens nichts dagegen unternimmt, dass beispielsweise privat zu bezahlende IGeL-Leistungen von manchen Ärztinnen und Ärzten zur Voraussetzung für eine Behandlung gemacht werden oder dass Frauen, während sie auf einem Untersuchungsstuhl eines Frauenarztes liegen, die von der Kollegin Rawert erwähnten vaginalen Ultraschalluntersuchungen angeboten bekommen. Das sind Situationen, in denen eine selbstbestimmte Entscheidung der betreffenden Patientinnen überhaupt nicht vorstellbar ist. Was unternimmt Ihre Regierung ganz konkret dagegen, dass solche Art von Missbrauch, solche Art von Entwürdigung von Patientinnen allein zur Bereicherung von Ärzten passiert?

Sie haben vorhin von dem Vertrauen gesprochen, das viele Ärztinnen und Ärzte bei ihren Patientinnen und Patienten völlig zu Recht genießen. Ist es nicht so, dass dieses Vertrauen allein schon dadurch beschädigt wird, dass die Patientin oder der Patient nie sicher weiß, ob ihr oder ihm die Ärztin oder der Arzt etwas empfiehlt, weil es wirklich sinnvoll, nützlich und gut ist, oder empfiehlt sie oder er es, weil es Cash bringt, weil man die entsprechende Leistung privat abrechnen kann und weil die Kasse sie – völlig zu Recht – nicht bezahlen würde.

Erwin Rüdgel (CDU/CSU):

Frau Vogler, wenn Sie etwas Geduld gehabt hätten und mich nicht nach dem ersten Punkt von vieren, die ich hier vortragen wollte – jeder Punkt steht für eine gesetzliche Bestimmung –, unterbrochen hätten, dann hätten Sie ein umfassendes Konzept wahrgenommen. (D)

Ich denke, wir sind mit dem Patientenrechtegesetz auf dem Weg, die Patientenposition zu stärken, ohne das Vertrauensverhältnis, das in der Arzt-Patient-Beziehung ausgesprochen wichtig ist, zu zerstören.

Wenn ich mir vergegenwärtige, wie viele Jahre die Opposition über die Schaffung eines Patientenrechtegesetzes diskutiert hat, dann muss ich erkennen, dass wir mit unseren Bemühungen sehr weit sind.

(Mechthild Rawert [SPD]: Alles, was die Gerichte festgestellt haben, kommt rein! Der Rest bleibt draußen!)

Dieses Gesetz wird effizient sein und wirken. Es wird zum Jahreswechsel in Kraft treten und die Position der Patienten deutlich stärken. Wir sind da, denke ich, auf einem guten Weg; das hat die Opposition bisher nicht zustande gebracht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Dr. Harald Terpe [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es ist immer so, dass die Opposition kein Gesetz zustande bringt!)

Wir erwarten also Aufklärung über Kosten und Nutzen.

Erwin Rüdgel

- (A) Zweitens erwarten wir die freie Entscheidung des Patienten. Ob der Patient individuelle Leistungen in Anspruch nimmt, ist allein in seine persönliche Entscheidung zu stellen.

Drittens: schriftliche Zustimmung vor Behandlungsbeginn. Das halte ich für ausgesprochen wichtig. Das ist genau das, was auch die Position des Patienten stärkt.

(Mechthild Rawert [SPD]: Eigentlich ist das jetzt schon so!)

Der entsprechende Vertrag muss die Angabe der voraussichtlichen Kosten sowie den ausdrücklichen Hinweis enthalten, dass die Leistung – jetzt kommt es – medizinisch nicht notwendig ist.

Viertens: obligatorische Rechnungsstellung des Arztes. Das heißt, der Patient erhält bei jeder individuellen Gesundheitsleistung eine schriftliche Rechnung nach der amtlichen Gebührenordnung für Ärzte oder Zahnärzte. Pauschal- oder Erfolgshonorare sind nicht zulässig.

(Mechthild Rawert [SPD]: Schluss mit Cash!)

Weil bestimmte IGeL-Leistungen bei einzelnen Patienten durchaus sinnvoll sind, während sie für andere eher überflüssig oder schädlich sein können, begrüße ich im Übrigen ausdrücklich das neue Internetportal IGeL-Monitor, das der Medizinische Dienst des Spitzenverbands der Krankenkassen initiiert hat. Dieses gibt den Versicherten die Möglichkeit, sich im Internet umfassend über die Bewertung diverser IGeL-Leistungen zu informieren.

- (B) Beratungen bieten neben anderen auch die Unabhängige Patientenberatung Deutschland, die Deutsche Krebshilfe, der Arbeitskreis Frauengesundheit sowie im zahnärztlichen Bereich die Kammern und Vereinigungen der Bundesländer an.

Ich darf also zusammenfassend feststellen, dass die SPD-Fraktion mit dem vorliegenden Antrag offene Türen einrennt.

(Dr. Marlies Volkmer [SPD]: Dann können Sie ja zustimmen!)

Sie können deshalb davon ausgehen, dass Ihr Anliegen bei uns in guten Händen ist.

Ich will allerdings nicht verschweigen, dass mir der Wortlaut Ihres Antrags nicht ganz frei zu sein scheint von Übertreibungen und Überspitzungen. Er erweckt leider wieder den Eindruck, dass Ihnen jegliche Wahlfreiheit der Patienten ein Dorn im Auge ist,

(Mechthild Rawert [SPD]: Wir wollen Schaden abwenden!)

dass Ihnen jeglicher Wettbewerb in der Versorgung zuwider ist und dass für Sie das einzige Heil in einer staatlichen Einheitsmedizin besteht.

(Mechthild Rawert [SPD]: So ein Schwachsinn! – Stefan Müller [Erlangen] [CDU/CSU]: Traurig, aber wahr!)

Meine Damen und Herren, wir wollen den mündigen und informierten Patienten, der seine Rechte selbstständig wahrnimmt und seinem Arzt auf Augenhöhe begegnet. Das entspricht unserem Leitbild eines souveränen und mündigen Patienten. Was wir nicht wollen, ist der Patient, der wie ein Unmündiger behandelt und allseits vom Staat bevormundet wird.

Seien Sie deshalb versichert: Wir werden im Patientenrechtegesetz dafür sorgen, dass die Versicherten ihre Entscheidung für oder gegen eine individuelle Gesundheitsleistung ohne Druck und Zwang treffen können.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Herr Kollege, wollen Sie Ihre Redezeit durch eine Zwischenfrage der Kollegin Rawert verlängern?

(Zuruf von der CDU/CSU: Sie hat doch schon geredet!)

Erwin Rüdgel (CDU/CSU):

Gern.

Mechthild Rawert (SPD):

Herr Kollege, eine Frage: Ist Ihnen bekannt, dass zeitgleich mit dem jetzt vom Bundesgesundheitsministerium vorgelegten Entwurf eines Patientenrechtegesetzes das Verbraucherschutzministerium eine Untersuchung in Auftrag gegeben hat, und zwar eine Untersuchung zur Aufklärung bei den individuellen Gesundheitsleistungen, in der alle kritischen Anmerkungen, die wir machen, die wir vorhin auch benannt haben, noch einmal wissenschaftlich untersucht werden? Mit anderen Worten: Knatsch in der Regierung!

Erwin Rüdgel (CDU/CSU):

Ich habe ausdrücklich betont, dass ich mich freue, dass der MDK eine Auflistung von IGeL-Leistungen und eine Bewertung vornimmt. Das kann nur dazu dienen, dass der Patient informiert, mündig mit dem Arzt in Kontakt tritt. Ich denke, alles, was dieses Verhältnis verbessert, was Vertrauen stärkt, den Patienten stärker macht, kann in unserem Gesundheitssystem nur helfen.

(Mechthild Rawert [SPD]: Dann danke ich Frau Aigner!)

Wir werden dafür sorgen, dass die Entscheidung über einen privatrechtlichen Vertrag mit dem Arzt bzw. Zahnarzt auf jeden Fall bei den Patientinnen und Patienten liegen wird. Und wir werden dafür sorgen, dass die Patientinnen und Patienten vor möglichem Missbrauch und vor unnötigen und überflüssigen Maßnahmen wirkungsvoll geschützt werden. Wir sind auf einem hervorragenden Weg. Ich hoffe, dass Sie zum Jahreswechsel unserem Entwurf des Patientenrechtegesetzes zustimmen werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Dr. Marlies Volkmer [SPD]: Welches Jahr jetzt? – Mechthild Rawert [SPD]: Welches Jahr?)

(A) Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Harald Weinberg für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Harald Weinberg (DIE LINKE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Herr Rüddel, was Sie gerade vorgetragen haben, ist zumindest herrschende Rechtslage bei der Rechtsprechung der Gerichte. Genau das schreiben Sie in den Entwurf des Patientenrechtegesetzes. Sie schreiben nichts darüber hinaus. – Jetzt zum eigentlichen Thema.

Mittlerweile ist es Alltag: Der Arzt oder die Ärztin, oft auch das übrige Praxispersonal, bieten den Patienten – oder sollte man besser „Kunden“ sagen? – eine zusätzliche Leistung an. Diese sei zwar sinnvoll, wird einem erläutert, aber die Kasse übernehme die Kosten leider nicht. Die Patienten können das schwer einschätzen; denn das Bild vom souveränen und mündigen Kunden, das Sie immer bemühen, hinkt, nicht nur in der Medizin, aber dort besonders.

Viele Patientinnen und Patienten ahnen mit ungutem Gefühl: Die wenigsten dieser individuellen Gesundheitsleistungen, abgekürzt IGeL, sind tatsächlich sinnvoll. Die meisten sind schlichtweg nutzlos, einige sogar schädlich. Eines bewirken sie allerdings immer: Sie steigern den Umsatz der Praxis.

(B) Es wundert dann auch nicht, dass es Seminare für Ärzte und Praxisteams gibt, bei denen das Verkaufen von Leistungen gelehrt wird. So bietet die Firma INSTATIK GmbH ein effektives „Know-how aus rhetorischen und verkaufpsychologischen Techniken und Kniffen“ an. Die Firma bewirbt ihre Trainings ganz offen mit dem Ziel:

Denn durch das Anbieten dieser IGeL-Leistungen ... kann systematisch Zusatz-Umsatz etabliert und gesteigert werden.

Diese Schulungsfirma verliert kein Wort darüber, ob der Patient irgendeinen Nutzen von der Sache hat. Das ist denen auch völlig egal. Es geht einzig und allein um die Umsatzsteigerung auf dem Gesundheitsbasar. Deswegen lassen sich die Ärzte ein eintägiges Seminar bei diesem Anbieter immerhin 589 Euro kosten.

(Kathrin Vogler [DIE LINKE]: Das muss er wieder reinholen!)

Der Werbeaufwand ist groß, es winkt aber auch ein großer Ertrag: über 1,5 Milliarden Euro werden jedes Jahr mit IGeL umgesetzt. Das sind gut 21 Euro pro gesetzlich Versichertem. Das hört sich wenig an, aber pro Kassenarzt sind das durchschnittlich immerhin 11 000 Euro. Das ist der Durchschnitt, das heißt, es gibt auch einige Ärzte, die deutlich mehr verdienen. Für diese ist es ein sehr gutes Geschäftsmodell.

In einer Medizin, die sich zunehmend als Markt versteht, verändert sich das Verhältnis von Arzt zu Patient. Unter dem Deckmantel des nach wie vor vorhandenen

Vertrauens, das dem ärztlichen Beruf entgegengebracht wird, wird eine Tauschlogik eingeführt, in der der Arzt zum Verkäufer und der Patient zum Kunden wird. Das führt zur Anpreisung von medizinisch nicht notwendigen, womöglich sogar fragwürdigen Waren auf dem Gesundheitsmarkt.

Manche Ärzte scheinen inzwischen zu ahnen, dass diese Entwicklung problematisch ist. So hat der im November verstorbene ehemalige Präsident der Bundesärztekammer, Jörg-Dietrich Hoppe, in seiner letzten Rede der Ärzteschaft ins Stammbuch geschrieben:

Patienten müssten darauf vertrauen können, dass medizinische Gründe und nicht das Gewinnstreben Ärzte motivieren.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Mechthild Rawert [SPD]: Gut gesprochen hat er!)

Andreas Köhler von der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, ebenfalls unverdächtig, ein Linker zu sein, hat sich ähnlich geäußert. Er appellierte an die Ärzte, sensibel mit den IGeLeien umzugehen, weil sonst das Vertrauensverhältnis zu den Patienten Schaden nehmen könnte. Recht haben die beiden. Sie kritisieren damit indirekt eine Gesundheitspolitik, die glaubt, mit der Vermarktung der Medizin deren Probleme lösen zu können. Das geht nicht.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD – Zuruf von der FDP)

– Wir waren es jedenfalls nicht, um es ganz deutlich zu sagen. **(D)**

Für die Linke ist klar: Die Kassen müssen alle notwendigen Leistungen übernehmen. Darauf sollen sich der Patient und die Patientin verlassen können. Damit entfällt eine Notwendigkeit für mehr IGeL. Man muss aber ernsthaft überlegen, zumindest all diejenigen IGeL zu verbieten, die nachweislich mehr Schaden als nützen.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Nun zum SPD-Antrag. Der SPD-Antrag, der die IGeL nur etwas regulieren will, geht in die richtige Richtung, springt aber auch an einigen Stellen etwas zu kurz. So will die SPD, dass für denselben Patienten nicht am selben Tag sowohl ein IGeL als auch eine normale GKV-Leistung erbracht werden dürften, um den Patientinnen und Patienten Zeit zu geben, über diese Leistung nachzudenken. Der Ansatz ist lobenswert, aber wir fragen uns: Wie soll das kontrolliert werden?

(Gabriele Molitor [FDP]: IGeL-Polizei!)

Und: Ist es nicht auch ein Problem, wenn Ärzte die Zeit, für die sie sich verpflichtet haben, Kassenpatienten und -patientinnen zu behandeln, mit IGeL vergeuden? Wir finden, ein Arzt sollte sich entscheiden und voneinander getrennte GKV- und IGeL-Sprechstunden abhalten.

Über viele Forderungen des SPD-Antrags kann man sich natürlich streiten. Nach Überweisung im Ausschuss werden wir das gerne produktiv tun. Wir befürchten nur

Harald Weinberg

- (A) sehr, dass die Koalition keine dieser Ideen aufgreifen wird, weil sie weiterhin Medizin als Markt versteht.

Zum Schluss noch ein Tipp an Patientinnen und Patienten sowie eine Anregung für Ärzte – auch Herr Rüdell hat schon darauf hingewiesen; hier wiederhole ich ein Stück weit –: Patientinnen und Patienten sollten kritisch sein, wenn Ihnen ein IGeL angeboten wird. Nehmen Sie sich ausreichend Bedenkzeit; reden Sie mit Ihrer Krankenkasse, mit der Unabhängigen Patientenberatung, oder schauen Sie auf www.igel-monitor.de vorbei. Dort sind viele Leistungen in verständlicher Sprache bewertet worden. So haben Sie eine unabhängige und kostenfreie zweite Meinung.

Die Anregung an Ärzte: Überlegen Sie einmal, ob Sie an Ihrer Praxis nicht ein Qualitätssiegel anbringen können, das da heißt: „IGeL-freie Praxis“.

(Beifall der Abg. Kathrin Vogler [DIE LINKE])

Ich bin überzeugt, dass viele Patientinnen und Patienten gerne kommen, wenn sie schon von außen sehen, dass sie einen Arzt aufsuchen und sich nicht auf einen Gesundheitsbasar begeben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN sowie der Abg. Mechthild Rawert [SPD])

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

- (B) Das Wort hat nun Gabriele Molitor für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Gabriele Molitor (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Rawert, Ihr Antrag und Ihre Rede machen eigentlich eines deutlich: Sie wollen die IGeL abschaffen.

(Harald Weinberg [DIE LINKE]: Die, die sinnvoll sind, in den Leistungskatalog! Ist doch klar!)

Dann sagen Sie das doch bitte so deutlich und unterlassen die Vorschläge, mit denen die IGeL so erschwert würden, dass sie nicht mehr in Anspruch genommen werden können.

(Mechthild Rawert [SPD]: Was sagen Sie denn zum Screening?)

Ich denke, dass die gesetzliche Krankenversicherung ihren Versicherten einen umfassenden, guten Schutz bietet. Es gibt aber auch Leistungen, die nur unter bestimmten Bedingungen oder gar nicht von der gesetzlichen Krankenversicherung übernommen werden, nämlich die individuellen Gesundheitsleistungen. Diese Leistungen werden aus bestimmten Gründen nicht von den Krankenkassen bezahlt, zum Beispiel weil, wie bei der Akupunktur, die Wirksamkeit einer Behandlungsmethode noch nicht abschließend ermittelt ist oder aufgrund der

individuellen Lebensführung, zum Beispiel einer Impfung vor dem Urlaub. Das alles sind IGeL-Leistungen. (C)

Es geht darum, eine individuelle Abstimmung auf die Bedürfnisse des Patienten zu ermöglichen und eine gute Ergänzung zur medizinischen Versorgung zu geben. Wir möchten dieses Wunsch- und Wahlrecht auch in der Zukunft ermöglichen und möchten nicht, wie Sie es wollen, eine gesetzlich verordnete Zwangsbedenkpause,

(Mechthild Rawert [SPD]: Wir wollen Schaden abwenden!)

um auf diesem Wege die Patienten zu einem erneuten Arztbesuch zu zwingen und dadurch die Leistungen zu erschweren oder gar zu verhindern.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Schon jetzt gilt, dass eine persönliche Aufklärung nötig ist, dass eine Einwilligung des Patienten vorliegen muss und dass sich die Abrechnung an der Gebührenordnung orientieren muss. Ich weiß nicht, wo Sie manchmal leben. Wenn es tatsächlich so sein sollte, dass Patienten in der Arztpraxis schon am Tresen mit diesen Angeboten konfrontiert werden,

(Mechthild Rawert [SPD]: Das ist die Regel!)

dann haben die Patienten die Möglichkeit, auf dem Absatz kehrtzumachen und die Praxis zu verlassen.

(Lachen bei der SPD – Mechthild Rawert [SPD]: Ich bin krank!)

Die Abstimmung erfolgt mit den Füßen. Wir vertrauen darauf, dass die Patientinnen und Patienten das sehr wohl selbst entscheiden können. (D)

(Harald Weinberg [DIE LINKE]: Das ist die Lebenswirklichkeit der FDP!)

Sie bevormunden die Menschen und trauen ihnen überhaupt nichts zu.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Auf eines möchte ich besonders hinweisen: Der Deutsche Ärztetag hat einen Verhaltenskodex im Zusammenhang mit dem Erbringen von IGeL verabschiedet.

(Mechthild Rawert [SPD]: Ja, 2006!)

Darin steht, wie diese Leistungen verantwortungsvoll anzubieten sind. Das Patientenrechtegesetz nimmt hierauf Bezug. Sie jedoch wollen doppelte Wege und längere Wartezeiten. Kassenleistungen sollen nicht am gleichen Tag wie IGeL-Leistungen erbracht werden dürfen. Das ist der falsche Weg. Sie erzwingen damit Mehrfachbesuche und belästigen die Patienten mit einer völlig unangebrachten Regelungswut.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Frau Rawert, das ist, als würden Sie beispielsweise in ein Geschäft gehen, um sich eine neue Hose zu kaufen, und der Verkäufer würde Ihnen sagen: Nein, die kann ich Ihnen heute nicht verkaufen, dazu müssen Sie morgen

Gabriele Molitor

- (A) wiederkommen. Das ist einfach nicht lebensnah und völlig an den Bedürfnissen der Menschen vorbei.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Rawert?

Gabriele Molitor (FDP):

Nein, die Kollegin Rawert hat schon ausreichend Redezeit gehabt.

(Mechthild Rawert [SPD]: Meine Gesundheit ist auch etwas anderes als eine neue Hose!)

– Das ist richtig. Trotz- und alledem muten Sie den Menschen eine Menge zu, indem Sie meinen, mit einem erneuten Besuch würde sich alles besser regeln lassen.

(Steffen-Claudio Lemme [SPD]: Lange Unterhosen! – Heinz Lanfermann [FDP], an die Abg. Mechthild Rawert [SPD] gewandt: Regen Sie sich doch nicht so auf! Sie müssen doch keine neue Hose kaufen!)

Außerdem fordern Sie in Ihrem Antrag zusätzliche Informationen.

(Mechthild Rawert [SPD]: Ja, das fordert die Bundesärztekammer auch!)

Die Krankenkassen haben aber sehr unterschiedliche Leistungen. Deshalb müsste für jede Kasse eine Übersicht ausgehängt werden. Das geht wirklich am Problem vorbei. Es gibt die schon erwähnte Internetseite www.igel-monitor.de. Das klappt schon ganz ohne Gesetz.

- (B)

(Elke Ferner [SPD]: Welche Krankenkasse zahlt dann IGeL-Leistungen, Frau Kollegin?)

Sie fordern Bürokratie in Form von Verträgen und Berichten. Die dafür erforderliche Zeit wird bei den Patienten fehlen. Sie fordern mehr Bürokratie, womit der Arzt im Endeffekt weniger Zeit für seinen Patienten haben wird. Das wollen wir auf gar keinen Fall.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Mechthild Rawert [SPD]: Ich fordere Schutz und Aufklärung!)

Außerdem ist Ihr Gesetzesentwurf ein Misstrauensvotum.

(Mechthild Rawert [SPD]: Noch ist es ja ein Antrag!)

Das ist auch durch Ihre Wortwahl eben sehr deutlich geworden. Sie sprechen von „Abzocke“

(Mechthild Rawert [SPD]: Richtig!)

und sehen Ärzte allein aus einer Verkaufsperspektive. Das entlarvt Ihr Denken: Wenn in einem Bereich Geld verdient wird, dann ist das per se etwas Schlechtes. Das ist nicht in Ordnung und muss hinterfragt werden. Deswegen schauen Sie, wie man das verhindern kann.

- (C) (Mechthild Rawert [SPD]: Patienten gehen zum Arzt und nicht zum Kaufmann!)

Es geht schließlich auch um die Therapiefreiheit. Dafür möchte ich hier eine Lanze brechen. Haben Sie sich einmal überlegt, was Ihr Vorschlag für Menschen bedeutet, die zum Beispiel auf Naturheilverfahren setzen?

(Christine Aschenberg-Dugnus [FDP]: Darüber hat die Sozialdemokratie sich noch keine Gedanken gemacht!)

Wollen Sie ihnen diese Möglichkeit verwehren? Denn auch das sind zum großen Teil IGeL-Leistungen.

(Harald Weinberg [DIE LINKE]: Sie können zur Techniker gehen! Bei der Techniker Krankenkasse ist es im Leistungskatalog!)

Den Patienten, denen die Schulmedizin, die sicherlich auch hin und wieder an ihre Grenzen stößt, nicht helfen kann, verwehren Sie die Möglichkeit, auf alternative Heilverfahren zu setzen, indem Sie IGeL-Leistungen erschweren wollen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Harald Weinberg [DIE LINKE]: Quatsch! – Mechthild Rawert [SPD]: Sie nehmen nur die finanzielle Sicht heraus!)

Wir teilen Ihr Menschenbild nicht, nach dem der Patient ein wehrloses Opfer ist. Das wird den Menschen nicht gerecht. Schon Kant hat gefordert: „Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen!“ Das geschieht in den allermeisten Fällen auch.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Mechthild Rawert [SPD]: Aber Kant wollte, dass er gesund wird, einfach nur geheilt werden!)

Im Gegensatz zu Ihnen wollen wir Vertrauen. Wir sehen, dass das gewährleistet ist, und wir glauben, dass die bestehenden Regelungen ausreichend sind, um diesen Bereich entsprechend zu handhaben.

Ihr Vorschlag ist wieder nur ein Versuch, Dinge zu erschweren. Ein Glück, dass es die liberale Gesundheitspolitik gibt!

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP – Mechthild Rawert [SPD]: Jetzt haben Sie es aber gesagt!)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich zwischendurch das von den Schriftführerinnen und Schriftführern ermittelte **Ergebnis der namentlichen Abstimmung** über die Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der Bundesregierung zur Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Operation Atalanta mitteilen: abgegebene Stimmen 570. Mit Ja haben gestimmt 305, mit Nein haben gestimmt 206, Enthaltungen 59.

(D)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse

(A)	Endgültiges Ergebnis				(C)
	Abgegebene Stimmen:	570;	Michael Grosse-Brömer	Patricia Lips	Johannes Singhammer
	davon		Markus Grübel	Dr. Jan-Marco Luczak	Jens Spahn
	ja:	305	Manfred Grund	Daniela Ludwig	Carola Stauche
	nein:	206	Monika Grütters	Dr. Michael Luther	Dr. Frank Steffel
	enthaltene:	59	Olav Gutting	Karin Maag	Erika Steinbach
			Florian Hahn	Dr. Thomas de Maizière	Christian Freiherr von Stetten
			Dr. Stephan Harbarth	Hans-Georg von der Marwitz	Dieter Stier
			Jürgen Hardt	Andreas Mattfeldt	Gero Storjohann
			Gerda Hasselfeldt	Stephan Mayer (Altötting)	Stephan Stracke
			Dr. Matthias Heider	Dr. Michael Meister	Max Straubinger
			Helmut Heiderich	Dr. Angela Merkel	Karin Strenz
			Mechthild Heil	Maria Michalk	Thomas Strobl (Heilbronn)
			Ursula Heinen-Esser	Dr. h. c. Hans Michelbach	Lena Strothmann
			Frank Heinrich	Dr. Mathias Middelberg	Michael Stübgen
			Rudolf Henke	Philipp Mißfelder	Dr. Peter Tauber
			Michael Hennrich	Dietrich Monstadt	Antje Tillmann
			Jürgen Herrmann	Marlene Mortler	Dr. Hans-Peter Uhl
			Ansgar Heveling	Dr. Gerd Müller	Volkmar Vogel (Kleinsaar)
			Ernst Hinsken	Stefan Müller (Erlangen)	Stefanie Vogelsang
			Peter Hintze	Dr. Philipp Murmann	Andrea Astrid Voßhoff
			Christian Hirte	Michaela Noll	Dr. Johann Wadephul
			Robert Hochbaum	Dr. Georg Nüßlein	Marco Wanderwitz
			Karl Holmeier	Franz Obermeier	Kai Wegner
			Franz-Josef Holzenkamp	Eduard Oswald	Marcus Weinberg (Hamburg)
			Joachim Hörster	Henning Otte	Peter Weiß (Emmendingen)
			Anette Hübinger	Dr. Michael Paul	Sabine Weiss (Wesel I)
			Thomas Jarzombek	Rita Pawelski	Ingo Wellenreuther
			Dieter Jasper	Ulrich Petzold	Karl-Georg Wellmann
			Dr. Franz Josef Jung	Dr. Joachim Pfeiffer	Peter Wichtel
			Andreas Jung (Konstanz)	Sibylle Pfeiffer	Klaus-Peter Willisch
			Bartholomäus Kalb	Beatrix Philipp	Elisabeth Winkelmeier-
			Hans-Werner Kammer	Christoph Poland	Becker
			Steffen Kampeter	Ruprecht Polenz	Dagmar G. Wöhrl
			Alois Karl	Eckhard Pols	Dr. Matthias Zimmer
			Bernhard Kaster	Thomas Rachel	Wolfgang Zöllner
(B)			Siegfried Kauder (Villingen-	Dr. Peter Ramsauer	Willi Zylajew
			Schwenningen)	Eckhardt Rehberg	
			Volker Kauder	Katherina Reiche (Potsdam)	FDP
			Dr. Stefan Kaufmann	Lothar Riebsamen	Jens Ackermann
			Roderich Kiesewetter	Josef Rief	Christian Ahrendt
			Ewa Klant	Klaus Riegert	Christine Aschenberg-
			Volkmar Klein	Dr. Heinz Riesenhuber	Dugnus
			Jürgen Klimke	Johannes Röring	Daniel Bahr (Münster)
			Axel Knoerig	Dr. Norbert Röttgen	Florian Bernschneider
			Jens Koeppen	Dr. Christian Ruck	Sebastian Blumenthal
			Manfred Kolbe	Erwin Rüddel	Claudia Bögel
			Dr. Rolf Koschorrek	Albert Rupprecht (Weiden)	Nicole Bracht-Bendt
			Hartmut Koschyk	Anita Schäfer (Saalstadt)	Klaus Breil
			Thomas Kossendey	Dr. Andreas Scheuer	Rainer Brüderle
			Michael Kretschmer	Karl Schiewerling	Angelika Brunkhorst
			Gunther Krichbaum	Norbert Schindler	Ernst Burgbacher
			Dr. Günter Krings	Tankred Schipanski	Sylvia Canel
			Rüdiger Kruse	Georg Schirmbeck	Reiner Deutschmann
			Bettina Kudla	Christian Schmidt (Fürth)	Bijan Djir-Sarai
			Dr. Hermann Kues	Patrick Schnieder	Patrick Döring
			Günter Lach	Nadine Schön (St. Wendel)	Mechthild Dyckmans
			Dr. Karl A. Lamers	Dr. Kristina Schröder	Rainer Erdel
			(Heidelberg)	Dr. Ole Schröder	Ulrike Flach
			Andreas G. Lämmel	Bernhard Schulte-Drüggelte	Otto Fricke
			Dr. Norbert Lammert	Uwe Schummer	Dr. Edmund Peter Geisen
			Katharina Landgraf	Armin Schuster (Weil am	Hans-Michael Goldmann
			Ulrich Lange	Rhein)	Heinz Golombek
			Dr. Max Lehmer	Detlef Seif	Miriam Gruß
			Paul Lehrieder	Johannes Selle	Joachim Günther (Plauen)
			Dr. Ursula von der Leyen	Reinhold Sendker	Dr. Christel Happach-Kasan
			Ingbert Liebing	Dr. Patrick Sensburg	Heinz-Peter Hausteil
			Matthias Lietz	Bernd Siebert	Manuel Höferlin
			Dr. Carsten Linnemann	Thomas Silberhorn	Elke Hoff

Ja**CDU/CSU**

Ilse Aigner
Peter Altmaier
Peter Aumer
Thomas Bareiß
Norbert Barthle
Günter Baumann
Ernst-Reinhard Beck
(Reutlingen)
Manfred Behrens (Börde)
Veronika Bellmann
Dr. Christoph Bergner
Peter Beyer
Steffen Bilger
Clemens Binninger
Peter Bleser
Wolfgang Bosbach
Norbert Brackmann
Klaus Brähmig
Michael Brand
Dr. Reinhard Brandl
Helmut Brandt
Dr. Ralf Brauksiepe
Dr. Helge Braun
Heike Brehmer
Ralph Brinkhaus
Cajus Caesar
Gitta Connemann
Alexander Dobrindt
Thomas Dörflinger
Marie-Luise Dött
Dr. Thomas Feist
Enak Ferlemann
Ingrid Fischbach
Hartwig Fischer (Göttingen)
Dirk Fischer (Hamburg)
Axel E. Fischer (Karlsruhe-
Land)
Klaus-Peter Flosbach
Herbert Frankenhauser
Dr. Hans-Peter Friedrich
(Hof)
Michael Frieser
Erich G. Fritz
Hans-Joachim Fuchtel
Alexander Funk
Ingo Gädechens
Dr. Thomas Gebhart
Norbert Geis
Alois Gerig
Eberhard Gienger
Michael Glos
Josef Göppel
Peter Götz
Dr. Wolfgang Götzer
Ute Granold
Reinhard Grindel
Hermann Gröhe

(B)

(D)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse

(A)	Heiner Kamp Michael Kauch Dr. Lutz Knopek Pascal Kober Dr. Heinrich L. Kolb Gudrun Kopp Dr. h. c. Jürgen Koppelin Sebastian Körber Holger Krestel Patrick Kurth (Kyffhäuser) Heinz Lanfermann Sibylle Laurischk Harald Leibrecht Dr. Martin Lindner (Berlin) Michael Link (Heilbronn) Dr. Erwin Lotter Oliver Luksic Horst Meierhofer Patrick Meinhardt Gabriele Molitor Jan Mücke Petra Müller (Aachen) Burkhardt Müller-Sönksen Dr. Martin Neumann (Lausitz) Dirk Niebel Hans-Joachim Otto (Frankfurt) Cornelia Pieper Gisela Piltz Dr. Christiane Ratjen- Damerau Jörg von Polheim Dr. Birgit Reinemund Dr. Peter Röhlinger Dr. Stefan Ruppert Björn Sänger Christoph Schnurr Jimmy Schulz Marina Schuster Dr. Erik Schweickert Werner Simmling Judith Skudelny Dr. Hermann Otto Solms Joachim Spatz Torsten Staffeldt Dr. Rainer Stinner Stephan Thomae Manfred Todtenhausen Florian Toncar Serkan Tören Johannes Vogel (Lüdenscheid) Dr. Daniel Volk Dr. Guido Westerwelle Dr. Claudia Winterstein Dr. Volker Wissing Hartfrid Wolff (Rems-Murr)	Rainer Arnold Heinz-Joachim Barchmann Doris Barnett Dr. Hans-Peter Bartels Klaus Barthel Sören Bartol Bärbel Bas Dirk Becker Lothar Binding (Heidelberg) Gerd Bollmann Klaus Brandner Willi Brase Edelgard Bulmahn Marco Bülow Martin Burkert Petra Crone Dr. Peter Danckert Garrelt Duin Sebastian Edathy Ingo Eglöff Siegmund Ehrmann Dr. h. c. Gernot Erler Petra Ernstberger Karin Evers-Meyer Elke Ferner Gabriele Fograscher Dr. Edgar Franke Dagmar Freitag Sigmar Gabriel Michael Gerdes Martin Gerster Iris Gleicke Günter Gloser Ulrike Gottschalck Angelika Graf (Rosenheim) Kerstin Griese Michael Groß Wolfgang Gunkel Hans-Joachim Hacker Bettina Hagedorn Klaus Hagemann Michael Hartmann (Wackernheim) Hubertus Heil (Peine) Rolf Hempelmann Dr. Barbara Hendricks Gustav Herzog Gabriele Hiller-Ohm Petra Hinz (Essen) Frank Hofmann (Volkach) Dr. Eva Högl Christel Humme Josip Juratovic Oliver Kaczmarek Johannes Kahrs Dr. h. c. Susanne Kastner Ulrich Kelber Lars Klingbeil Dr. Bärbel Kofler Daniela Kolbe (Leipzig) Fritz Rudolf Körper Nicolette Kressl Angelika Krüger-Leißner Ute Kumpf Christine Lambrecht Christian Lange (Backnang) Dr. Karl Lauterbach Steffen-Claudio Lemme	Burkhard Lischka Gabriele Lösekrug-Möller Kirsten Lüthmann Caren Marks Katja Mast Ullrich Meßmer Dr. Matthias Miersch Franz Müntefering Dr. Rolf Mützenich Andrea Nahles Dietmar Nietan Manfred Nink Thomas Oppermann Holger Ortel Heinz Paula Johannes Pflug Joachim Poß Dr. Wilhelm Priesmeier Dr. Sascha Raabe Mechthild Rawert Stefan Rebmann Gerold Reichenbach Dr. Carola Reimann René Röspel Dr. Ernst Dieter Rossmann Karin Roth (Esslingen) Michael Roth (Heringen) Marlene Rupprecht (Tuchenbach) Anton Schaaf Bernd Scheelen Marianne Schieder (Schwandorf) Werner Schieder (Weiden) Ulla Schmidt (Aachen) Silvia Schmidt (Eisleben) Carsten Schneider (Erfurt) Ottmar Schreiner Sven Schulz (Spandau) Ewald Schurer Frank Schwabe Dr. Martin Schwanholz Rolf Schwanitz Stefan Schwartz Rita Schwarzelühr-Sutter Dr. Carsten Sieling Sonja Steffen Peer Steinbrück Dr. Frank-Walter Steinmeier Christoph Strässer Kerstin Tack Dr. h. c. Wolfgang Thierse Franz Thönnies Wolfgang Tiefensee Rüdiger Veit Ute Vogt Dr. Marlies Volkmer Andrea Wicklein Heidmarie Wieczorek-Zeul Dr. Dieter Wiefelspütz Waltraud Wolff (Wolmirstedt) Uta Zapf Dagmar Ziegler Manfred Zöllmer Brigitte Zypries	FDP Frank Schäffler	(C)
			DIE LINKE Jan van Aken Agnes Alpers Dr. Dietmar Bartsch Herbert Behrens Karin Binder Heidrun Bluhm Steffen Bockhahn Christine Buchholz Eva Bulling-Schröter Dr. Martina Bunge Roland Claus Dr. Diether Dehm Werner Dreibus Dr. Dagmar Enkelmann Wolfgang Gehrcke Nicole Gohlke Diana Golze Annette Groth Heike Hänsel Dr. Rosemarie Hein Dr. Barbara Höll Andrej Hunko Ulla Jelpke Dr. Lukrezia Jochimsen Katja Kipping Harald Koch Jan Korte Jutta Krellmann Katrin Kunert Sabine Leidig Ralph Lenkert Michael Leutert Stefan Liebich Dr. Gesine Lötzsche Ulrich Maurer Dorothee Menzner Cornelia Möhring Kornelia Möller Niema Movassat Wolfgang Nešković Thomas Nord Petra Pau Jens Petermann Richard Pitterle Yvonne Ploetz Paul Schäfer (Köln) Michael Schlecht Kathrin Senger-Schäfer Raju Sharma Dr. Petra Sitte Kersten Steinke Sabine Stüber Alexander Süßmair Dr. Kirsten Tackmann Frank Tempel Dr. Axel Troost Alexander Ulrich Kathrin Vogler Johanna Voß Sahra Wagenknecht Halina Wawzyniak Harald Weinberg Katrin Werner	(D)	
	Nein				
	CDU/CSU Wolfgang Börnßen (Bönstrup)				
	SPD Ingrid Arndt-Brauer				

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse

(A)	Jörn Wunderlich Sabine Zimmermann	Hans-Ulrich Klose Petra Merkel (Berlin)	Katrin Göring-Eckardt Britta Haßelmann Priska Hinz (Herborn) Bärbel Höhn Ingrid Hönlinger Thilo Hoppe Katja Keul Sven-Christian Kindler Maria Klein-Schmeink Tom Koenigs Sylvia Kötting-Uhl Oliver Krischer Agnes Krumwiede Fritz Kuhn Renate Künast Markus Kurth Undine Kurth (Quedlinburg) Dr. Tobias Lindner Nicole Maisch Jerzy Montag Kerstin Müller (Köln)	Ingrid Nestle Dr. Konstantin von Notz Omid Nouripour Friedrich Ostendorff Dr. Hermann E. Ott Brigitte Pothmer Tabea Rößner Krista Sager Manuel Sarrazin Elisabeth Scharfenberg Dr. Gerhard Schick Dr. Frithjof Schmid Dorothea Steiner Dr. Harald Terpe Markus Tressel Jürgen Trittin Daniela Wagner Beate Walter-Rosenheimer Wolfgang Wieland Dr. Valerie Wilms Josef Philip Winkler	(C)
	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	FDP Helga Daub			
	Bettina Herlitzius Uwe Kekeritz Memet Kilic Monika Lazar Beate Müller-Gemmeke Lisa Paus Dr. Wolfgang Strengmann- Kuhn Hans-Christian Ströbele	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Kerstin Andreae Marieluise Beck (Bremen) Volker Beck (Köln) Cornelia Behm Agnes Brugger Viola von Cramon-Taubadel Ekin Deligöz Katja Dörner Harald Ebner Hans-Josef Fell Dr. Thomas Gambke Kai Gehring			
	Enthalten				
	SPD				
	Elvira Drobinski-Weiß Michael Groschek				

Die Beschlussempfehlung ist damit angenommen.

Nun hat das Wort Maria Klein-Schmeink von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Maria Klein-Schmeink (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

- (B) Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie schon häufiger haben wir hier eine Diskussion mit zwei ideologischen Lagern. Der einen Seite wird unterstellt, Staatsmedizin zu befürworten. Auf der anderen Seite ist der Wettbewerb, die Freiheit und das Vertrauen in die Ärzteschaft, das System und die Leistungserbringer.

(Gabriele Molitor [FDP]: Genau! Das Zweite ist richtig!)

Beide Seiten lassen eines vermissen, nämlich die Mitte: den Patienten, Patientenorientierung und Patientenschutz.

In dieser Debatte hat sich wieder gezeigt, dass es sehr selten gelingt, differenziert auf ein Problem einzugehen.

Wir haben durchaus ein Problem, nämlich dass die Zahl der IGeL-Leistungen tatsächlich ansteigt. 60 Prozent aller Augenarztpatienten wird eine IGeL-Leistung angeboten, in der Regel die Glaukomuntersuchung. Das betrifft regelmäßig ältere Menschen, die sich kaum in der Lage sehen, dieses Angebot angemessen einzuschätzen. Auch beim Frauenarzt wird 50 Prozent der Patientinnen eine vaginaluntersuchung mittels Ultraschall als IGeL-Leistung angeboten. Es werden auch in anderen Bereichen, zum Beispiel in der Schwangerenvorsorge, IGeL-Leistungen angeboten, deren Notwendigkeit für die Betroffenen sehr schwer einzuschätzen ist. Wir haben also ein Informationsproblem.

Wir haben gleichzeitig das Problem, dass sich die Ärzteschaft deutliche Regeln, einen Verhaltenskodex ge-

geben hat. Wir wissen aber aus mehreren Untersuchungen – nicht nur vom WIdO, sondern auch von anderen, von der Ärzteschaft veranlassten Untersuchungen –, dass diese Verhaltensregeln sehr häufig nicht eingehalten werden. In knapp 50 Prozent der Fälle erfolgt zum Beispiel keine schriftliche Aufklärung, dabei ist ein schriftlicher Behandlungsvertrag gemäß Bundesmantelvertrag vorgeschrieben. Solche Zahlen muss man ernst nehmen.

(Mechthild Rawert [SPD]: Deswegen gibt es unseren Antrag!)

Ich meine schon, dass es uns allen hier in diesem Raum gut anstünde, diese Vorgänge ernst zu nehmen. Sie machen zwei Dinge. Zum einen überfordern Sie den Patienten, und zum anderen erschüttern Sie das Selbstverständnis des Heilberufes und führen ihn immer näher heran an das Selbstverständnis eines Gewerbetreibenden. Wir Politiker haben die Sorgfaltspflicht und stehen in der Verantwortung, diese Scheidelinie sehr klar zu ziehen und die Ärzteschaft zu unterstützen, diese Abgrenzung sauber zu treffen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Mechthild Rawert [SPD]: Das ist jetzt das Klatschen für die Existenz des Antrages!)

Als die Ergebnisse der verschiedenen Untersuchungen vorlagen, habe ich bei der Bundesregierung angefragt: Was machen Sie denn jetzt mit den Ergebnissen aus den Umfragen? Die Antwort war: Wir sehen keinen Handlungsbedarf, es ist Aufgabe der Selbstverwaltung, tätig zu werden. – Wenn ich die Patientenrechte und den Patientenschutz wirklich ernst nehme, meinen Sie nicht, dass es besser wäre, zu sagen: Wir sehen da ein Problem und überlegen, wie wir mit den Selbstverwaltungspartnern zu Lösungen kommen? Wäre das nicht vielleicht die angemessene Antwort gewesen? Ich habe die Antwort im November erhalten. Es hieß: kein Handlungsbedarf.

Maria Klein-Schmeink

(A) (Harald Weinberg [DIE LINKE]: Hört! Hört!)

Wir haben eben gehört, das Ganze hat sehr viel mit Aufklärung und Information im Rahmen des Behandlungsvertrags zu tun. Es steht jetzt an, entsprechende Vorschriften im Patientenrechtegesetz zu regeln. Sie haben uns einen Referentenentwurf vorgelegt, der zwischen dem Justizministerium – FDP-geführt –, dem Gesundheitsministerium – FDP-geführt – und dem Patientenbeauftragten Herrn Zöllner abgestimmt wurde. Darin sind Vorschläge enthalten, wie der Behandlungsvertrag gestaltet sein soll.

(Gabriele Molitor [FDP]: Es passiert doch was!)

Sie haben Vorschläge gemacht, wie mit Information und Aufklärung im Behandlungsvertrag umgegangen werden soll. Was steht dort? Es müssen lediglich die Kosten für die Behandlung vereinbart werden. In der Begründung haben Sie dann ausgeführt, alles Weitere wäre Aufgabe des Patienten, von dem man schon erwarten könne, dass er zur Krankenkasse geht und sich erkundigt, ob die Kosten übernommen werden oder nicht. Das sind nicht wirklich Schutzvorschriften, das sind auch keine Aufklärungsvorschriften, die Sie für den Behandlungsvertrag vorgesehen haben. Das fällt sogar hinter die Formulierungen im Bundesmantelvertrag zurück. So kann die Ausgestaltung des Patientenrechts nicht aussehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Mechthild Rawert [SPD]: Es reicht nicht, Patienten zu mündigen Vertragspartnern zu machen!)

(B)

Frau Molitor, Sie haben sehr stark darauf abgehoben, dass Sie sich um das Wunsch- und Wahlrecht kümmern, aber es geht nicht nur um Wunsch- und Wahlrecht in abstrakter Form, sondern es geht darum, dass ich nur als informierter Patient tatsächlich die Chance habe, eine gute Wahl zu treffen, und genau das regeln Sie nämlich nicht. Dabei ist es unsere Aufgabe als Gesetzgeber, dafür zu sorgen, dass die Auflagen für Aufklärung, für Information, für den schriftlichen Behandlungsvertrag, für den Kostenvoranschlag und für die korrekte Rechnungsstellung tatsächlich eingehalten werden.

(Gabriele Molitor [FDP]: Sie meinen, wenn alles geregelt ist, dann passiert das schon?)

Es ist unsere Aufgabe, über Werbearbeit und Aufklärungsarbeit auf die Einhaltung hinzuwirken. Es ist auch wichtig, Mechanismen vorzusehen, die greifen, wenn die Vorschriften nicht eingehalten werden. Daran werden wir Sie messen.

Herr Rüdell, Sie haben eine schöne Liste vorgelegt. Ich bin gespannt, wie das hinterher im Patientenrechtegesetz tatsächlich stehen wird. Der jetzige Vorschlag jedenfalls enthält alle die Aspekte, die Sie gerade betont haben, nicht.

Ich gebe gerne zu, dass die SPD ein Stück über das Ziel hinausgeschossen ist. Alltagsferne und Patientengerechtigkeit werden darin vermisch, was keine gute Sache ist.

(Gabriele Molitor [FDP]: Der einzig gute Punkt in der Rede! – Mechthild Rawert [SPD]: „Alltagsferne“ lasse ich mir von Ihnen nicht vorwerfen!) (C)

Ich denke, in den Anhörungen werden wir erfahren, wie adäquatere Vorschläge aussehen können. Ich verstehe zum Beispiel nicht, warum wir den Vorschlag der Ärzteschaft, eine Positiv- und eine Negativliste der IGel aufzulegen, nicht aufgreifen.

Herzlichen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Rudolf Henke für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Rudolf Henke (CDU/CSU):

Herr Präsident! Verehrte Damen! Meine Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Damit keine Zweifel aufkommen, will ich zunächst sagen: Ich war Delegierter des Deutschen Ärztetages, der die vorhin erwähnten Beschlüsse im Jahr 2006 gefasst hat. Ich bin auch an den Vorbereitungen für den kommenden Deutschen Ärztetag beteiligt. Es wird eine Neuauflage der Beratungsbroschüre geben, die nicht nur von der Bundesärztekammer und der Kassenärztliche Bundesvereinigung, sondern auch von der großen Mehrzahl der freien ärztlichen Verbände herausgegeben wird. Mir ist kein Verband bekannt, der davor zurückgeschreckt wäre. Deswegen finde ich es angemessen, mit etwas mehr Sachlichkeit zu diskutieren und nicht Worte wie „Abzocke“ zu wählen. (D)

(Gabriele Molitor [FDP]: Genau! Sehr richtig!)

Damit tun Sie Ihrem Anliegen keinen Gefallen. Vielmehr sorgen Sie geradezu für eine Konfrontation.

(Gabriele Molitor [FDP]: Richtig! Genau!)

Ich bin dankbar dafür, dass schon andere darauf hingewiesen haben, dass zum Beispiel bezüglich des schriftlichen Behandlungsvertrags die Rechtslage eindeutig ist. Für den Fall, dass individuelle Gesundheitsleistungen von Vertragsärzten gegenüber gesetzlich Krankenversicherten erbracht werden, schreibt der Bundesmantelvertrag einen schriftlichen Behandlungsvertrag zwingend vor. In ihm sollen die Leistungen anhand von Gebührenpositionen der amtlichen Gebührenordnung für Ärzte konkretisiert werden. Außerdem soll der Steigerungssatz festgelegt werden und der ausdrückliche Hinweis enthalten sein, dass die Leistungen mangels Leistungspflicht der GKV privat zu honorieren sind. Ein solcher Behandlungsvertrag, so jedenfalls die Empfehlung der Ärzteschaft auf dem Deutschen Ärztetag, sollte auch in den Fällen geschlossen werden, in denen er nicht zwingend vorgeschrieben ist. Meines Erachtens müssen Sie das nicht gesetzlich regeln.

(Gabriele Molitor [FDP]: Richtig! – Mechthild Rawert [SPD]: Das ist die Theorie und nicht die Praxis!)

Rudolf Henke

- (A) Sie können das zwar gesetzlich regeln, aber die stärkste Sanktion ist doch die Tatsache, dass ein Kassenarzt, der sich nicht an diesen schriftlichen Behandlungsvertrag hält, keinen Vergütungsanspruch hat. Natürlich braucht der Patient, wenn gegen diese Regeln verstoßen wird, die Leistung nicht zu bezahlen. Das ist völlig evident und klar.

(Mechthild Rawert [SPD]: Welcher Patient weiß das?)

Bei allen Ärztekammern gibt es eine entsprechende Beratung. Wer sich fragt: „Muss ich diese Leistung bezahlen, ja oder nein?“, kann sich von den Gebührenordnungsabteilungen der Kammern beraten lassen. Jeder Bürger bekommt dort eine Auskunft.

Ich bin der Meinung, dass noch ein zweiter Mangel in Ihrem Antrag steckt. Es fehlt eine differenzierte Betrachtung der Frage, was unter IGeL-Leistungen zu verstehen ist. Sie sprechen immer von Patienten. Wenn es sich um Patienten handelt, dann erfolgt eine Behandlung im Rahmen der Indikation nach dem System der gesetzlichen Krankenversicherung oder nach dem System der privaten Krankenversicherung. Notwendig, zweckmäßig, ausreichend und wirtschaftlich – das sind die Regeln in der gesetzlichen Krankenversicherung. Die Regeln der privaten Krankenversicherung sehen anders aus. Nach diesen Regeln wird behandelt.

Aber hier reden wir doch gar nicht über Leistungen, die an Kranken erbracht werden. Wir reden nicht über Patienten, sondern wir reden über Leistungen, die ein Gesunder für sich interessant findet. Es geht um Freizeit, Urlaub und Sport.

- (B)

(Zuruf der Abg. Mechthild Rawert [SPD])

– Entschuldigung. Sie können sich die Welt nicht einfach schnitzen. Sie ist nicht so einfach, wie Sie das in Ihrem Antrag transportieren. Nehmen Sie doch einfach einmal zur Kenntnis, dass es beispielsweise höchst sinnvolle reisemedizinische Beratungen gibt, einschließlich Impfberatungen und Impfungen. Was hat das mit dem Leistungsangebot der gesetzlichen Krankenkassen zu tun?

(Mechthild Rawert [SPD]: Das haben wir dezidiert ausgeschlossen!)

Es gibt Tauglichkeitsuntersuchungen, es gibt sportmedizinische Beratungen und Untersuchungen. Wieso soll jemand, der sich beispielsweise vor der Ausübung einer Extremsportart über seinen Gesundheitszustand Aufschluss verschaffen will, dies von der Krankenkasse finanziert bekommen?

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Zuruf der Abg. Elke Ferner [SPD])

Es ist doch normal, dass das eine eigenständige Leistung außerhalb des Anspruchs an die gesetzliche Krankenkasse ist und deswegen als individuelle Gesundheitsleistung abgerechnet wird.

(Mechthild Rawert [SPD]: Genau das steht im Antrag!)

Nehmen Sie das Beispiel kosmetische IGeL, also zum Beispiel Facelifting, Lidkorrektur, Fettabsaugung, Entfernung von Alterswarzen oder Entfernung von Tätowierungen. Das alles sind Leistungen, die mit dem Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen nichts zu tun haben und über deren Sinn und Unsinn man lange streiten kann. Ich bin für die Initiativen, die fordern: Verbietet es, dass man solche Leistungen Personen unter 18 Jahren andrehen darf. Ich teile diese Meinung. Aber ansonsten ist es in unserer heutigen Welt so, dass ein Gesunder das für sich selbst entscheidet.

(Mechthild Rawert [SPD]: Was sagen Sie denn zu VUS-Screening?)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Klein-Schmeink?

Rudolf Henke (CDU/CSU):

Ja, gerne.

Maria Klein-Schmeink (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Henke, Sie haben jetzt einige IGeL aufgeführt, die in den Bereich fallen, der etwa 20 Prozent der gesamten IGeL-Leistungen ausmacht. Wir wissen aber, dass insbesondere die Früherkennungsmethoden einen großen Anteil ausmachen. Im *Deutschen Ärzteblatt*, Jahrgang 2009, gibt es eine Untersuchung, die zeigt, dass Augeninnendruckmessungen mit 40,4 Prozent den höchsten Anteil all der dort genannten IGeL-Leistungen ausmachen. Wir müssen davon ausgehen, dass es sich in der Tat zumeist um eine Früherkennungsmethode handelt.

Sie haben sich als Präsident der Ärztekammer Nordrhein ja nicht grundlos um einen Verhaltenskodex bemüht. Sie wissen nämlich, dass es da Probleme gegeben hat. Kann ich davon ausgehen, dass die Regelungen, die vorgeschlagen worden sind, zumindest teilweise in das geplante Patientenrechtegesetz übernommen werden? Im jetzigen Formulierungsvorschlag werden all diese Elemente nicht genannt.

Rudolf Henke (CDU/CSU):

Vielen Dank, Frau Klein-Schmeink, für diese Frage. – Sie haben Quantitäten genannt. Ich habe dazu keine Erkenntnis. Es gibt noch wesentlich mehr IGeL-Leistungen. Ich denke etwa an Bescheinigungen für den Besuch eines Sportvereins, Bescheinigungen bei Reiserücktritt oder eine ärztliche Bescheinigung bei Einstieg in einen Beruf.

(Mechthild Rawert [SPD]: All das ist nicht Bestandteil des Antrags!)

Einige Menschen haben den Wunsch, ihre Wehrtauglichkeit überprüfen zu lassen, bevor sie sich entscheiden, in den freiwilligen Wehrdienst einzutreten. Sie wollen vorher ihre Gesundheit überprüfen lassen und sind bereit, dafür zu zahlen. Es gibt auch Menschen, die gerne wissen wollen, welche Blutgruppe sie haben, ohne dass es

Rudolf Henke

- (A) dafür eine medizinische Notwendigkeit gibt. Wo ist da das Problem?

Sie weisen natürlich auf einen Punkt hin, der im Zusammenhang mit Gesundheitsleistungen – nicht nur außerhalb des Systems der gesetzlichen Krankenkasse, sondern auch innerhalb – immer eine Rolle spielt. Die entscheidende Frage ist: Liegt ein Einverständnis des informierten Patienten für das Durchführen einer Maßnahme vor, die eine Intervention in seinen Organismus oder in seine Psyche bedeutet? Es ist die ethische Pflicht der Ärzte, eine korrekte Aufklärung zu betreiben. Wer gegen dieses Aufklärungsgebot, das auch in der Musterberufsordnung der Ärzteschaft geregelt ist, verstößt, muss zur Rechenschaft gezogen werden.

(Dr. Marlies Volkmer [SPD]: Von wem?)

Das gilt unabhängig von der Frage, ob es eine Leistung ist, die im Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen enthalten ist. Wenn sie bei einer Person überflüssig ist, darf sie nicht erbracht werden, und wenn sie kritisch ist, muss man mit dem Patienten oder der Patientin darüber reden, ob in diesem konkreten Fall die entsprechende Maßnahme geboten ist oder nicht.

Ein gutes Beispiel dafür ist das Screening auf ein sonst erst spät zu erkennendes Mammakarzinom, also Brustkrebs. Über diese Untersuchung wie über die Untersuchung von Männern auf das prostataspezifische Antigen gibt es eine große fachliche Debatte, ob sie zweckmäßig und richtig sind. In beiden Fällen, ob im System der GKV oder individuell bezahlt, braucht man nach meiner Einschätzung zwingend eine subtile und präzise Aufklärung darüber, was passieren kann, wenn man die jeweilige Untersuchung unterlässt, und was passieren kann, wenn man sie durchführen lässt. Auch dies kann nämlich Folgen haben. Es kann zu Fehldiagnosen kommen. Das Ergebnis kann zur Beunruhigung führen. Die Untersuchung kann zur Folge haben, dass Maßnahmen eingeleitet werden, die nicht notwendig sind.

- (B) Aufklärung darüber, was passieren kann, wenn man die jeweilige Untersuchung unterlässt, und was passieren kann, wenn man sie durchführen lässt. Auch dies kann nämlich Folgen haben. Es kann zu Fehldiagnosen kommen. Das Ergebnis kann zur Beunruhigung führen. Die Untersuchung kann zur Folge haben, dass Maßnahmen eingeleitet werden, die nicht notwendig sind.

Nun komme ich zum Ende meiner Antwort.

(Maria Klein-Schmeink [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Oh! Schon? – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

– Ich bin Ihnen ja dankbar, dass Sie Differenzierungen ermöglichen. Ich glaube auch, dass es die richtige politische Herangehensweise ist, Differenzierungen zu ermöglichen und nicht mit dem Vorwurf der „Abzocke“ immer wieder in die gleiche Schiene zu schlagen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Hier bin ich der gleichen Meinung wie Sie.

(Mechthild Rawert [SPD]: Das steht so im Antrag gar nicht drin! – Maria Klein-Schmeink [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Patientenrechtegesetz!)

Ich bin immer dafür, alles, was geregelt werden muss, in einem Gesetz zu regeln.

(Beifall der Abg. Mechthild Rawert [SPD])

(C) Ich bin aber auch immer dafür, bei allen gesetzlichen Regelungen darauf zu achten – damit wäre der Gesetzgeber klug beraten –, nicht im Übermaß zu regeln. Diese Debatte muss im Einzelnen geführt und dann entschieden werden.

In manchen Fällen wird die Berufsordnung leider von deutschen Gerichten in ihre Einzelteile zerlegt. Ich will ein konkretes Beispiel nennen. Ich bin der Meinung, man muss zwingend regeln, dass IGeL-Leistungen nur innerhalb des eigenen Fachgebiets erbracht werden dürfen. Außerhalb des eigenen Fachgebiets sollte es nicht möglich sein, eine IGeL-Leistung zu erbringen. Das sehen die deutschen Gerichte aber anders. Die deutschen Gerichte sagen: Zu einem geringen Anteil muss es möglich sein, auch außerhalb des eigenen Fachgebiets IGeL-Leistungen zu erbringen. – Sie stehen dumm da, wenn Sie sagen: Wir möchten gerne vermeiden, dass eine Leistung erbracht wird, die nicht zum Fachgebiet gehört. – Da ist es wesentlich einfacher, bei der Aufklärung oder beim Schriftgebot anzusetzen.

Nur: Eine Regelung, die wir treffen – egal ob sie dann im Gesetz oder in der Berufsordnung steht –, werden wir nur dann durchsetzen bzw. in der Praxis umsetzen können, wenn wir die Beziehungen zwischen Arzt und Versichertem bzw. zwischen Arzt und demjenigen, der nach einer IGeL-Leistung fragt, pflegen. Umsetzen wird der Staat eine solche Regelung ja nicht, indem er jemanden daneben stellt und die Einhaltung der Regeln bewacht, sondern wir sind auf die Mitwirkung der Akteure angewiesen. Deswegen müssen wir an dieser Stelle das Wissen der Patienten und der Versicherten stärken und gleichzeitig an die Ehre der Ärztinnen und Ärzte appellieren. Wir wollen ja nicht, dass es in den Praxen eine Gesundheitspolizei gibt.

(D) Ich finde, dies setzt voraus, dass wir grundsätzlich versuchen müssen, die Menschen zu erreichen. Dies wiederum setzt voraus, dass wir ein Stück weit Vertrauen aufbringen. Wir dürfen die Chance, die Menschen für unser Ziel zu gewinnen, nicht dadurch zerstören, dass wir Texte schreiben, die von vornherein über das Ziel hinausschießen und nur Misstrauen verbreiten. Das ist, glaube ich, der gesellschaftspolitisch entscheidende Punkt, an dem ich einen deutlichen Unterschied zwischen der sich um Mitte bemühenden Position von Frau Klein-Schmeink, die in ähnlicher Form auch Frau Molitor vorgetragen hat, und dem SPD-Antrag wahrnehme. Sie haben das Recht in Ihrem Antrag leider an manchen Stellen komplett durcheinandergebracht.

Ein Beispiel: Der G-BA, der Gemeinsame Bundesausschuss, soll in Zukunft Aufgaben im Bereich der Beurteilung und Bewertung von IGeL-Leistungen übernehmen. Das verstehe ich nicht; denn diese Leistungen sind nicht im Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen enthalten.

(Christine Aschenberg-Dugnus [FDP]: Ja, eben! Genau!)

Wahr ist allerdings auch: Bevor eine Leistung in den Leistungskatalog der GKV aufgenommen wird, muss sie sich bewährt haben. Dafür gibt es Beispiele, etwa Unter-

Rudolf Henke

- (A) suchungen mit einem Kernspintomografen. Diese Untersuchungen, die heute Regelleistungen sind, waren in ihrer Entwicklungsphase lange Zeit IGeL-Leistungen, weil man noch nicht wusste, wie tauglich sie wirklich sind.

Ich bin also sehr dafür, dass wir diese Debatte im Ausschuss führen. Wir sollten sie aber differenzierter führen, als Ihr Text das vermuten lässt. Ich glaube aber, das bekommen wir schon hin.

Ich bedanke mich sehr für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Marlies Volkmer für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Dr. Marlies Volkmer (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Stellen Sie sich vor, Sie haben monatelang auf einen Termin beim Augenarzt gewartet und jetzt sitzen Sie geduldig im Wartezimmer, bis die Praxisassistentin Sie aufruft. Sie kommen dann aber noch nicht gleich zum Arzt, sondern Sie bekommen erst einmal ein Klemmbrett ausgehändigt und Ihnen wird kundgetan: Der Herr Doktor hält es für notwendig, dass bei Ihnen auch eine Augendruckmessung gemacht wird. Sie kostet 20 Euro, aber so viel wird Ihnen Ihre Gesundheit doch wert sein.

- (B) Dann überlegen Sie erst einmal: Was nun? Eigentlich sind Sie es gewohnt, dass die gesetzliche Krankenversicherung alles Notwendige bezahlt. Andererseits wollen Sie es sich mit dem Augenarzt auch nicht verderben, weil er unter Umständen der einzige in der Umgebung ist. Sie denken dann vielleicht auch: Dem Arzt kann man eigentlich vertrauen. – Also lassen Sie diese Untersuchung machen. Es stellt sich heraus: Ihr Augendruck ist völlig normal. Am Ende kommen Ihnen dann doch Zweifel, ob es wirklich nur um Ihre Gesundheit ging.

Ein Problem, das anhand dieses Beispiels aufgezeigt wird, ist eben: IGeL-Leistungen untergraben zum einen das Arzt-Patienten-Verhältnis, sie untergraben zum anderen aber auch das Vertrauen in die gesetzliche Krankenversicherung.

(Beifall bei der SPD)

Die IGeL-Leistungen sind für Patientinnen und Patienten gänzlich intransparent. Diese fragen sich dann schon: Ging es jetzt nur darum, das Einkommen meines Arztes zu erhöhen, oder war das doch eine notwendige Leistung, die die Krankenversicherung nicht bezahlen will?

Wir wollen endlich Transparenz schaffen. Die Patientinnen und Patienten sollen über Sinn oder Unsinn solcher zusätzlichen medizinischen Leistungen gut informiert sein. Sie sollen vom Arzt auch nicht unter Druck gesetzt werden und sich nicht unter Druck gesetzt fühlen; denn sie sollen in die Lage versetzt werden, eine selbstbestimmte Entscheidung zu treffen.

Wir wissen: Welche Leistungen die gesetzliche Krankenversicherung bezahlt, entscheidet der Gemeinsame

Bundesausschuss, das Gremium aus Ärzten und Krankenkassen, und der Gemeinsame Bundesausschuss hat entschieden: Augendruckmessungen sind immer dann Leistungen in der gesetzlichen Krankenversicherung, wenn der Arzt den berechtigten Verdacht hat, dass eine Erhöhung des Augendruckes vorliegen könnte. Sie sind aber eben nicht Kassenleistung als Vorsorgeleistung, weil es hierzu noch keine Nutzenbewertung gibt. (C)

Es gibt aber auch IGeL-Leistungen, für die die ärztlichen Fachgesellschaften noch nie einen Antrag auf Kostenübernahme durch die Krankenversicherung gestellt haben. Warum wohl nicht? Einerseits, weil die Studienlage dünn ist, andererseits aber auch, weil sich mit diesen Leistungen über eine Privatabrechnung mehr Geld verdienen lässt.

(Mechthild Rawert [SPD]: Genau!)

Das wissen die Patientinnen und Patienten aber nicht, und das ist ein unhaltbarer Zustand. Damit wollen wir Schluss machen.

(Beifall bei der SPD – Rudolf Henke [CDU/CSU]: Dann können ja die Krankenkassen einen Antrag stellen! Die Krankenkassen sind auch antragsberechtigt!)

Es gibt hier inzwischen eine regelrechte IGeL-Industrie,

(Elke Ferner [SPD]: Richtig!)

die Handbücher, Werbemittel und sogar Kongresse und Fortbildungsseminare für die Arztpraxen anbietet. Auf Internetseiten gibt es IGeL-Ranglisten, geordnet nach ökonomischer Rentabilität. Hier wird der Arzt zum Kaufmann, (D)

(Mechthild Rawert [SPD]: Richtig!)

und hier verletzt der Arzt seine ethischen Grundsätze.

Herr Henke, trotz des Verhaltenskodex, der 2006 von der Ärzteschaft beschlossen worden ist, ist der Umfang der IGeL-Leistungen deutlich angestiegen. 2010 haben sie 1,5 Milliarden Euro ausgemacht. Inzwischen ist es noch mehr.

(Mechthild Rawert [SPD]: Das ist eine Stange Geld! – Rudolf Henke [CDU/CSU]: Das ist aber kein Beweis, dass das alles Verstöße sind!)

Prinzipiell kann alles außerhalb des Leistungskatalogs der gesetzlichen Krankenversicherung – das haben auch Sie gesagt – als IGeL-Leistung angeboten werden. Eine Abrechnung anhand der lukrativen privaten Gebührenordnung der Ärzte ist zwar empfohlen, aber selbst an diese Vorgabe wird sich häufig nicht gehalten.

Eindeutige Qualitätsanforderungen gibt es bei IGeL nicht. Dabei haben Patientinnen und Patienten ein Recht auf eine qualitativ gute und sichere Behandlung. Es ist deswegen kein Wunder, dass viele Ärztinnen und Ärzte diese IGeL-Praktiken ablehnen und unser Vorgehen dagegen unterstützen.

(Beifall der Abg. Mechthild Rawert [SPD])

Dr. Marlies Volkmer

- (A) Von Alltagsferne kann hier überhaupt keine Rede sein. Alltagsfern sind Sie, Herr Henke, wenn Sie ernsthaft glauben, der Patient könne sich bei der Ärztekammer beraten lassen, ob er die Rechnung bezahlen muss, die er von seinem Arzt erhalten hat. Gehen Sie doch einmal in die Praxis und schauen sich die Situation vor Ort an. Dann werden Sie sich fragen, wie das überhaupt möglich sein soll.

(Beifall bei der SPD)

Es geht uns mit dem vorliegenden Antrag nicht um ein generelles Verbot von Individuellen Gesundheitsleistungen. Es gibt sinnvolle Leistungen, sie sind vorhin aufgezählt worden. Aber wir wollen Transparenz und Sicherheit für die Patientinnen und Patienten schaffen. Wir wollen nicht, dass die Menschen bei einem Arztbesuch unter Druck gesetzt werden oder dass ihnen unnötige und medizinisch zweifelhafte Leistungen aufgedrängt werden.

Es ist sehr bedauerlich, dass Sie an dieses Thema offensichtlich nicht herangehen. Sie haben heute aufgezählt, was Sie alles machen wollen.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Frau Kollegin, Sie müssen zum Schluss kommen.

Dr. Marlies Volkmer (SPD):

Ich bin sehr gespannt, ob sich das tatsächlich in dem nun schon seit fast drei Jahren angekündigten Patientenrechtegesetz wiederfindet.

(Beifall bei der SPD)

(B)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 17/9061 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist offensichtlich der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Ich rufe nun den Tagesordnungspunkt 7 auf:

Beratung des Antrags der Bundesregierung

Fortsetzung der deutschen Beteiligung an der internationalen Sicherheitspräsenz in Kosovo auf der Grundlage der Resolution 1244 (1999) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 10. Juni 1999 und des Militärisch-Technischen Abkommens zwischen der internationalen Sicherheitspräsenz (KFOR) und den Regierungen der Bundesrepublik Jugoslawien (jetzt: Republik Serbien) und der Republik Serbien vom 9. Juni 1999

– Drucksache 17/9505 –

Überweisungsvorschlag:

Auswärtiger Ausschuss (f)

Rechtsausschuss

Verteidigungsausschuss

Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe

Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und

Entwicklung

Haushaltsausschuss gemäß § 96 GO

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine Dreiviertelstunde vorgesehen. – Ich höre dazu keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen. (C)

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Staatsminister Michael Link das Wort.

Michael Link, Staatsminister im Auswärtigen Amt:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Am vergangenen Sonntag fanden in Serbien Präsidentschaftswahlen und Parlamentswahlen statt, also in einem Staat, unmittelbar angrenzend an das Kosovo. Auch die im Kosovo lebenden kosovarisch-serbischen Doppelstaater waren aufgerufen, sich an diesen Wahlen zu beteiligen. Ich stelle das voran, weil das ein Ereignis war, was uns vorher durchaus Anlass zu der Frage gegeben hat, wie diese Wahlen verlaufen würden.

Der Wahlgang ist erfreulich ruhig und ohne sicherheitsrelevante Zwischenfälle verlaufen. Anders als noch bei den letzten serbischen Wahlen 2008 konnten sich dieses Mal die Doppelstaater in ganz Kosovo an den Wahlen beteiligen, und alle Seiten haben das anerkannt. Das ist ein Erfolg für beide Staaten, für Serbien wie für Kosovo. Die Einigung darüber, die Stimmabgabe der Doppelstaater durch die OSZE ermöglichen zu lassen, konnte erst in den letzten Tagen vor dem Wahlgang erreicht werden.

Es stand lange zu befürchten, dass sich die Lage im Zuge dieser Wahlen zuspitzt. Das war der Anlass dafür – jetzt kommt konkret KFOR ins Spiel –, dass zum zweiten Mal innerhalb relativ kurzer Zeit die operative KFOR-Reserve des deutsch-österreichischen Bataillons nach Kosovo geschickt wurde. Diese Entsendung, die auf Antrag der NATO geschah und die wir uns nicht leicht gemacht haben, hat ohne Zweifel geholfen, einer Eskalation der Lage vorzubeugen. (D)

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Auch vor diesem ganz aktuellen Hintergrund möchte ich den Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr, die im Kosovo ihren Dienst leisten, zum Teil seit vielen Jahren, zum Teil wiederholt, im Namen der gesamten Bundesregierung ausdrücklich meinen Respekt und Dank aussprechen.

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Rainer Stinner [FDP]: Und des Bundestages!)

– Da ist meine eigene Fraktion schneller als ich. – Ich gehe davon aus, dass sich auch die Mitglieder des Deutschen Bundestages diesem Dank anschließen; denn es ist das Mandat des Deutschen Bundestages, aufgrund dessen die Soldatinnen und Soldaten im Kosovo sind, nicht aufgrund eines Mandates der Bundesregierung.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Staatsminister Michael Link

- (A) Unsere Soldatinnen und Soldaten tun dies unter schwierigen Bedingungen. Gerade im Kosovo ist die Situation nach wie vor nicht leicht. Für ihren Einsatz gebührt ihnen Respekt und Dank.

Der Mandatsantrag, den die Bundesregierung heute im Bundestag einbringt, sieht eine weitere Verlängerung der deutschen Beteiligung an der internationalen Sicherheitspräsenz im Kosovo vor. Die völkerrechtlichen Grundlagen aus dem Jahr 1999 gelten fort. Die Inhalte des Mandats und die Mandatsobergrenze von 1 850 Soldaten bleiben unverändert.

Wir müssen die Lage realistisch sehen: Kosovo ist noch nicht an einem Punkt angelangt, an dem von einer selbsttragenden Stabilität oder einem gesicherten regionalen Umfeld gesprochen werden könnte. Das Eskalationspotenzial insbesondere im Norden des Kosovo, aber auch in anderen Teilen der Gesamtregion ist nach wie vor hoch.

Die Ausschreitungen im Juli des letzten Jahres haben wir noch alle lebhaft in Erinnerung. Viele von den Kolleginnen und Kollegen aus dem Bundestag waren auch dort und haben sich ein eigenes Bild gemacht. Die Ausschreitungen im letzten Juli an der kosovarisch-serbischen Grenze, die sich bis weit in den Herbst hineinziehen, haben gezeigt, wie angespannt das Verhältnis zwischen den beiden Ethnien nach wie vor ist.

- (B) Deshalb trägt die internationale Gemeinschaft weiterhin die Verantwortung, für die Stabilität in der Region zu sorgen. Deshalb hält die Bundesregierung dieses Mandat weiterhin für erforderlich und bittet den Bundestag um seine Zustimmung zur Verlängerung. Ich sage sogar ausdrücklich: Ohne das KFOR-Mandat hätte man eine Situation wie im letzten Juli, die sich dort über viele Wochen und Monate fortsetzte, wahrscheinlich nicht friedlich meistern können. Deshalb sage ich noch einmal – auch vor dem Hintergrund, dass einige gefragt haben, ob dieses Mandat noch notwendig ist –: Die Ereignisse gerade im abgelaufenen Mandatszeitraum unterstreichen, dass diese Verlängerung offenkundig sinnvoll und richtig ist.

Die Zukunft Serbiens und des Kosovo liegt langfristig in der Europäischen Union. Das möchte ich gerne in einen breiteren politischen Zusammenhang stellen. Die Bundesregierung unterstützt weiterhin die von der EU beschlossene Thessaloniki-Agenda. Kosovo braucht das klare Signal, dass es bei Erfüllung der Bedingungen eine konkrete EU-Perspektive hat und dass es dabei auch von Serbien nicht blockiert werden kann. Deshalb war es richtig, dass nach direkten serbisch-kosovarischen Gesprächen und auch nach Zugeständnissen beider Seiten der Europäische Rat im Dezember Serbien den Status eines Beitrittskandidaten verliehen und damit dem Land eine klare europäische Perspektive eröffnet hat. Das war an ebenso klare Reform- und Modernisierungsbedingungen geknüpft. Diese gelten weiter.

Kern der Bemühungen ist eine unverrückbare Forderung an die serbische Seite, die Normalisierung der Beziehungen zu Kosovo zu vollziehen. Dazu gehören die Anerkennung der Souveränität des Kosovo über das gesamte Territorium seines Landes und der Abbau von ser-

- bischen Parallelstrukturen. Deshalb erwarten wir auch, dass die Ergebnisse der illegal in zwei Gemeinden des Nordkosovo abgehaltenen Kommunalwahlen, nämlich in Zubin Potok und Zvecan, nicht anerkannt werden. (C)

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir erwarten aber auch, dass die kosovarische Seite das Ihre beiträgt – das ist wahrlich auch nicht wenig – und Übergriffe auf serbische Kosovaren unterbindet. Denn es sind auch Staatsbürger des Kosovo, die in Srbica, Bresovica, Gracanica und anderen Teilen speziell des Nordkosovo leben. In allen ethnisch serbischen Enklaven innerhalb des Kosovo erwarten wir, dass die kosovarische Regierung für die Sicherheit der ethnisch serbischen Bürger sorgt und Rechtsstaatlichkeit garantiert.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Der Aufbau der Sicherheitskräfte und die rechtsstaatlichen Strukturen des Kosovo sind Schwerpunkte der EULEX-Mission und müssen vorangetrieben werden. Die EULEX-Mission ist in den letzten Monaten häufig an ihre Grenzen gestoßen. Darauf wird die EU Antworten finden müssen.

- Aktuell läuft der Überprüfungsprozess zu EULEX. KFOR musste in den letzten Monaten vor allem im Norden des Kosovo zu häufig Aufgaben übernehmen, die eigentlich entweder Aufgaben der kosovarischen Sicherheitskräfte oder von EULEX gewesen wären. EULEX muss deshalb besser werden. (D)

Unsere polnischen Freunde tragen zurzeit die Hauptlast im EULEX-Bereich bzw. im Bereich der Polizeikräfte und stellen als Einzige jene Art von Polizeikräften, die wir vor allem im Norden gerade brauchen. Dafür sind wir den Polen dankbar. Dankbarkeit reicht aber nicht. Europäische Solidarität muss in konkretes Handeln umgesetzt werden. Wir haben deshalb gemeinsam mit dem Bundesinnenministerium ein Konzept erarbeitet, aufgrund dessen im Einklang mit unserer klaren verfassungsrechtlichen Trennung von Polizei und Militär mehr deutsche Polizisten entsendet werden sollen, die dann auch die polnischen Kollegen entlasten und insgesamt die Performance von EULEX deutlich verstärken könnten.

Ich bin zuversichtlich, dass auch andere Partner in Europa gemeinsam mit uns hier mehr Verantwortung übernehmen werden. Bis EULEX so weit ist, können wir uns auf die hohe Professionalität der KFOR-Soldaten und auf die umsichtige und besonnene Operationsführung – das unterstreiche ich ausdrücklich – durch den deutschen Kommandeur verlassen.

Wir alle wissen, was im Kosovo auf dem Spiel steht. Dazu gehört zuallererst, dass es keinen Rückfall in einen bewaffneten Konflikt geben darf. KFOR wird alles tun, was in ihrer Macht steht, um einen solchen Rückfall zu verhindern. KFOR schafft zugleich das nötige Umfeld

Staatsminister Michael Link

- (A) für einen ruhigen und friedlichen politischen Prozess. Die Mission trägt damit eine große Verantwortung. Sie wurde in der Vergangenheit dieser Verantwortung gerecht. Sie hat deshalb auch für die Zukunft unsere volle Unterstützung verdient.

Die Bundesregierung bittet den Deutschen Bundestag um Zustimmung zu diesem Mandat.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Kollege Dietmar Nietan von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Dietmar Nietan (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Staatsminister Link hat zu Recht darauf hingewiesen, dass es neben vielen positiven Entwicklungen auf dem sogenannten Westbalkan Entwicklungen gibt, die leider noch immer Grund zur Sorge geben. Deshalb ist es richtig, dieses Mandat zu verlängern.

Ich will aber mit zwei guten Nachrichten beginnen, die zeigen, in welche Richtung es weitergehen kann. Viele hatten befürchtet, dass es kurz vor und während der Wahlen in Serbien am 6. Mai im Nordkosovo zu massiven Auseinandersetzungen kommt. Das ist Gott sei Dank nicht eingetreten. Wir können feststellen, dass der Kosovo im Wahlkampf und für die Entscheidung der Wählerinnen und Wähler in Serbien kein relevantes Thema war. Es waren andere Punkte, die die Wahl in Serbien entschieden haben. Das zeigt: Schritt für Schritt können sich die Verhältnisse ändern. Das liegt sicherlich auch daran, dass es gerade der Regierung Tadic in Serbien gelungen ist, einen sehr proeuropäischen Kurs einzuschlagen. Daher ist es auch eine gute Nachricht – erlauben Sie mir diese Zwischenbemerkung –, dass nun wohl eine Koalition aus demokratischer Partei und sozialistischer Partei ihre Arbeit in Serbien fortführen wird.

Die Gründe für die guten Nachrichten liegen sicherlich in den Reformbemühungen beispielsweise der Regierung Tadic, aber auch – darauf hat der Staatsminister schon hingewiesen – in der gestiegenen Aktivität der Europäischen Union im Vorfeld der Entscheidung über den Kandidatenstatus für Serbien, im Kosovo-Serbien-Konflikt unterstützend zu vermitteln. Ich möchte an dieser Stelle betonen: Lady Ashton hat dort, wie ich finde, gute Arbeit geleistet. Ich sage als Oppositionspolitiker: Wir haben es sehr begrüßt, dass sich auch der Bundesaußenminister für die Annäherung von Serbien und dem Kosovo sehr eingesetzt hat.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Trotz dieser guten Nachrichten will ich an dieser Stelle sagen: Wenn wir nicht wollen, dass die negativen Entwicklungen weiter ihre Eigendynamik entfalten, dann müssen wir jetzt sehr schnell handeln. Das heißt,

- die Frage der endgültigen Anerkennung der Eigenstaatlichkeit des Kosovo muss ein Punkt sein, in dem sich die Europäische Union noch stärker engagieren muss, nicht nur gegenüber den fünf Mitgliedstaaten, die den Kosovo noch nicht anerkannt haben. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen den Kosovaren auch deutlich machen, dass wir ein Interesse daran haben, dass alle ihre Nachbarn in der Region einschließlich Serbien die Eigenstaatlichkeit des Kosovo garantieren; denn nur dann besteht nach meiner Meinung eine Chance, dem uns sich greifenden Nationalismus entgegenzutreten.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist sicherlich – auch darauf hat der Staatsminister hingewiesen – eine nicht als Lippenbekenntnis gemeinte, ernsthafte Perspektive für die Staaten des sogenannten Westbalkans, die reformwillig und bereit sind, Mitglied der Europäischen Union zu werden. Da es noch so viele Unwägbarkeiten gibt, wäre es verantwortungslos, das Mandat jetzt zu beenden. Deshalb möchte ich appellieren, nicht nur über dieses Mandat zu reden, sondern auch darüber nachzudenken, was wir, die Bundesrepublik Deutschland und die Europäische Union, tun können, um klare Perspektiven für die Menschen auf dem Westbalkan herauszustellen und uns stärker dafür zu engagieren; denn nur wenn es eine klare Perspektive gibt, werden weiterhin die Reformkräfte gestärkt werden, die dem Nationalismus widersagen.

- Es gibt für mich drei Punkte, die wichtig sind, um eine positive Dynamik zu entfalten und positive Signale zu setzen: (D)

Ich halte es für sehr wichtig, dass wir ernsthaft daran arbeiten, in Sachen Liberalisierung der Visabestimmungen für das Kosovo voranzukommen. Es geht dabei nicht um einen politischen Rabatt, sondern es geht um eine Gleichbehandlung des Kosovo. Die Bemühungen des Kosovo, die Kriterien für die Liberalisierung der Visabestimmungen zu erfüllen, müssen honoriert werden. Wenn die Kriterien erfüllt sind, muss man die Kosovaren genauso behandeln wie die Serben, die Bosniaken und andere auf dem Westbalkan.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ein weiterer Punkt, der für mich sehr wichtig ist, ist, dass wir uns noch stärker dafür engagieren, dass es möglichst schnell zu Beitrittsverhandlungen zwischen Serbien und der Europäischen Union kommt. Auch hier möchte ich nicht falsch verstanden werden. Es geht nicht um einen politischen Rabatt für Serbien oder für die reformfreundliche Regierung, sondern es geht darum, die Beitrittsverhandlungen selbst als einen Mechanismus zu nutzen, um die Werte, die wir alle teilen – Rechtsstaatlichkeit, Transparenz, Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität –, durchzusetzen. Das erfolgreiche Beispiel von Kroatien zeigt, dass ein gut vorbereiteter und gut durchgeführter Beitrittsprozess immer noch

Dietmar Nietan

- (A) der beste Weg ist, diese Werte im täglichen Leben der Staaten zu verankern.

Was ich auch für wichtig erachte, ist die Frage, wie wir einen Rahmen setzen, damit es zu dieser positiven Dynamik kommt. Deshalb lege ich Ihnen sehr ans Herz, zu überlegen, ob es eine Möglichkeit gibt, die einzelnen Kapitel im Rahmen der Beitrittsverhandlungen mit Serbien nicht immer mit der Frage der Anerkennung des Kosovo durch Serbien zu belasten.

(Beifall des Abg. Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE])

Wir sollten vielmehr überlegen, wie wir während der Beitrittsverhandlungen, aber auch abseits der Verhandlungen über die einzelnen Kapitel ein Format schaffen, das den Weg eröffnet, dass Serbien Kosovo letztlich anerkennt; denn jeder weiß: Solange das nicht der Fall ist, kann Serbien nicht Mitglied der Europäischen Union werden.

(Dr. Reinhard Brandl [CDU/CSU]: Wie lange soll man denn noch warten?)

Die Zeit drängt. Premierminister Thaci hat gestern auf der Internetseite *EurActiv* in einem Namensbeitrag deutlich gemacht, dass dann, wenn es nicht bald konkrete Signale gibt, dass wir uns engagieren, und wenn es keine positive Dynamik gibt, nationalistische Kräfte die Oberhand bekommen, die Frustration stärker wird, die Menschen sich alleingelassen fühlen und das Gefühl bekommen, dass KFOR ihnen nicht hilft, sondern eine Besatzungsmacht darstellt.

- (B) Deshalb gibt es keinen Grund, zu zögern und zu warten; es gibt vielmehr viele Gründe, dass sich die EU beherzt für diese Region engagiert. Es sollte das Ziel unserer Bemühungen sein – damit will ich schließen –, die Rahmenbedingungen nicht nur im Kosovo, sondern auf dem gesamten Westbalkan so zu gestalten, dass alle Staaten den Weg zu Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Achtung der Menschenrechte sowie zu Presse- und Medienfreiheit finden. Die Übernahme des Acquis, der Werte der EU, ist der beste Weg, um das zu erreichen, was wir eigentlich wollen, nämlich dass möglichst schnell das KFOR-Mandat nicht mehr notwendig ist.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt der Bundesminister Dr. Thomas de Maizière.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dr. Thomas de Maizière, Bundesminister der Verteidigung:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit 13 Jahren ist KFOR jetzt im Kosovo. Insgesamt ist die Lage stabil. Auch die Wahlen sind erfolgreich verlaufen. Herr Staatsminister Link hat das vorgetragen. Das ist natürlich ein Erfolg der beiden Staaten, das ist aber auch

ein Erfolg der OSZE – das will ich hier einmal sagen –, das ist ein Erfolg des internationalen Drucks auf beide Staaten, und das ist ein Erfolg, den KFOR und die Soldaten ermöglicht haben. Durch ihre schlichte Existenz, auch der Reserve, durch ihr besonnenes und zurückhaltendes Handeln haben die Soldatinnen und Soldaten von KFOR vor Ort ein sicheres Umfeld und damit eine wichtige Voraussetzung dafür geschaffen, dass diese Wahlen erfolgreich verlaufen konnten. Herr Staatsminister Link hat den Soldaten gedankt. Wenn ich das als Verteidigungsminister tue, dann klingt es vielleicht etwas komisch, aber ich schließe mich natürlich gerne dem Dank an und freue mich darüber.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Reserve besteht aus Soldaten, die größtenteils gerade erst aus dem Kosovo nach Hause gekommen sind. Einige sind gerade erst aus Afghanistan gekommen. Sie mussten kurzfristig erneut in den Kosovo, einige, nachdem sie gerade ihre Freundinnen in den Arm genommen hatten. Nun kann und muss man sagen: Das ist hart, aber das ist so bei einer Reserve. Wenn man zur Reserve gehört, dann kann man auch zwei-, drei- oder viermal geholt werden. Das ist so. Trotzdem: Das Verhalten der Truppe im Umgang damit war erstklassig. Obwohl es vielen freigestellt war – Frau Kastner war mit einigen vom Bundestag dort –, sind sie dort hingegangen. Einige haben ein bisschen geknurrte, aber dann doch gesagt: Wir wissen, was unser Auftrag ist, und wir gehen dort hin. – Das ist klasse, und das verdient noch einmal einen extra Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Nun ist geplant, dieses Bataillon – das will ich hier gerne sagen – nach der Stichwahl am 20. Mai 2012 so schnell wie möglich nach Deutschland zurückzuführen. Das wird ein paar Tage dauern. Wenn aber der zweite Wahlgang genauso gut verläuft wie der erste, dann hoffe ich, dass es nicht zu einem erneuten Rückruf der Reserve kommen wird.

Trotzdem hatten wir im letzten Jahr ein Eskalationspotenzial. Herr Link hat davon schon gesprochen. Dies war im Juli und dann noch im Herbst der Fall. Seitdem hat sich die Lage stabilisiert. Aber: Sie ist nach wie vor labil.

Die Bewegungsfreiheit für KFOR ist im Norden des Kosovo grundsätzlich wiederhergestellt, für die Polizeimission EULEX gilt das allerdings nicht. Vor diesem Hintergrund und angesichts des genannten Risikos halten wir an der bisherigen Obergrenze von 1 850 Soldatinnen und Soldaten für die nächste Mandatsperiode fest, auch wenn wir sie bisher nicht ausgeschöpft haben und auch nicht ausschöpfen wollen.

Die Situation in der Republik Kosovo zeigt, dass KFOR als Teil des Konzepts der drei Sicherheitsreihen erforderlich bleibt. Die erste Sicherheitsreihe soll durch die kosovarische Polizei gewährleistet werden, die zweite

Bundesminister Dr. Thomas de Maizière

- (A) Sicherheitsreihe durch die Polizeimission EULEX und erst die dritte Sicherheitsreihe durch die Soldaten von KFOR. Faktisch ist in weiten Bereichen KFOR in die Rolle der ersten Sicherheitsreihe, des First Responder, gedrängt worden. Das ist keine gute Entwicklung, und das muss sich auch wieder ändern. So stelle ich mir vernetzte Sicherheitspolitik nicht vor.

KFOR kann zwar die Situation unter Kontrolle halten, das Problem lösen kann KFOR aber nicht. Eine militärische Lösung des Konfliktes im Kosovo wird es niemals geben. Es bedarf einer politischen Lösung, und zwar dringend. Gerade der Stabilisierung der rechtsstaatlichen Strukturen mit Unterstützung durch EULEX kommt dabei – Herr Link hat davon gesprochen – eine besondere Priorität zu. Oder um es schlicht und einfach zu sagen: EULEX muss besser werden – in jeder Weise.

Meine Damen und Herren, am 11. Juni 1999 hat der Bundestag zum ersten Mal über die Beteiligung deutscher Soldaten an KFOR beraten. Verteidigungsminister war damals Peter Struck. Er hat dazu gesagt – ich zitiere –:

Es ist nur der Anfang auf einem langen, dornenreichen Weg zu wirklichem Frieden.

Vielleicht hat das niemand geglaubt und nicht gedacht, dass das so lange dauert. Aber er sollte recht behalten.

Die Bundeswehr ist seit 13 Jahren ein zuverlässiger Begleiter auf diesem Weg. Zum vierten Mal in Folge werden wir ab September 2012 den Kommandeur KFOR stellen und damit zum siebten Mal insgesamt. Auch das, dass wir immer wieder gefragt werden, ist ein Zeichen der Anerkennung für unsere Rolle im Kosovo.

- (B) Unsere Soldatinnen und Soldaten leisten einen sehr wichtigen Beitrag zur Stabilisierung des Landes, das sich nur zwei Flugstunden von hier, mitten im Herzen Europas befindet. Aber es kann nur *ein* Beitrag sein. Für die Fortsetzung dieses Beitrags bitten wir, die Bundesregierung, das Auswärtige Amt und das Verteidigungsministerium, um Ihre Unterstützung und um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Für die Fraktion Die Linke hat jetzt das Wort der Kollege Thomas Nord.

(Beifall bei der LINKEN)

Thomas Nord (DIE LINKE):

Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister! Herr Staatsminister! Es ist sicherlich für Sie keine Überraschung, dass wir heute im Deutschen Bundestag zu diesem Thema eine andere Position als alle anderen Parteien beziehen. Wir haben den Krieg gegen Serbien 1999 abgelehnt, weil er aus unserer Sicht völkerrechtswidrig war. An dieser Ablehnung hat sich nichts geändert. Deswegen werden wir auch heute wieder Nein zur Entsendung von Bundeswehrtruppen in den Kosovo sagen. Wir denken, ein Ja dazu wäre eine Legiti-

mierung dieses Vorgehens, und das halten wir nach wie vor für politisch falsch. (C)

(Beifall bei der LINKEN)

Das Jahr 1999 war – der Minister hat es schon gesagt – für Deutschland eine politische Zäsur. Der Bellizismus hatte damals Hochkonjunktur, Friedensschaffen mit Waffen war sozusagen, zumindest hier im Deutschen Bundestag, für fast alle Parteien politischer Konsens.

Inzwischen liegt der Irakkrieg hinter uns, und Afghanistan ist, wie es ist. Es zieht mehr Nachdenklichkeit in der Frage ein, ob man die Probleme dieser Welt tatsächlich mit Krieg lösen kann. Ich denke, in der Atalanta-Debatte heute ist schon deutlich geworden, dass diese Nachdenklichkeit weit über die Linke hinausgeht. Ich finde, das ist eine gute Entwicklung, auch wenn das an der Vergangenheit natürlich nichts ändert.

(Beifall bei der LINKEN)

Um zur Gegenwart zu kommen: Die jetzige Lage im Kosovo ist gerade nicht von politischer Stabilität gekennzeichnet, wie hier zu Recht von allen Rednerinnen und Rednern gesagt wurde. Die einseitige Souveränitätserklärung des Kosovo war ein Fehler, und die Anerkennung durch einen Teil der internationalen Staatengemeinschaft ebenso, weil es formal eine Situation herbeizuführen scheint, in der ein unabhängiger, funktionierender Staat existiert. Das ist nicht die Lage, mit der wir es konkret zu tun haben. Die Abwesenheit von Krieg ist eben noch kein Frieden.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Die Lage auf dem Westbalkan ist nach wie vor explosiv. Wenn es dazu eines Beweises bedurft hätte, wäre es der Nordkosovo, wo es – wenn man es ganz offen sagen darf – zu einem bewaffneten Konflikt gekommen wäre, wenn es die KFOR nicht gegeben hätte. (D)

(Omid Nouripour [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist ja fast schon positiv, was Sie da sagen!)

– Es ist alles andere als positiv, wenn es notwendig ist, internationale Truppen in einem Land zu stationieren, das sich als unabhängig betrachtet, um dort einen Bürgerkrieg zu verhindern. Wer das als positiv ansieht, der hat, glaube ich, eine ganz merkwürdige Sicht auf Normalität, die in einem unabhängigen, souveränen Staat existieren sollte.

(Beifall der Abg. Kathrin Vogler [DIE LINKE] – Peter Beyer [CDU/CSU]: Denken Sie doch mal über KFOR hinweg!)

Wenn wir die Situation ganz nüchtern betrachten – ich war vor wenigen Tagen mit der Kollegin Beck und mit Kollegen der Sozialdemokratie in Bosnien –, dann stellen wir fest, dass wesentliche Teile der politischen Klassen in den Ländern des Westbalkans nach wie vor nationalistische Positionen vertreten und auch eine nationalistische Politik betreiben. Großserbien ist bei vielen politischen Kräften in Serbien, in Bosnien oder im Kosovo eben nicht von der Tagesordnung, und auch Großalbanien ist bei vielen politischen Kräften im Ko-

Thomas Nord

- (A) sovo, in Albanien oder in Mazedonien nicht von der Tagesordnung. Diese Kräfte haben sich in der gegenwärtigen Situation eingerichtet und profitieren davon, dass wir einen Status quo aufrechterhalten, der nicht geeignet ist, politische Normalität auf dem Westbalkan herbeizuführen.

(Beifall der Abg. Ulla Jelpke [DIE LINKE])

Wenn wir hier heute über Serbien und den Präsidenten Tadic reden – er ist in der Tat jemand, der versucht, die europäische Integration Serbiens voranzutreiben –, müssen wir einfach festhalten: Tadic hatte 26 Prozent der Wählerstimmen bei einer Wahlbeteiligung von 37 Prozent. Das heißt, er wird real von nicht einmal 10 Prozent der serbischen Wahlbevölkerung in seinem Bestreben unterstützt. Man kann das durchaus als positiv betrachten. Es ist aber alles andere als ein Ausdruck von Stabilität; das will ich an dieser Stelle deutlich sagen.

(Beifall bei der LINKEN)

Bei der Betrachtung der politischen Lage im Kosovo sollten wir die soziale Lage dort nicht außer Acht lassen. Die soziale Lage im Kosovo ist der in Bosnien und der in anderen Westbalkanstaaten sehr ähnlich. 34 Prozent der Bevölkerung im Kosovo leben in Armut, 12 Prozent sogar in extremer Armut. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist dramatisch. Etwa 45 Prozent der Bevölkerung sind arbeitslos. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt bei 70 Prozent. Das heißt, wir haben es mit einer dramatischen sozialen Situation zu tun. Dass Bundesländer angesichts einer solchen Lage nach wie vor darüber nachdenken, Sinti und Roma in den Kosovo abzuschieben, ist ein absoluter Skandal. Das muss endlich aufhören.

(B)

(Beifall bei der LINKEN)

Die Wirtschaftsleistung des Kosovo will ich hier nicht weiter kommentieren. Der *Standard* zitiert aus einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung:

Der einzige profitable Wirtschaftszweig im Kosovo, in dem es auch „vertrauensvolle“ Zusammenarbeit zwischen Albanern und Serben gibt, scheint die organisierte Kriminalität zu sein.

Wir wissen, dass das so ist. Wir wissen, dass der Alltag von Korruption, von organisierter Kriminalität und von Nationalismus bestimmt ist.

Ich habe nicht mehr viel Redezeit; deswegen will ich Folgendes sagen – –

(Zuruf von der CDU/CSU)

– Ich weiß, dass Sie möchten, dass ich aufhöre. Trotzdem nenne ich noch ganz kurz drei Punkte:

Erstens. Wir brauchen einen internationalen Friedensplan für den Westbalkan. So, wie es jetzt läuft, kann es nicht weitergehen. Dies betrifft sowohl die EU als auch die internationale Gemeinschaft.

Zweitens. Bisher gibt es dort keinen selbstständigen wirtschaftlichen Aufschwung; ich verweise auf Punkt 9 der G-8-Initiative zur Wiederherstellung des Friedens. Wir brauchen einen Wirtschaftsplan für Südosteuropa,

damit die Menschen dort ihr Geld tatsächlich selbst verdienen und würdig leben können. (C)

(Beifall bei der LINKEN)

Drittens. Wir brauchen einen Abschied von alten Feindbildern.

(Dr. Reinhard Brandl [CDU/CSU]: Genau das brauchen die Linken!)

Unsere Unterstützung muss denen gelten, die tatsächlich für Versöhnung und Frieden auf dem Balkan eintreten. Den nationalistischen Parteien, egal welcher Nationalität, sollten wir entschieden entgegentreten.

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat die Kollegin Marieluise Beck von Bündnis 90/Die Grünen.

Marieluise Beck (Bremen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Nord, Sie sagen, dass die Abwesenheit von Krieg noch keinen Frieden bedeutet. Das wird niemand in diesem Hause bestreiten.

(Zuruf von der LINKEN: Das ist gut!)

Was bedeutet es aber, wenn der Krieg da ist? Es macht einen großen Unterschied, ob man es geschafft hat, wenigstens erst einmal die Waffen zum Schweigen zu bringen, oder ob man den Krieg einfach so laufen lässt. Das ist ein unglaublich großer Unterschied. (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Das habe ich in all den Kriegsjahren, in denen ich mich auf dem Balkan bewegt habe, erlebt. Wer in Bosnien war – ich war in den Kriegsjahren ständig in Bosnien –, musste den Menschen, die dort eingekesselt waren und beschossen wurden, erklären, weshalb wir sie nicht beschützen. Ich weiß nicht, welche Antwort Sie ihnen gegeben hätten.

Ich bin auch in Srebrenica gewesen. Die Kosovo-Intervention ist nicht zu verstehen, wenn man nicht Srebrenica im Hintergrund mitdenkt. Musste es im Kosovo erst zu einem Srebrenica kommen, und ist es nicht richtig gewesen, auch ethisch richtig gewesen, durch diesen Einsatz weiteres Blutvergießen im Kosovo zu verhindern

(Christoph Schnurr [FDP]: Notwendig!)

und dafür zu sorgen, dass der Graben nicht so fürchterlich tief wird? Muss erst so unglaublich viel Blut fließen, bevor man sich daranmacht – das ist das Mühselige; da haben Sie recht –, den Frieden zu schaffen?

(Michael Brand [CDU/CSU]: Frau Jelpke ist immer noch auf der Seite von Milosevic!)

Dass das ein langer Weg ist, wissen wir alle.

Marieluise Beck (Bremen)

- (A) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir wissen auch, dass es manches politische Versagen auch der internationalen Gemeinschaft gegeben hat, sowohl im Zusammenhang mit Dayton – wir sprechen heute nicht über Bosnien – als auch in Bezug auf das Kosovo. Das Durcheinander von UNMIK und EULEX, unter dem auch KFOR zu agieren hat und das etwas damit zu tun hat, dass nicht einmal die Europäische Union ihre 27 Stimmen zusammenbringt, ist Folge eines großen Versäumnisses, das auf uns selbst zurückweist und die Situation vor Ort zusätzlich schwierig macht.

Wir wissen weiter – das kann man lernen, wenn man sich mit den Militärs unterhält –, dass es manchmal weniger um ethnisch-nationalistische Konflikte geht, gerade in Nord-Mitrovica, sondern dass es ein gemeinsames Interesse der organisierten Kriminalität über die serbische und albanische Grenze hinaus gibt, dieses Nord-Mitrovica sozusagen als ein schwarzes Loch zu haben, als einen Ort, in dem es keine durchsetzungsfähigen Institutionen gibt. Die organisierte Kriminalität wird von dort in trauter Gemeinsamkeit betrieben – unter dem Deckmantel des vermeintlich ethnisch Nicht-Zusammenkommen-Könnens.

Dass Menschen in Nord-Mitrovica, die sich in Initiativen zusammenfinden und interethnisch agieren wollen, massiv unter Druck geraten und Angst haben müssen, aus dem Hause zu gehen, das ist ein Zustand, der nicht ertragen werden darf. Das richtet sich in der Tat auch an die Adresse Serbiens bzw. Belgrads. Es gibt eine Mischung von unterschiedlichen Botschaften. Gegenüber der Europäischen Union wird deutlich gesagt: Wir sind an diesen Parallelstrukturen eigentlich gar nicht beteiligt. – Aber unter der Hand mischt man letztlich doch immer wieder mit und sorgt dafür, dass Parallelstrukturen aufrechterhalten werden. Dann ist eine Botschaft: Wir sind nicht und niemals bereit, das Kosovo oder zumindest den Norden des Kosovo aufzugeben. – Das ist eine Unklarheit, mit der man es in Serbien immer wieder zu tun hat. Ich wünsche den Serben, der serbischen Bevölkerung, dass dort Klarheit entsteht.

(Michael Brand [CDU/CSU]: Genau!)

Wir alle wissen: Diese Politiker versperren den serbischen Bürgerinnen und Bürgern den Weg in die EU, in die die Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger möchte.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Es gibt bei uns immer wieder einmal die Debatte darüber – man konnte das gerade aus Tutzing hören –, ob nicht die Dauer dieser Missionen ein Zeichen dafür ist, dass man im Grunde genommen endlich zu radikaleren und ehrlicheren Lösungen kommen muss, was hieße, ethnisch neue Grenzen zu ziehen, und zwar danach, wie sich die Ethnien – angeblich – sortiert haben. Wer das ausspricht und vorschlägt, hat nicht verstanden, womit wir es im Westbalkan zu tun haben.

(C) Eine Teilung des Kosovo würde bedeuten, dass auf der Stelle die albanischstämmige Bevölkerung in Mazedonien begehren würde, sich aus dem Staatsverbund herauszulösen. Es würde bedeuten, dass die albanischstämmige Bevölkerung im Presevo-Tal ihren Anschluss an das Kosovo fordern würde. Es würde bedeuten, dass Albin Kurti, der junge attraktive Nationalist, im Kosovo nicht mehr zu bremsen wäre, der den Anschluss an Albanien fordert. Es wäre Präsident Dodik nicht mehr zu bremsen, der immer wieder ein Referendum zur Abspaltung der Republik Srpska von Bosnien bekannt gibt, nachdem diese ethnische Homogenität durch Vertreibung hergestellt worden ist. Auch würde ich nicht die Hand ins Feuer dafür legen, dass eine ungarische Regierung nicht daran denken würde, die ungarische Bevölkerung in der Vojvodina als eigentlich zu ihrem Land gehörig zu betrachten.

Ich meine, wir müssen hier sehr deutlich machen, dass der Weg zum Frieden nur über Kompromisse gehen kann. Sie sind schwierig und brauchen Zeit. Sie erfordern viel Geduld. Sie brauchen auch für den Notfall, und zwar präventiv, Militär, damit es nicht zum Ausbruch von Gewalttätigkeiten kommt. Es muss sich aber vollständig verbieten, über das neuerliche Verschieben von Grenzen auf dem Balkan zu sprechen. Das wäre Dynamit für die ganze Region und dann auch für uns.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

(D) Für die CDU/CSU hat jetzt das Wort der Kollege Philipp Mißfelder.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Philipp Mißfelder (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen am 10. Juni 1999 die Resolution 1244 verabschiedete, sprach der Generalsekretär der UNO von einer Tragödie im Kosovo. Es ging um das blanke Überleben. Die Situation hat sich 13 Jahre später zum Guten gewendet. Nichtsdestotrotz sehen wir – Ausdruck dafür ist auch diese Debatte – die Entwicklung nach wie vor mit großer Sorge. Wir sind natürlich nicht beruhigt, was die politische Entwicklung in großen Teilen angeht.

Zurück zu der Zeit vor 13 Jahren; denn die politische Interpretation des Mandats heute beruht sehr stark auf der Geschichte dieses Konflikts: Vor 13 Jahren beschloss der Bundestag aufgrund der Notlage der Menschen im Kosovo ein Mandat mit einer Obergrenze von 8 500 Mann. Der Unterschied zwischen dem Mandat mit 8 500 Mann vom 11. Juni 1999 und dem Mandat mit 1 850 Mann, über das wir heute diskutieren, liegt vor allem im Erfolg eines zivil-militärischen Friedenseinsatzes, der auch zum Ansatz gehört. Deshalb dürfen wir heute sicher davon ausgehen, dass die KFOR mit maximal 1 850 deutschen Soldatinnen und Soldaten den Auftrag erfüllen wird.

Philipp Mißfelder

- (A) Ich glaube, dass man voller Stolz sagen kann: Die KFOR-Soldaten haben einen sehr guten Dienst geleistet. Deshalb danken wir ihnen insbesondere für das, was sie in den letzten 13 Jahren auch mit Unterstützung der Bundeswehr geleistet haben. Die Tragödie konnte gestoppt werden.

(Beifall bei der CDU/CSU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Hoffnung, die viele Menschen in dem Land selber haben, nämlich dass die Entwicklung weiter in Richtung Europa geht, ist berechtigt. Ich glaube, auch wenn ich nicht für alle Abgeordneten meiner Fraktion sprechen kann – vielleicht gilt das auch für andere Fraktionen –, dass wir am Ziel der europäischen Integration des gesamten Westbalkans festhalten sollten. Dies ist politisch einer der wichtigsten Prozesse, um dauerhaften Frieden und Stabilität zu gewährleisten.

(Beifall bei der CDU/CSU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir zurückblicken, können wir feststellen, dass es erst einmal Fortschritte gab. Die *Neue Zürcher Zeitung* schrieb am 25. Mai 2011:

Es scheint, als sei ... eine neue Epoche angebrochen: Mehr und mehr Serben nehmen an politischen Leben teil, profitieren von den Minderheitenrechten und -quoten und spielen eine zunehmend wichtige Rolle in der Politik in Kosovo.

- (B) Das ist eine positive Beurteilung, die man sich natürlich im Einzelfall anschauen muss. Im Großen und Ganzen war dies aber die Entwicklung auch in 2011.

Dann kam es im Juli und im November 2011 leider wieder zu Unruhen. Die Entsendung von kosovo-albanischen Spezialpolizisten und Zollbeamten führte an den Grenzübergängen im Norden Kosovos zu gewaltsamen Ausschreitungen, die hier in einem anderen Rahmen schon ausführlich diskutiert worden sind. Trotz der politischen Erfolge und der militärischen Stabilität, die erreicht worden ist – auch durch KFOR –, ist es notwendig, nicht zu unterschätzen, dass es immer noch Eskalationspotenzial gibt. Man muss daher zur Kenntnis nehmen, dass man hier nicht nur politisch tätig sein kann, sondern auch die militärische Option weiterhin braucht. So bedauerlich das auch nach solch einer langen Zeit ist, nichtsdestotrotz scheint es notwendig zu sein. Deshalb sollten wir an diesem Mandat festhalten.

Die Lage hat sich im Jahr 2012 vor allem dank KFOR wieder stabilisiert. Es ist aber ganz klar: Diejenigen, die im Nordkosovo Unruhe stiften, werden das jederzeit wieder tun können. Das ist für uns politisch inakzeptabel. Deshalb werden wir sowohl diese militärische Maßnahme weiter verlängern als auch die politischen Initiativen verstärken und aufrechterhalten, die notwendig sind, um dort weiterhin Stabilität zu gewährleisten.

Aus meiner Sicht handelt es sich um eine europäische Verantwortung, für Sicherheit in unserer eigenen Nachbarschaft, in der Nachbarschaft der Europäischen Union und zugleich im Herzen Europas zu sorgen. Wir sprechen hier nicht über eine weit abgelegene Region, viel-

mehr handelt es sich um einen Teil Europas, der aus meiner Sicht irgendwann auch ein Teil der Europäischen Union sein wird. Deshalb liegt es in unserer Verantwortung, diese Probleme selber zu lösen und nicht nur darauf zu vertrauen, dass Freunde aus der NATO, insbesondere die USA, die Verantwortung übernehmen. (C)

Die historische Entscheidung, die einst 1999 getroffen worden ist und die in der Bundesrepublik sehr umstritten war, ist rückblickend als richtig zu betrachten. Sie war humanitär absolut notwendig für eine Stabilisierung des Landes, aber auch für ein friedliches Miteinander, und hat sich ausgezahlt.

Über den militärischen Beitrag, also die Verlängerung des Mandats, hinaus – das gilt für diesen Einsatz wie für viele andere – müssen wir auch einen politischen Beitrag leisten, nämlich die Türe nach Europa offenzuhalten und damit dem Land eine vernünftige und gute Zukunft bieten zu können.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Für die Fraktion der SPD hat jetzt das Wort die Kollegin Dr. Susanne Kastner.

(Beifall bei der SPD)

Dr. h. c. Susanne Kastner (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir heute über die Fortsetzung des KFOR-Mandates reden, dann sind wir uns in diesem Hause weitgehend einig, dass der Einsatz der Bundeswehr ein Erfolg war und ist. Unsere KFOR-Truppen leisten gute Arbeit und genießen ein sehr hohes Ansehen. (D)

In der letzten Woche waren wir mit einer Delegation im Kosovo und konnten uns erneut von dieser Tatsache überzeugen. Die Regierenden in Pristina und besonders die Staatspräsidentin haben sich ausdrücklich für den kontinuierlichen Einsatz und die Unterstützung Deutschlands bedankt. Diesen Dank möchte ich sehr gerne an unsere Soldatinnen und Soldaten weitergeben.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Neben den politischen Gesprächen stand für uns selbstverständlich der Besuch unserer Bundeswehrsoldaten im Mittelpunkt. Die Reise – das ist heute schon etliche Male angesprochen worden – fiel in eine spannende Zeit, da im Vorfeld der serbischen Wahlen erneut das deutsch-österreichische ORF-Kontingent stationiert wurde.

Die Entscheidung, die Truppen anzufordern, ist dabei überhaupt nicht zu kritisieren. Denn es war nicht absehbar, ob die Lage im Nordkosovo erneut eskalieren würde, so wie im vergangenen Jahr, als es zu erheblichen Grenzkonflikten kam. Glücklicherweise können wir heute sagen, dass es dieses Mal sehr friedlich geblieben ist. Das verdanken wir sicherlich auch der Präsenz unserer Soldatinnen und Soldaten.

Dr. h. c. Susanne Kastner

- (A) Problematisch ist aus meiner Sicht allerdings, dass unsere Soldatinnen und Soldaten kaum noch Planungssicherheiten bei ihren Einsatzzeiten haben. Zweifellos wird es immer wieder vorkommen, dass Einsatzbefehle erst kurzfristig erteilt werden können. Die serbischen Wahlen aber waren wahrlich keine Überraschung.

Daher appelliere ich an die politische Leitung des Verteidigungsministeriums, die Bedürfnisse der Einsatzsoldatinnen und -soldaten nicht aus den Augen zu verlieren. Schon mehrfach haben wir die schleichende Verlängerung der Stehzeiten kritisiert. Das ORF-Bataillon ist ein Beispiel dafür, wie es nicht laufen sollte. Es kann doch nicht sein, dass unsere Soldatinnen und Soldaten zum Teil nur eine Woche Zeit haben, um sich auf den nächsten Einsatz vorzubereiten.

Da helfen auch Entschuldigungen und gut gemeinte Worte nicht weiter. Diese werden von den Soldaten zur Kenntnis genommen, nützen aber nicht viel, wenn sich die konkrete Einsatzplanung letztlich doch nicht ändert. Die Einsatzplanung muss prinzipiell verbessert und an die Lebensrealität unserer Soldatinnen und Soldaten, insbesondere mit Blick auf ihre Familien und Kinder angepasst werden. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat etwas mit Attraktivität und Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu tun.

Darüber hinaus, Herr Minister, gibt es ein zweites leidendes Thema, die Betreuungskommunikation. Man könnte ja annehmen, dass Telefon- und Internetverbindungen im Kosovo ein vernachlässigbares Problem darstellen. Tatsache ist allerdings, dass unsere Soldatinnen und Soldaten dort mit ähnlichen Herausforderungen konfrontiert werden wie beispielsweise in Afghanistan.

(B)

Ich frage mich schon, warum die Mitarbeiter der EULEX in unmittelbarer Nachbarschaft günstig nach Hause telefonieren können, während unsere Soldaten das nicht können. Vom Skypen will ich erst gar nicht reden. Hier sehe ich das Bundesministerium der Verteidigung in der Pflicht, sich der Sache mit Nachdruck anzunehmen. Dass es an den technischen Voraussetzungen nicht scheitert, zeigen die funktionierenden Netze der befreundeten Nationen im Einsatz.

Der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages hat jüngst auf weitere Probleme in den Bereichen Unterbringung, Versorgung und Betreuung im Einsatzgebiet aufmerksam gemacht. Ich baue diesbezüglich auf das Verteidigungsministerium, dass es die berechtigten Beschwerden unserer Parlamentsarmee ernst nimmt und schnellstmöglich für Abhilfe sorgt. Das sind wir unseren Soldatinnen und Soldaten doch schuldig.

Bei allen Herausforderungen in der Praxis ist der Einsatz unserer Parlamentsarmee im Kosovo ein wichtiger Beitrag für die Stabilität innerhalb der Region. Daher bin ich mir sicher, dass das neue KFOR-Mandat wiederum durch eine breite Mehrheit im Hause unterstützt wird. Fakt ist allerdings auch, dass der Bundeswehreininsatz keine Dauerlösung sein darf. Unser erstes Mandat – auch darauf ist heute schon etliche Male hingewiesen worden – haben wir schließlich im Jahr 1999 verabschiedet. 13 Jahre später ist unser Auftrag immer noch nicht beendet.

- Frau Kollegin Beck, ich war sehr dankbar für die Einschätzung, die Sie als Kennerin dieser Region hier am Pult des Deutschen Bundestages vorgenommen haben. Wir müssen alles, aber auch alles daransetzen, damit wir eine politische Lösung des Konflikts auf dem Balkan erreichen. (C)

Danke schön.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Als letzter Redner zu diesem Tagesordnungspunkt hat nun der Kollege Dr. Reinhard Brandl für die CDU/CSU-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dr. Reinhard Brandl (CDU/CSU):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Als wir vor einem Jahr die Verlängerung des KFOR-Mandats hier im Parlament beraten haben, war der Ton durchaus optimistischer als heute. Wir konnten im letzten Jahr zum dritten Mal in Folge die Mandatsobergrenze senken. Wir kamen ja von 3 500 Soldatinnen und Soldaten im Jahr 2009 über 2 500 im Jahr 2010 auf 1 850 Soldatinnen und Soldaten im Jahr 2011.

Es war uns damals aber auch klar, dass die Lage insbesondere im Norden weiterhin fragil ist und dass die Sicherheitslage jederzeit eskalieren kann. Leider wurde genau diese Einschätzung, die im letzten Jahr hier geäußert worden ist, bestätigt. Folgerichtig wurde dann die reguläre KFOR-Truppe mit den Kräften der operativen Reserve, dem schon oft angesprochenen ORF-Bataillon, verstärkt. Genau für diesen Fall haben wir diese Reserve ja auch aufgestellt. (D)

Ich habe höchsten Respekt vor den Soldaten – der Minister und auch Sie, Frau Kastner, haben es angesprochen –, die ganz kurzfristig in den Einsatz geschickt worden sind und unter schwierigsten Bedingungen – es gibt Berichte von über zwölf Mann in einem Zelt und die Situation im tiefsten Winter; Sie haben die Internetverbindungen angesprochen – ihren Einsatz dort leisten. Hinsichtlich der Betreuung und Versorgung – darin sind wir uns einig – kann die Bundeswehr durchaus besser werden.

Meine Damen und Herren, der Respekt gilt unseren Soldaten, weil sie selbst unter diesen Bedingungen ihren Auftrag hoch professionell ausführen. Das gilt für das ORF-Bataillon genauso wie für die regulären KFOR-Kräfte. Die Soldaten sind im Grenzgebiet im dortigen Norden mit einer hochexplosiven Situation konfrontiert, mit Demonstranten, die emotional aufgeladen und zum Teil gewaltbereit sind. In diesem schwierigen Umfeld behalten sie die Nerven, wirken sie deeskalierend, stabilisieren sie die Lage und sorgen für Bewegungsfreiheit. Auf diese Menschen können wir als Deutsche stolz sein. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dr. Reinhard Brandl

- (A) Die KFOR-Soldaten machen einen guten Job, aber sie können das Problem an sich nicht lösen. Solange sich Belgrad und Pristina nicht mit echtem Lösungswillen an einen Tisch setzen und von ihren jeweiligen Maximalforderungen Abstand nehmen, wird sich an der Situation substantziell nichts ändern. Ich bin aber vorsichtig optimistisch, dass es nach den Wahlen zumindest von serbischer Seite verstärkten Druck geben wird, um zu einer Lösung zu kommen.

Herr Kollege, Sie haben die Wahlen angesprochen. Die Kosovo-Frage ist laut den Umfragen vor der Wahl nur noch von relativ geringer Bedeutung. Sie ist nicht das zentrale Problem, das die Menschen vor Ort beschäftigt. Das zentrale Problem ist ihre wirtschaftliche Situation, und ihr sehnlichster Wunsch ist, möglichst schnell den Weg nach Europa zu gehen. Aber der Weg in die Europäische Union kann nur zum Ziel führen, wenn die Kosovo-Frage gelöst ist. Ich bin unserer Bundeskanzlerin dankbar, dass sie diese Verknüpfung immer wieder richtig dargestellt hat.

Lassen Sie mich am Ende meiner Ausführungen kurz von einem persönlichen Erlebnis in Pristina berichten. Der Kollege Hahn und ich waren kurz vor Weihnachten im Kosovo und haben neben unseren Soldaten auch eine Gruppe junger Studenten aus dem Kosovo getroffen. Ich habe eine junge Generation erlebt, die die Vergangenheit hinter sich gelassen hat, die für eine Zukunft in Europa brennt, die motiviert und bereit ist, Leistungen zu erbringen, um ihre Situation zu verbessern, und die Konflikte der Vergangenheit hinter sich zu lassen.

- (B) Wir haben im Kosovo im letzten Jahrzehnt viel erreicht. Gerade wenn ich die junge Generation dort erlebe, habe ich die berechtigte Hoffnung, dass wir in Zukunft noch viel mehr erreichen können. Unsere Beteiligung am KFOR-Einsatz ist ein kleiner Beitrag dazu, den wir auch in Zukunft leisten sollten.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 17/9505 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 8 a bis c auf:

- a) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Finanzausschusses (7. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Barbara Höll, Richard Pitterle, Dr. Axel Troost, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Die Abgeltungsteuer abschaffen – Kapitalerträge wie Löhne besteuern

– Drucksachen 17/4878, 17/7666 –

Berichterstattung:
Abgeordnete Olav Gutting
Dr. Barbara Höll

(C)

- b) Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Barbara Höll, Richard Pitterle, Dr. Axel Troost, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Steuerliche Abzugsfähigkeit von Managerbetrüben einschränken

– Drucksache 17/9552 –

Überweisungsvorschlag:
Finanzausschuss

- c) Beratung des Antrags der Abgeordneten Sahra Wagenknecht, Sevim Dağdelen, Nicole Gohlke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Gerechtere Verteilung durch eine 75-Prozent-Reichensteuer für Einkommensmillionäre

– Drucksache 17/9525 –

Überweisungsvorschlag:
Finanzausschuss (f)
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine Dreiviertelstunde vorgesehen. Gibt es Widerspruch dagegen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner das Wort dem Parlamentarischen Staatssekretär **Steffen Kampeter**. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Steffen Kampeter, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es gilt allgemein, aber für die Finanzpolitik insbesondere: Politik beginnt mit dem Betrachten der Realität. Wenn ich mir die heutige Debatte und die Beschlussempfehlung anschau, dann stelle ich fest, dass einige jedoch zu realitätsfremden Einschätzungen über die Struktur und Art und Weise, wie in der deutschen Wirtschaft gearbeitet und bezahlt wird, kommen.

Es gehört zu den Realitäten der sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik, dass wir von Familienunternehmen geprägt sind und nicht von managergeführten Unternehmen, die börsennotiert sind. Den Schwerpunkt der sozialen Marktwirtschaft bilden Eigentümerunternehmen, die in allen Bereichen ihres Unternehmens mit Maß und Mitte vorgehen.

Wir beraten heute über steuerpolitische Vorschläge. Ich stelle fest: Wir brauchen eine wachstumsfreundliche Steuerpolitik für Unternehmen in Deutschland, die allen Facetten gerecht wird. Was wir nicht brauchen, ist eine ideologische Steuerpolitik, die für die Übertreibungen und Exzesse Weniger alle Unternehmen in Gesamthaftung nimmt. Deswegen stehen wir den Vorschlägen der Fraktion Die Linke sehr skeptisch gegenüber.

Parl. Staatssekretär Steffen Kampeter

(A) (Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

An dieser Stelle muss man vielleicht noch einmal hervorheben, dass die Gleichung „Je komplizierter das Steuerrecht, umso mehr Gerechtigkeit spiegelt es wider“ hanebüchener Unsinn ist. Das Gegenteil ist wahrscheinlich richtiger.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Na ja! Bierdeckel!)

Für die Bundesregierung will ich erklären: Wir glauben, dass bei der Vergütung von Managern Maß und Mitte einzuhalten sind. Ich glaube aber, dass das Steuerrecht kein geeigneter Ort ist, um diese Schlacht auszutragen. Die Koalition ist dieses Problem intelligenter angegangen, indem sie einen Kultur- und Mentalitätswechsel in vielen deutschen, europäischen und sogar amerikanischen Entscheidungsgremien vorangetrieben hat. Ein wesentlicher Baustein war das sogenannte Gesetz zur Beschränkung von Managergehältern. Darüber hinaus hat die Bundesregierung die gesamtgesellschaftliche Debatte über dieses Thema positiv begleitet, indem sie betont hat, dass die Vorstandsgehälter wieder zurückgeführt werden müssen.

Ich glaube, das ist ein Kulturwechsel in der politischen Debatte. Früher freute man sich, der Genosse der Bosse zu sein. Ich glaube, die jetzige Bundesregierung, die für Maß und Mitte steht, ist ein Vorreiter in der Debatte, und das ist gut so. Das Steuerrecht wollen wir da lassen, wo es hingehört.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

(B)

Ich will darauf hinweisen – das ist Ausdruck dieses Kulturwechsels –, dass der Aufsichtsratsvorsitzende der Commerzbank und Vorsitzende der Corporate-Governance-Kommission vor wenigen Wochen einen mahnenden Brief an die DAX-Vorstände geschrieben hat. Das heißt, dass die Initiative zur Begrenzung von Vorstandsvergütungen nicht allein aus der Politik kommt. Sie wird von den Entscheidungsgremien aufgegriffen, die davon betroffen sind, von den Aufsichtsräten und den Hauptversammlungen.

(Dr. Axel Troost [DIE LINKE]: Hat das denn schon Erfolg?)

Die Managervergütung soll Risiko und Verantwortung der handelnden Personen widerspiegeln. Darum geht es bei dieser Frage. Ich glaube, dass die Richtung der Debatte stimmt.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Kollege Kampeter, die Kollegin Paus würde gerne eine Zwischenfrage stellen.

Steffen Kampeter, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen:

Ich freue mich auf die Redezeitverlängerung durch die Kollegin Paus.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Frau Paus, bitte.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Gern geschehen, Herr Kampeter.

Steffen Kampeter, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen:

Das freut mich.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich nehme mit Freude zur Kenntnis, dass sich die Bundesregierung jetzt an der Debatte beteiligen will. Ich habe konkret von Ihnen gehört, dass Sie steuerliche Maßnahmen nicht ergreifen wollen. Können Sie sagen, welche konkreten Maßnahmen die Bundesregierung in dieser Hinsicht ergreifen will, außer sich intensiv an der Debatte zu beteiligen?

Steffen Kampeter, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen:

Ich glaube, es geht hier nicht um eine intensive Debatte. Das sogenannte Gesetz zur Begrenzung von Managergehältern war das Resultat eines aktiven gesetzgeberischen Handelns. Wenn Sie aber glauben, dass allein Gesetze helfen, dann springen Sie, Frau Kollegin Paus, zu kurz. Ich will Ihnen ein Beispiel nennen: In den Zeitungen werden Managergehälter mit Worten wie „jenseits von Eden“ oder „in der Winterkorn-Zone liegend“ beschrieben. Solche Gehälter sind gesellschaftlich nicht mehr akzeptabel, Frau Kollegin Paus. Das ist auch unsere Auffassung.

(D)

Die Debatte lebt ein Stück weit von intellektuellen Unredlichkeiten; denn die Gehälter sind nicht von der Bundesregierung beschlossen worden, sondern in der Regel von paritätisch besetzten Aufsichtsräten bzw. von Personalausschüssen. Das hier spärlich vertretene linke politische Spektrum des Parlaments sollte vielleicht, anstatt hier mutig gesetzgeberisches Handeln zu fordern, in den Aufsichtsräten mehr Mut beweisen. Sie sollten zeigen, dass Sie bereit sind, auch dort für die Begrenzung der Managergehälter einzutreten. Wer beispielsweise als gewerkschaftlicher Interessenvertreter im VW-Aufsichtsrat für hohe Managervergütungen streitet und gleichzeitig hier mit Bezug auf seine gewerkschaftlichen Verbindungen beklagt, dass es dieselben gibt und sagt, dass er das korrigieren will, der handelt natürlich nicht konsistent. Auf diese Inkonsistenzen müssen wir die linke Seite des Hauses vielleicht einmal hinweisen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Dr. h. c. Hans Michelbach [CDU/CSU]: Zum Beispiel der grüne Herr Trittin!)

Das Gleiche gilt für die Debatte über die Abgeltungssteuer. Auch die Abgeltungssteuer ist Gegenstand ideologischer Auseinandersetzungen. Sie ist aber auch eine erfolgreiche Geschichte in der Steuerpolitik. Für die Sozialdemokraten will ich an dieser Stelle erwähnen, dass sie von Peer Steinbrück ins deutsche Steuerrecht eingeführt worden ist. Im Vergleich zu allen Vorgängersystemen handelt es sich um die erfolgreichste Form der Besteuerung von Kapitaleinkünften, die es in der Bundesrepublik Deutschland jemals gegeben hat.

(A) Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Kollege Kampeter, auch der Kollege Troost würde Ihnen gerne eine Redezeitverlängerung gewähren. Sind Sie damit einverstanden?

Steffen Kampeter, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen:

Herr Kollege Troost, wenn Sie mir das netterweise gewähren würden. Ich freue mich darauf.

Dr. Axel Troost (DIE LINKE):

Ich beziehe mich allerdings auf den vorangegangenen Punkt, auf die Managergehälter.

Steffen Kampeter, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen:

Auf welchen denn?

Dr. Axel Troost (DIE LINKE):

Sie tun so, als wäre das kein steuerrechtliches Problem. Wenn Sie steuerrechtlich anerkennen, dass solche Gehälter als Kosten abgezogen werden und damit sozusagen nicht mehr der Besteuerung unterliegen, dann akzeptieren Sie damit genau diese Gehälter.

(Klaus-Peter Flosbach [CDU/CSU]: Die werden wieder versteuert!)

Das ist genau der Punkt, weswegen wir sagen, dass hier eine Veränderung stattfinden muss. Wenn diese Gehälter gesellschaftlich nicht anerkannt werden sollen, dann kann auch die Abzugsfähigkeit dieser als Kosten nicht anerkannt werden. Deswegen können die Aufsichtsräte trotzdem solche Gehälter beschließen.

(B)

Steffen Kampeter, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen:

Herr Kollege – –

Dr. Axel Troost (DIE LINKE):

Das ist ihnen ja völlig freigestellt. Aber es darf dann nicht zu einer Einschränkung unserer Steuereinnahmen als Bund bzw. als Länder führen.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dr. Daniel Volk [FDP]: Herr Troost, das wissen Sie besser! Das ist keine Einschränkung!)

Steffen Kampeter, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen:

Herr Kollege Troost, ich bedanke mich dafür, dass Sie mir noch einmal deutlich machen, dass Sie vom Steuerrecht nach meinem Empfinden offensichtlich weniger verstehen als die Mehrheit dieses Hauses. Wenn ich eine Vergütung nicht auszahle, dann unterliegt sie der Gewinnbesteuerung. Wenn ich eine Vergütung auszahle, unterliegt sie der persönlichen Besteuerung des Empfängenden.

(Klaus-Peter Flosbach [CDU/CSU]: 50 Prozent!)

(C)

Das muss man vergleichen. Sie können die Genossen da drüben fragen, ob das Steueraufkommen beim Staat höher ist, wenn ich dies als Ertrag im Unternehmen oder als persönliches Einkommen in der Spitzensteuergategorie besteuere. Ich will Sie gerne aufklären: Variante zwei ist diejenige, die dem Staat mehr Erträge bringt. Das muss ich in aller Klarheit sagen.

(Zuruf des Abg. Dr. Axel Troost [DIE LINKE])

Zu behaupten, die von Ihnen vorgeschlagene steuerrechtliche Regelung würde dem Staat mehr Einkommen bringen, ist angesichts der unterschiedlichen Behandlung von unternehmerischen Erträgen und persönlichem Einkommen schlichtweg Unsinn. Das ist nun einmal so.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Zuruf des Abg. Dr. Axel Troost [DIE LINKE])

Ich führe dies nicht als Argument an. Ich sage: Wir müssen die Dinge da entscheiden, wo sie hingehören. Das gilt im Übrigen auch – Stichwort „ideologische Verbohrtheit“ – für die Abgeltungsteuer. Sie stellt das erfolgreichste System für die Besteuerung von Kapitaleinkünften dar und ist ein Beitrag zur Steuervereinfachung und zur Steuerkategorisierung. Die Sache könnte noch sehr viel unkomplizierter sein. Hätten wir uns 2003, 2004, als wir über die rot-grüne Amnestie diskutiert haben, einigen können, wäre die Abgeltungsteuer nicht so ein Flop geworden.

(D)

Die Abgeltungsteuer ist eine der Grundlagen dafür, dass wir jetzt mit der Schweiz Regelungen treffen können, dass wir Steuerhinterziehung rechtlich nicht weiter privilegieren – mit dem Quellenabzug bei der Abgeltungsteuer können wir erhebliche Milliardeneinkünfte für den deutschen Fiskus erzielen –

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: 13 Prozent weniger!)

und dass wir mit weiteren Regelungen für mehr Steuergerechtigkeit und gegen Steuerhinterziehung von Kapitaleinkünften kämpfen können. Deswegen finde ich es so ungehörig, dass die Umsetzung des deutsch-schweizerischen Abkommens vom rot-grünen Lager, beispielsweise von Nordrhein-Westfalen, verhindert wird. Man könnte es jetzt relativ rasch umsetzen. Das würde deutlich machen, wie wirkungsvoll die Abgeltungsteuer als ein Beitrag gegen Steuerhinterziehung ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Nun lautet der Vorschlag von der linken Seite dieses Hauses, man müsse die Abgeltungsteuer erhöhen. Mir ist ein realistischer Steueranspruch, der auch durchgesetzt wird, lieber als ein ideologisch überhöhter Steueranspruch mit einer virtuellen Ertragswahrscheinlichkeit. Ich glaube, dass wir zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine vernünftige Regelung gefunden haben. Das heißt nicht, dass man am zukünftigen System der Abgeltungsteuer das eine oder andere nicht doch noch überprüfen will.

Parl. Staatssekretär Steffen Kampeter

- (A) Ein Argument finde ich perfide. In der gesamten Argumentation des Antrags der Linken wird so getan, als sei die Abgeltungsteuer lediglich von angeblichen Kapitalisten und Hochverdienern zu zahlen. Ihr Vorschlag läuft doch darauf hinaus, dass in der Mitte der Gesellschaft diejenigen stärker belastet werden, die Vorsorge treffen, beispielsweise für Unvorhergesehenes, die sich nicht allein auf den Staat verlassen und sich für ihr Alter etwas zurücklegen. Diese Menschen wollen Sie stärker belasten. Die Behauptung, Ihr Vorschlag belaste lediglich Großverdiener, ist falsch.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Die Mitte der Gesellschaft zahlt über 40 Prozent Steuern!)

Ihr Vorschlag trifft die Mitte der Gesellschaft und nimmt denjenigen etwas weg, die Vorsorge treffen, die eigenverantwortlich handeln. Wir wollen diese Eigenverantwortung unterstützen. Wir wollen bei der Eigenverantwortung nicht abkassieren. Deswegen ist der Vorschlag nicht nachzuvollziehen und zurückzuweisen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich empfehle Ihnen, im Sinne der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zu optieren und Steuerpolitik mit Sinn und Verstand und nicht mit ideologischen Scheuklappen zu betreiben.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

- (B) **Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Für die SPD-Fraktion hat jetzt das Wort der Kollege Dr. Carsten Sieling.

(Beifall bei der SPD)

Dr. Carsten Sieling (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gegenüber meinem Vorredner habe ich auf jeden Fall einen Vorteil: Ich komme nicht aus Nordrhein-Westfalen, ich befinde mich nicht mitten im Wahlkampf und muss hier keine Reden halten, die nur entsprechende Wirkungen erzielen sollen, uns aber leider in der Sache – darauf komme ich gleich im Einzelnen – nicht weiterhelfen. Ich kann nur sagen: Wir drücken allen Nordrhein-Westfalen die Daumen. Ich glaube, es wird so kommen, wie wir es uns wünschen. Herr Staatssekretär, als Schattenminister für Finanzen bleiben Sie im Schatten stehen, auch nach dem kommenden Sonntag. Sie bleiben Parlamentarischer Staatssekretär. Es ist wichtig, das hervorzuheben. In Ihrer Rede ist das, glaube ich, sehr deutlich geworden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Klaus-Peter Flosbach [CDU/CSU]: Wie gut, dass Herr Sieling keine Wahlkampfrede hält!)

Anfangen will ich bei einem Thema, das Sie aufgegriffen haben: bei der Managervergütung. Ich kann nicht verstehen, dass ein Staatssekretär für Finanzen im Deutschen Bundestag nicht als Erstes deutlich macht, dass wir in diesem Bereich ein riesenproblem haben, weil

manche Managergehälter mittlerweile das 50-Fache des Durchschnittseinkommens betragen. (C)

(Klaus-Peter Flosbach [CDU/CSU]: Das hat er doch gesagt! Das hat er dargestellt! – Steffen Kampeter, Parl. Staatssekretär: Das habe ich doch bestätigt, Herr Kollege!)

Natürlich ist es so, dass wir dieses Thema angehen müssen, auch steuerpolitisch. Die Abzugsfähigkeit muss reduziert werden, damit der Anreiz für die Unternehmen, hohe Gehälter zu zahlen, minimiert wird.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das müssten Sie wissen, und das müssten Sie hier deutlich machen.

Natürlich wäre die persönliche Einkommensbesteuerung dann höher. Ich sage Ihnen aber auch: Sie ist nicht hoch genug. Wir brauchen deutlich höhere Staatseinnahmen, um die Haushalte zu sanieren.

(Klaus-Peter Flosbach [CDU/CSU]: Ach! Sie kriegen dadurch aber doch nichts in die Kasse!)

Deshalb sagen wir Sozialdemokraten: Wir wollen eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Bei einem Spitzensteuersatz von 49 Prozent würden die Bezieher hoher Einkommen einen größeren Beitrag leisten. Ich hätte mir gewünscht, hier einen solchen Vorschlag zu hören. (D)

Was geschieht stattdessen? Die Bundesregierung verteilt Geschenke. Ich nenne nur das Stichwort „Betreuungsgeld“. Ich will Ihnen auch sagen: Natürlich ist es gut, dass das Land Nordrhein-Westfalen beim deutsch-schweizerischen Steuerabkommen nicht mitmacht. Es wäre nämlich unververtretbar, neue Geschenke zu produzieren.

(Stefan Müller [Erlangen] [CDU/CSU]: So ein Quatsch! – Steffen Kampeter, Parl. Staatssekretär: Das sind 10 Milliarden Einnahmen, Herr Kollege, keine Geschenke!)

Jetzt möchte ich auf die Abgeltungsteuer zu sprechen kommen. Ich hätte gerne einmal gehört, wie die Meinung Ihres Hauses, des Bundesministeriums der Finanzen, hierzu ist.

(Klaus-Peter Flosbach [CDU/CSU]: Nein! Von der SPD wollen wir etwas hören! Sie haben ja damals auch zugestimmt!)

Ich nehme da nämlich sehr unterschiedliche Botschaften wahr; ich habe sie persönlich gehört und gelesen.

(Klaus-Peter Flosbach [CDU/CSU]: Das haben wir doch damals gemeinsam gemacht! In der Großen Koalition! – Stefan Müller [Erlangen] [CDU/CSU]: Sie leiden wohl unter temporärer Amnesie!)

Dr. Carsten Sieling

- (A) Sie haben gerade sehr für die Abgeltungsteuer geworben. Wir Sozialdemokraten sagen, dass wir aus gewissen Entwicklungen – ich werde gleich auf die einzelnen Punkte zu sprechen kommen – Konsequenzen ziehen müssen. Wir wollen, dass der Abgeltungsteuersatz von 25 Prozent auf 32 Prozent erhöht wird; das ist unsere Forderung. Allerdings darf man das Kind nicht mit dem Bade ausschütten und wie die Linkspartei, ohne sich mit der Substanz zu beschäftigen, eine Abschaffung und Überführung der Abgeltungsteuer fordern.

(Antje Tillmann [CDU/CSU]: Doch! Das ist der zweite Satz in Ihrem Programm!)

So weit sind wir nicht, weil die Sachverhalte zu unklar sind.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Wie war denn Ihre Meinung auf Ihrem Parteitag?)

Zurück zur Meinung Ihres Hauses, Herr Staatssekretär. Ich kenne da jemanden. Als ich hörte, was er mir sagte, sind mir fast die Ohren abgefallen. Laut *Berliner Zeitung* vom 25. April 2012 hat Bundesfinanzminister Schäuble auf einem Symposium des Bundesverbandes deutscher Banken erklärt: Ich habe die Abgeltungsteuer nicht eingeführt. – Er soll, so die Zeitung, außerdem gesagt haben, er sei immer ein Anhänger der synthetischen Einkommensteuer gewesen. Meine Damen und Herren von der Koalition, wer sagt denn jetzt die Meinung der Bundesregierung: Herr Schäuble auf Symposien oder Herr Kampeter hier?

- (B) (Florian Toncar [FDP]: Daniel Volk macht das gleich!)

Ich finde, es ist durch und durch unsolide, mit einem solch wichtigen Thema so umzugehen.

(Beifall bei der SPD)

Weil dies ein wichtiger Punkt ist, über den wir heute zu entscheiden haben – wir Sozialdemokraten lehnen den Vorschlag der Linkspartei ab –, möchte ich darauf hinweisen: Was die Abgeltungsteuer betrifft, ist die Bemessungsgrundlage deutlich erweitert worden. Insbesondere Dividenden werden durch die Abgeltungsteuer breiter besteuert als zuvor. Vor allem sind die alten Privilegien des Halbeinkünfteverfahrens weggefallen. Früher wurden Dividenden nur zu 50 Prozent herangezogen, jetzt werden sie ganz der Besteuerung unterworfen. Das ist ein Fortschritt, an dem wir auf alle Fälle festhalten wollen.

Ich will deutlich machen, weshalb wir dieses Thema angehen müssen. Es kam nämlich zu einem Einbruch des Steueraufkommens. Allerdings ziehen wir daraus nicht den Schluss, die Abschaffung der Abgeltungsteuer zu fordern, ohne zuvor die genauen Fakten und Grundlagen zu ermitteln. Die Zinsentwicklung ist infolge der Finanzkrise nämlich nachweislich gesunken. Deshalb ist völlig klar: Auch wenn die Besteuerung von Kapitaleinkünften Teil der normalen Einkommensbesteuerung wäre, wäre es zu diesem Einbruch gekommen. Es muss geklärt werden, ob das an der Abgeltungsteuer oder eben an diesen wirtschaftlichen Faktoren liegt. Auf jeden Fall

ist der Weg richtig, den Steuersatz zu erhöhen, um für eine stärkere Heranziehung zu sorgen. (C)

Lassen Sie mich abschließend noch darauf hinweisen – auch das müssen wir betrachten –, dass das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung jüngst als Ergebnis einer Untersuchung der Entwicklung der Abgeltungsteuer herausgefunden hat, dass durch die Senkung des Steuersatzes, der vor der Reform bei 44 Prozent lag, auf jetzt 26 Prozent insbesondere die Fremdfinanzierung bessergestellt wird, dies umgekehrt jedoch eine Schwächung des Eigenkapitals bedeutet.

All diese Ergebnisse werden wir uns anzuschauen haben. Entscheiden können wir aber erst, wenn die Faktenlage deutlicher ist. Deshalb lehnen wir den Antrag der Linken ab.

Herr Präsident, erlauben mir Sie, dass ich ganz zum Schluss noch darauf hinweise: Das letzte Mal haben wir hier genau drei Tage vor den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg darüber diskutiert.

(Zuruf von der SPD: Das ist Zufall!)

Dieses Mal bringen Sie das Thema vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen auf die Tagesordnung. Damit weiß man: Ihnen geht es gar nicht ernsthaft um die Sache. Sie wollen hier billige Vorteile erzielen.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Der Antrag lag die ganze Zeit im Finanzausschuss! Das, was Sie sagen, stimmt nicht!)

– Das stimmt. – Die werden Ihnen nicht reichen. Ich hoffe, dass weder der Staatssekretär noch die Linkspartei am Sonntag einen Erfolg einfahren werden. (D)

Für Verteilungsgerechtigkeit und richtige Finanzpolitik stehen die Bundesländer, und Nordrhein-Westfalen macht hier eine verdammt gute Figur.

(Klaus-Peter Flosbach [CDU/CSU]: Genau das nicht!)

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Für die FDP-Fraktion hat jetzt der Kollege Dr. Daniel Volk das Wort.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Dr. Daniel Volk (FDP):

Herzlichen Dank. – Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Sieling, dafür, dass Sie nicht aus dem wahlkämpfenden Bundesland Nordrhein-Westfalen kommen, war das eine ganz gute Wahlkampfprede.

(Florian Toncar [FDP]: Nein, gut war sie nicht! – Dr. Carsten Sieling [SPD]: Das war nur die Wahrheit!)

Eines haben Sie hier schon deutlich gesagt – und das ist natürlich auch symptomatisch für die Herangehensweise des linken Teils dieses Hauses –: Steuerpolitik

Dr. Daniel Volk

- (A) wird immer nur unter dem Aspekt gesehen, dass der Staat mehr Geld braucht. Der falsche Schluss, den Sie daraus ziehen, ist nun aber, dass Sie meinen, dass, wenn man die Steuersätze anhebt, mehr Steuereinnahmen folgen

(Dr. Axel Troost [DIE LINKE]: Herr Eichel ist genau mit der Senkung der Steuersätze auf die Nase gefallen!)

Dieser Schluss ist leider Gottes nicht zutreffend.

Ich darf nur auf die heute bekannt gewordene Steuer-schätzung für die nächsten Jahre verweisen. Die Steuer-schätzung hat wiederum knapp 30 Milliarden Euro Steuer-mehreinnahmen für die nächsten Jahre vorausgesagt. Das heißt, eine vernünftige Finanz-, Steuer- und Wirt-schaftspolitik führt zu Steuermehreinnahmen. Eine mas-sive Anhebung des Spitzensteuersatzes auf 75 Prozent würde dagegen wie andere vorgeschlagene Maßnahmen im Steuerrecht wohl eher dazu führen, dass einige Leute schichtweg versuchen werden, sich diesem Raubzug einer linksfraktionellen Steuerpolitik zu entziehen. Die Politik, die hier insbesondere von der Linksfraktion vor-geschlagen wird, hat also zur Folge, dass die Steuerein-nahmen sinken. Das kann nicht im Interesse unseres Staates sein.

Wir wollen eine vernünftige Steuerpolitik machen: Eine wohlwollende Austarierung zwischen staatlichem Finanzbedarf einerseits und genügend finanziellem Spielraum für die Bürger andererseits ist Kennzeichen einer vernünftigen Steuerpolitik, die übrigens auch zu mehr Wirtschaftswachstum führen wird. Aus diesem Wirtschaftswachstum ergibt sich eine solide Einnahme-basis des Staates, mit der dann eben auch die Staatsver-schuldung abgebaut werden kann.

- (B)

(Dr. Axel Troost [DIE LINKE]: Herr Laffer lässt grüßen!)

Ich gehe felsenfest davon aus, dass es uns dank der laut der heutigen Steuerschätzung wiederum steigenden Steuereinnahmen gelingen wird, bis 2014 einen ausge-glichenen Bundeshaushalt vorzulegen. Ich glaube, das ist das ganz wesentliche Signal am heutigen Tage.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Schauen wir uns an, wie die Linksfraktion an die Ma-nagergehälter bzw. an die Gehälter von Vorstandsmit-gliedern herangehen will. Das geht wieder einmal auf die typische Art und Weise: Wir nehmen es denen da oben, weil die es nicht verdient haben,

(Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE]: Genau! – Dr. Axel Troost [DIE LINKE]: Nehmen tun wir denen gar nichts!)

und angeblich wird es dann denen da unten gegeben. Dieses angebliche Nach-unten-Geben hat bislang noch nie funktioniert. Sie wollen also eigentlich nur nehmen.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Der Herr Kampeter hat es doch gerade gesagt: Da wird gar nichts genommen!)

Das Entscheidende ist, dass Sie an diese Sache mit dem vollkommen falschen Ansatz herangehen. Die Frage, wie hoch die Vergütungen von Arbeitnehmern – Vorstandsmitglieder sind eigentlich nichts anderes als Angestellte eines Unternehmens – sind,

(Lachen bei Abgeordneten der LINKEN)

stellt eine Frage dar, die die Eigentümer der Unterneh-men zu entscheiden haben. Ich halte es für völlig abweg-ig, zu fordern, dass die Politik vom grünen Tisch aus darüber zu befinden habe, welche Vergütung festzuset-zen ist oder wann sie zu hoch ist.

(Dr. Axel Troost [DIE LINKE]: Wie hoch die Abzugsfähigkeit ist!)

Ich glaube, dazu sind wir nicht berufen.

(Zuruf von der FDP: Das hat schon einmal nicht geklappt!)

Mit Tarifautonomie einher geht Tariffreiheit. Insofern sollten wir die Entscheidung über die Vergütung der so-genannten führenden Angestellten in die Hände der Eigen-tümer der Unternehmen legen. Deswegen kann ich nur empfehlen, das Ganze nicht über das Steuerrecht zu regeln. Man sollte eher darüber nachdenken, ob nicht die Hauptversammlung in entsprechenden Unternehmen ein Mitspracherecht bei der Festsetzung der Höhe der Ver-gütung von Vorstandsmitgliedern haben sollte.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Das eine tun, das andere nicht lassen!)

Das halte ich für weitaus angemessener und für weitaus besser als eine fürchterlich komplizierte Bestimmung im Steuerrecht.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Ach!)

Sie wollen das 20-Fache des Bruttolohns des Facharbei-ters als Grundlage heranziehen. Dieser wird sich von Jahr zu Jahr entsprechend ändern. Das ist eine Verkomplizierung des Steuerrechts, die sicherlich nicht vertret-bar ist.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Das rechnet ein Computer in weniger als einer Sekunde aus!)

Wir sollten also nicht im Steuerrecht ansetzen, sondern im Unternehmensrecht. Ich glaube, das ist der richtige Ansatz.

Ein weiterer Punkt ist die Frage der Abgeltungsteuer. Es klingt erst einmal wahnsinnig schön – auch Kollege Sieling hat das gesagt –: Der Steuersatz der Abgeltung-steuer soll von 25 auf 32 Prozent angehoben werden. Die genaue Begründung, warum das nun genau 32 Prozent sein sollen, haben Sie uns leider Gottes nicht gegeben. Es könnten auch 35 oder 55 Prozent sein, wie auch immer. Aber einen entscheidenden Punkt haben Sie nur ganz beiläufig gestreift, nämlich die Tatsache, dass vor Einführung der Abgeltungsteuer über das sogenannte Halbeinkünfteverfahren nur die Hälfte der Zuflüsse als Bemessungsgrundlage für die Besteuerung herangezogen wurde. So war auch die Begründung dafür, dass man für die Einführung der Abgeltungssteuer die Hälfte einer

Dr. Daniel Volk

- (A) Spitzensteuerbelastung von circa knapp unter 50 Prozent ansetzt, nämlich 25 Prozent. Warum soll jetzt plötzlich dieses Prinzip mit einem Steuersatz von 32 Prozent, wie Sie es gerade vorgeschlagen haben, aufgegeben werden?

(Dr. Carsten Sieling [SPD]: Soll gar nicht!)

Da besteht tatsächlich ein Widerspruch.

Man sieht ganz einfach: Sie sind eben nicht mehr bereit, die von Ihnen früher vollkommen zu Recht vertretenen Prinzipien weiterhin zu vertreten, wenn Sie auf der Oppositionsbank sitzen. Das halte ich, ehrlich gesagt, nicht für glaubwürdige Politik. Insofern, meine ich, sollten Sie sich diese Forderung nach einer Anhebung der Abgeltungsteuer auf 32 Prozent noch einmal genau überlegen.

Herr Kollege Sieling: Ja, der Staat braucht Steuereinnahmen; das ist vollkommen richtig. Steuern müssen aber in einem angemessenen Verhältnis zu den finanziellen Spielräumen der Bürger stehen. Wenn Sie als SPD-Fraktion der Ansicht sind, der Staat brauche mehr Steuereinnahmen, dann kann ich Sie nur auffordern, dem deutsch-schweizerischen Steuerabkommen zuzustimmen.

(Steffen Kampeter, Parl. Staatssekretär: Sehr wahr!)

Das ist nämlich der angemessene Weg, auch in diesem Bereich die Steuereinnahmen des Staates deutlich zu steigern, hier endlich den gordischen Knoten zu durchtrennen und dafür zu sorgen, dass wir auch bei denjenigen, die ihr Geld in der Schweiz angelegt und bislang nicht versteuert haben, für Steuergerechtigkeit sorgen. Solange Sie dieses Abkommen ablehnen, sind Sie kein glaubwürdiger politischer Partner mehr in Fragen der Steuergerechtigkeit und der Steuerfairness.

- (B)

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Für die Linke spricht jetzt Herr Kollege Dr. Diether Dehm.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Diether Dehm (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine Fraktion hat drei Anträge zur Besteuerung von Superreichen vorgelegt. Einer dieser Anträge hat die Besteuerung der Einkommensmillionäre zum Ziel, also jener, die jedes Jahr mehr als das 40-Fache des Gehaltes einer Verkäuferin bekommen. Genau mit diesem Vorschlag hat François Hollande die Wahl gewonnen. Mit diesem Antrag der Linken könnten Sie, liebe SPD, auch Ihrem sozialdemokratischen Freund Hollande beistehen.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Die Superreichen, 1 Prozent unserer Bevölkerung, sind in den letzten Krisenjahren noch reicher geworden und besitzen mehr als die Hälfte des Geldvermögens. In Deutschland stehen 7 500 Milliarden Euro Privatvermögen 2 000 Milliarden Euro Staatsschulden gegenüber.

- (C) Nur mit Umverteilung kann die Staatsverschuldung abgebaut werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Linke will, dass Spekulanten endlich nicht mehr mit einer Abgeltungsteuer von läppischen 25 Prozent davonkommen, sondern wie jeder Angestellte und jeder Handwerksmeister besteuert werden. Das Abgeltungsteuergeschenk muss ganz weg.

(Beifall bei der LINKEN sowie der Abg. Lisa Paus [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Rot-Grün hat die Hedgefonds zugelassen, die Großspekulanten damit steuerlich beschenkt. Die Große Koalition und Schwarz-Gelb haben die Steuergeschenke dann dankend weiterentwickelt. Die Linke ist die einzige Partei, die gegen die Macht der Deutschen Bank steht. Alle anderen Parteien im Bundestag bekommen Parteispenden von den Großspekulanten und von Konzernen – nicht. Das hat gute Gründe, und das soll so bleiben.

(Beifall bei der LINKEN – Dr. h. c. Hans Michelbach [CDU/CSU]: Weil Sie sich bei der DDR bedient haben!)

Spekulanten produzieren nichts. Sie fressen nur denen, die etwas leisten, die Haare vom Kopf.

(Klaus-Peter Flosbach [CDU/CSU]: PDS!)

Die Bundesregierung macht erst Steuergeschenke an die Zockerbanken. Die verzocken dann das geschenkte Geld, und Sie müssen eine Bankenrettung machen. Als Tarnmanöver schreien Sie dann: „Schuldenbremse!“, nur um die Bevölkerung wieder zu rupfen: beim Arzt, in der Schule, als Verkehrsteilnehmer, bei den kommunalen Leistungen und der Solarenergie. Wir sagen: Unsere Schuldenbremse ist die Vermögen- und Millionärsteuer.

- (D)

(Beifall bei der LINKEN)

Jetzt müssen Millionäre mit einer Initiative für die Vermögensabgabe kommen. Ich habe dort gerne unterschrieben.

(Zuruf von der CDU/CSU: Aha! – Zurufe von der FDP)

– Kein Sozialneid! Nicht ausgerechnet von Ihnen, von der FDP!

Lieber Kollege Volk, Sie haben von einem Raubzug gesprochen. Sie werden nie verstehen, dass es Unternehmer gibt, die zu ihrem Glück nicht noch eine Million und noch eine Million brauchen. Es macht nicht unglücklich, etwas abzugeben: für die Lidlverkäuferin, die alleinerziehende Mutter und den kranken Nachbarn auch. Wir sind Unternehmer, die in einem Land leben wollen, in dem Krankenhäuser und Gesundheit nicht zum schäbigen Spekulationsobjekt verkommen, immer mehr gebettelt werden muss und der Unterricht ausfällt.

(Beifall bei der LINKEN)

Glück ist teilbar, auch mit den 50 Prozent junger Menschen in Südeuropa, die jetzt ohne Arbeit dastehen.

(A) **Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**
Herr Kollege Dehm, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Volk?

Dr. Diether Dehm (DIE LINKE):
Aber gerne.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:
Bitte schön, Herr Volk.

Dr. Daniel Volk (FDP):
Herr Kollege Dehm, Sie erwähnten gerade, dass auch Sie den Aufruf von Millionären zur Einführung einer Vermögensabgabe unterschrieben haben, also auch einer der Betroffenen sind. Ich frage Sie: Ist Ihnen bekannt, dass es eine Kontoverbindung des Bundesfinanzministeriums gibt, auf die jeder freiwillig über seine Steuer-schuld hinaus einzahlen kann?

Ich stelle Ihnen noch eine zweite Frage, auch wenn Sie sie möglicherweise nicht beantworten wollen: Haben Sie von dieser Kontoverbindung Gebrauch gemacht?

Dr. Diether Dehm (DIE LINKE):
Ich habe es, um Ihnen das deutlich zu sagen, vorgezo-gen – das ist auch wichtig –, gewerkschaftliche Initiativen bzw. all die sozialen Initiativen wie Attac oder Occupy, deren Camp jetzt wieder von der Stadt Frank-furt verboten werden soll, mit meinem Geld zu unterstüt-zen. Das habe ich immer getan, ob ich das steuerlich gel-tend machen kann oder nicht, und das werde ich auch weiterhin tun. Wichtig ist, dafür zu spenden, dass der Widerstand in diesem Land gegen die Spekulanten wächst.

(Beifall bei der LINKEN – Klaus-Peter Flosbach [CDU/CSU]: Sie zahlen nicht für Sozialpoli-tik!)

Wir sind Unternehmer, die in einem Land leben wol-len, in dem, wie gesagt, Gesundheit nicht zum schäbigen Spekulationsobjekt verkommt.

Eine Welt, in der wie in Spanien eine Ärztin aufs Land ziehen muss, damit sie dort wenigstens ein paar Kartoffeln und Eier für ihre Leistung bekommt, oder in der wie in Griechenland Mütter ihre Kinder – meistens auf Nimmerwiedersehen – an SOS-Kinderdörfer abge-ben,

(Zuruf von der CDU/CSU: Nordkorea!)

ist eine Welt, in der sich die gut verdienenden Unterneh-mer, die sich an dieser Initiative beteiligen, nicht wohl-fühlen.

Wir Erstunterzeichner für eine Vermögensteuer – das ist etwas anderes als der Aufruf, den ich vorhin zitiert habe – sagen genauso wie Warren Buffett und Bill Gates: Wir wollen überall eine Vermögensteuer. Es kann doch nicht sein, dass ein erfolgreicher Unternehmer we-niger Steuern zahlen muss als seine Sekretärin.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Bundesregierung aber steht unbelehrbar bei den (C)
professionellen Steuerverkürzungsartisten von der FDP. Die großen Zeitungskonzerne und das Privatfernsehen propagieren Ackermänner und Steuerflüchtlinge wie Franz Beckenbauer und Michael Schumacher. Tolle Vor-bilder für unsere Jugend: in Kitzbühel für Werbeeinnah-men aus Deutschland lächerliche Dumpingsteuern zu zahlen! Es muss doch endlich für alle eine patriotische Pflicht sein, in Deutschland seine Steuern ordentlich zu zahlen. Es kann doch nicht sein, dass Steuerflüchtlinge als Vorbilder propagiert werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Weil es eben auch ein großes Glück ist, in einer Welt zu leben, in der Hunger, Analphabetismus, Arbeitslosigkeit und Aids zurückgedrängt werden. Die Schere zwischen Arm und Reich darf nicht weiter auseinandergehen. Ich zitiere noch einmal François Hollande: „Solidarität be-ginnt bei gerechter Steuerzahlung der Konzerne.“

Der nordrhein-westfälische Verfassungsgerichtshof hat letzte Woche zugunsten einer Stärkung der Gemein-den entschieden. Liebe Sozialdemokraten, Sie können etwas für die Städte und Dörfer nicht nur in Nordrhein-Westfalen tun, für den neuen Präsidenten in Frankreich und für Solidarität in Europa: Unterstützen Sie die An-träge der Linken für soziale Steuergerechtigkeit!

(Beifall bei der LINKEN – Lothar Binding [Heidelberg] [SPD]: Man darf es sich so ein-fach machen wie möglich, aber nicht einfacher! Das hat ein wichtiger Mann gesagt: Albert Einstein!)

(D)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:
Das Wort hat die Kollegin Lisa Paus für Bündnis 90/Die Grünen.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nicht alle Anträge der Linken sind schlecht.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN – Johannes Kahrs [SPD]: Aber die meisten!)

– Die meisten in der Tat, aber nicht alle.

(Lothar Binding [Heidelberg] [SPD]: Viele schon!)

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat bereits vor drei Jahren dafür votiert, den Betriebsausgabenabzug von Managergehältern auf maximal 500 000 Euro zu be-grenzen.

(Klaus-Peter Flosbach [CDU/CSU]: Sollen wir vielleicht die Wirtschaft abschaffen?)

Denn es stimmt, was Herr Troost eben gesagt hat: Das ist nichts anderes als eine Subventionierung von gigan-tischen Managergehältern – diese sind völlig aus dem Ruder gelaufen – durch den Staat. Die Rechnung, die Sie aufgemacht haben, Herr Kampeter, ist nicht richtig.

(Steffen Kampeter, Parl. Staatssekretär:
Doch!)

Lisa Paus

- (A) Natürlich bleibt das Managergehalt so, wie es ist. Darauf wird dann der Spitzensteuersatz gezahlt. Über die Details können wir gerne separat diskutieren. Aber es war falsch, was Sie hier in öffentlicher Sitzung gesagt haben.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Klaus-Peter Flosbach [CDU/CSU]: Doch! Er hat damit recht gehabt! – Gegenruf des Abg. Dr. Axel Troost [DIE LINKE]: Quatsch! Er hat nicht recht gehabt!)

Mit der Forderung nach Abschaffung der Abgeltungsteuer wird eine wichtige steuerpolitische Forderung von uns Grünen aufgegriffen. Seit drei Jahren gibt es die Abgeltungsteuer in Deutschland. Die Spatzen pfeifen es von allen Dächern: Die in Deutschland geltende Abgeltungsteuer ist Murks. Egal ob Sie Steuerberater fragen, ob Sie mit Unternehmern und Unternehmerinnen reden, ob Sie mit den Finanzämtern reden oder ob Sie mit der Wissenschaft reden, alle sind sich einig: Sie ist Murks.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Antje Tillmann [CDU/CSU]: Stimmt doch gar nicht! Die Stimme möchte ich hören, die diese Steuer abschaffen will!)

– Darüber kann ich Sie in Kenntnis setzen, Frau Tillmann. Es ist nicht eine Stimme, sondern es sind viele Stimmen. Ich habe intensive Gespräche darüber geführt.

Ich komme zu den verschiedenen Punkten, die für eine Abschaffung der Abgeltungsteuer sprechen.

- (B) Erstens. Sie verursacht wegen der Günstigerprüfung einen unglaublich hohen bürokratischen Aufwand.

Zweitens. Sie schwächt die deutsche Wirtschaft – das hat das DIW in seinem aktuellen Wochenbericht deutlich gemacht – und erhöht damit das Insolvenz- und Überschuldungsrisiko der deutschen Unternehmen, weil sie die Eigenkapitalbasis schwächt. Fremdkapital wird nämlich gegenüber Eigenkapital steuerlich deutlich besser gestellt. Pro eingesetztem Euro spart eine Unternehmerin 18 Cent an Steuern, wenn sie ihr Kapital bei einer Bank anlegt, statt es im eigenen Unternehmen zu halten. Es gibt bereits entsprechende Verhaltensänderungen. Das hat das DIW nachgewiesen.

(Dr. Daniel Volk [FDP]: Aber Sie wollen doch jetzt die Vermögensabgabe auf Betriebsvermögen einführen!)

Drittens. Die Abgeltungsteuer erleichtert Steuerhinterziehung, weil sie anonymisiert von Finanzinstituten abgeführt wird und die Steuerfahnder deswegen weniger Indizien über Steuersünder bekommen. Jede Normalverdienerin gibt dem Finanzamt umfassend Auskunft über ihre Einkünfte. Für Bezieher von Kapitaleinkünften gilt das seit drei Jahren in Deutschland nicht mehr.

(Dr. Axel Troost [DIE LINKE]: So ist es!)

Viertens. Die versprochenen höheren Steuereinnahmen sind nicht geflossen. Sie haben dieses Versprechen als Propaganda gebraucht, um überhaupt eine Mehrheit – tendenziell auch in der Bevölkerung – zu bekommen.

Der damalige Finanzminister Peer Steinbrück hat den berühmt-berüchtigten Satz geprägt: Lieber 25 Prozent von x als 42 Prozent von nix! Diese Steuermehreinnahmen wurden jedoch nicht erzielt.

(Klaus-Peter Flosbach [CDU/CSU]: Weshalb?)

Stattdessen gibt es Steuermindereinnahmen in Höhe von 3 Milliarden Euro.

(Klaus-Peter Flosbach [CDU/CSU]: Welche Zinsen hatten wir vor fünf Jahren? Es ist doch dummes Zeug, was Sie reden!)

– Schauen Sie sich die Zahlen an. Das ist kein dummes Zeug. Das wissen Sie, Herr Flosbach, genauso gut wie ich.

(Dr. Axel Troost [DIE LINKE]: Sie sagt die Wahrheit! – Zurufe von der CDU/CSU!)

Wenn Sie kein anderes Argument haben, brüllen Sie noch lauter; aber ich habe momentan das Mikrofon.

Fünftens. Die Abgeltungsteuer verstößt zutiefst gegen jegliches Gerechtigkeitsempfinden der Steuerbürgerinnen und Steuerbürger.

(Klaus-Peter Flosbach [CDU/CSU]: Was kriegt man denn für eine Staatsanleihe in Deutschland?)

Warum soll Kapitaleinkommen niedriger besteuert werden als Arbeitseinkommen? Das versteht kein Mensch.

(Dr. h. c. Hans Michelbach [CDU/CSU]: 2 Prozent Zinsen sind weniger als 5 Prozent!)

Deswegen findet das Wort von Warren Buffet immer mehr Unterstützerinnen und Unterstützer. Dass die Abgeltungsteuer bisher nicht noch mehr in Misskredit geraten ist, liegt einzig und allein an der tollen Wortschöpfung. Wenn die Leute, die nicht davon profitieren, wüssten, was zurzeit im Steuersystem in Deutschland gilt, dann würden sie massenhaft aufstehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Deswegen gehört die Abgeltungsteuer wieder abgeschafft. Wir von den Grünen freuen uns ausdrücklich darüber, dass diese Einsicht in letzter Zeit auch jenseits von Grünen und Linken öffentlich formuliert worden ist.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Stimmt ihr wirklich zu?)

Wenn Exfinanzminister Peer Steinbrück in der *Zeit* vor zwei Wochen einräumt, die Einführung der Abgeltungsteuer sei – Zitat – „ein Fehler, an dem ich leider mitgewirkt habe“,

(Dr. Axel Troost [DIE LINKE]: In der Tat!)

wenn umgehend der jetzige Finanzminister und der damalige Kabinettskollege Schäuble sekundiert: „Ich war schon immer ein Anhänger der synthetischen Einkommensteuer“, dann begrüßen wir das.

Lisa Paus

- (A) Dazu passt allerdings das derzeit mit der Schweiz ausgehandelte Steuerabkommen, das die geltende Abgeltungsteuer zementiert, nicht.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Genau!)

Würde das Steuerabkommen mit der Schweiz tatsächlich so abgeschlossen, wie Sie von Schwarz-Gelb es wollen, dann müsste es wieder gekündigt werden, wenn wir in Deutschland die Abgeltungsteuer tatsächlich abschaffen. Das ist ein weiterer Grund, dieses Steuerabkommen mit der Schweiz so nicht abzuschließen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Ich bin trotzdem voller Hoffnung, da das sachfremde, aber leider immer so wirkungsmächtige Argument der Gesichtswahrung nach den Äußerungen von Steinbrück und Schäuble hoffentlich obsolet ist. Deswegen sollte jetzt der Weg frei sein, liebe Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, wenn nicht heute, dann doch zumindest am Montag intensiv darüber zu debattieren, wie wir es hinkommen, die Abgeltungsteuer wieder abzuschaffen. Wir brauchen das. Außerdem hat auch Herr Jörg Asmussen über den Finanzminister Schäuble gesagt: Es gibt nichts, was Herr Schäuble nicht kann. – Daher bin ich zuversichtlich, dass er auch in der Lage ist, gemeinsam mit uns die Abgeltungsteuer in Deutschland wieder abzuschaffen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

- (B) **Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**
Für die CDU/CSU-Fraktion hat jetzt der Kollege Olav Gutting das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Olav Gutting (CDU/CSU):

Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Die Fraktion Die Linke stellt hier drei Anträge, die im Wesentlichen nichts Neues bieten. Es ist Altbekanntes, mit einer Ausnahme: Neu ist die bei François Hollande abgekupferte Forderung nach einem Spitzensteuersatz von 75 Prozent.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Für Einkommensmillionäre!)

Wissen Sie, es ist schon putzig: Man hat den Eindruck, dass Sie von den Linken, je schlechter die Wahlergebnisse sind und je mehr Wähler Ihnen davonlaufen, umso höhere Forderungen beim Spitzensteuersatz stellen. Konsequenterweise werden Sie wahrscheinlich nächste Woche, nachdem Sie in Nordrhein-Westfalen aus dem Landtag geflogen sind, einen Spitzensteuersatz von 95 Prozent oder gleich Enteignung fordern.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Das war der Spitzenkandidat der Sozialdemokraten, der damit geworben hat!)

Oskar Lafontaine hat schon vorgebaut. Er hat vor kurzem zum Besten gegeben, dass nach dem Zweiten Weltkrieg der Spitzensteuersatz bei 95 Prozent gelegen hat

und keiner daran gestorben ist. Das ist richtig. An einem Steuersatz stirbt keiner. (C)

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Bei Ihrem Herrn Kohl waren es 53 Prozent!)

Aber mit Ihrer Steuerpolitik, meine Damen und Herren von der Linken, machen Sie das Land nicht gerechter, Sie machen es nur ärmer.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP –
Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Unter Kohl hatten Sie doch anfangs sogar 56 Prozent!)

Interessant war auch, der SPD zuzuhören. Das gilt auch für die öffentlichen Äußerungen im Vorfeld. Da hört man schon eine grundsätzliche Zustimmung zu Steuererhöhungen, aber auch zum Streichen der Abzugsfähigkeit bei Vorstandsgehältern heraus. Was früher richtig war und als notwendig erachtet wurde, ist Ihnen von der SPD längst nicht mehr wichtig und wird von Ihnen längst nicht mehr gefordert.

(Lothar Binding [Heidelberg] [SPD]: Weißt du, warum du um die Worte ringen musst? Weil das einfach nicht stimmt!)

Sie wundern sich dann noch, wenn die Leute Ihre Politik nicht mehr verstehen. Der einzige rote Faden, den man bei Ihnen noch erkennen kann, ist die beständige Abkehr von den Maßnahmen, die Sie in den letzten Jahren richtigerweise selbst – in der Regel mit uns – beschlossen haben.

Zur Abgeltungsteuer: Man muss einfach noch einmal darauf hinweisen, dass es Ihr Finanzminister Peer Steinbrück war, der diese Abgeltungsteuer so eingeführt hat. Ich erinnere mich auch noch gut an seine Argumentation, als er sagte: 25 Prozent auf x sind eben besser als 42 oder eben 45 Prozent auf gar nichts. – Wir haben es gemeinsam für richtig erachtet und eingesehen, dass diese Abgeltungsteuer dazu beitragen wird, die Abwanderung von Kapital ins Ausland zu verringern und den bürokratischen Aufwand abzubauen. Dieser Abbau der Bürokratie wurde in den damaligen Beratungen übrigens auch ausdrücklich von den Linken begrüßt. Das ist eine moderne Steuer, eine Steuer, die vor allen Dingen auch den globalen Entwicklungen Rechnung trägt. Nur, zumindest Peer Steinbrück, wie man hört, will davon jetzt nichts mehr wissen. (D)

Man kann durchaus der Meinung sein – und diese Auffassung vertreten wir auch in der Koalition –, dass man bei der Abgeltungsteuer noch das ein oder andere verbessern muss. Es sind Änderungen notwendig, um zu einer stärkeren Vereinfachung zu kommen. Aber mit einer Erhöhung, wie sie jetzt auch die SPD fordert, konterkarieren wir diese Überlegungen zu Vereinfachungen bei der Abgeltungsteuer. Sie erst einzuführen und hinterher so zu tun, als ob sie Teufelszeug wäre, das ist keine verlässliche Politik.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Leider gibt es viele Beispiele dafür, dass Sie immer wieder wichtigen und richtigen Reformprojekten zu-

Olav Gutting

- (A) nächst zustimmen und sich dann anschließend vom Acker machen. Das ist janusköpfig. Erst senkte Rot-Grün beispielsweise den Spitzensteuersatz auf 42 Prozent. Dann braucht es eine CDU-geführte Regierung, um diesen Spitzensteuersatz wieder auf 45 Prozent anzuheben. Und schauen wir uns die Agenda 2010 an: Sie war richtig für Deutschland. Die Agenda 2010 war richtig für Deutschland, genauso wie die von uns mit Ihnen zusammen beschlossene Rente mit 67.

(Lothar Binding [Heidelberg] [SPD]: Und die Reichensteuer war die Idee der CDU?)

Einen guten Teil unserer heutigen Wettbewerbsfähigkeit, einen guten Teil des Erfolgs, dass wir heute in Europa als die Wachstumslokomotive dastehen, als der Stabilitätsanker, haben wir den Reformen von Gerhard Schröder zu verdanken. Aber statt sich darüber zu freuen und statt den europäischen Partnern der Sozialdemokraten diese Reformen zu empfehlen, stellen Sie sich hin und tun so, als ob die SPD nie irgendetwas damit zu tun gehabt hätte.

(Dr. Carsten Sieling [SPD]: Wenigstens haben Sie erkannt, dass es unsere Leistung ist und nicht Ihre!)

Sie wissen, dass nachhaltiges Wachstum in Europa nur mit Strukturereformen möglich ist, Strukturereformen wie zum Beispiel die Agenda 2010.

(Johannes Kahrs [SPD]: Ach, wer regiert denn seit Jahren?)

- (B) Aber stattdessen stimmen Sie jetzt in den Chor der Schuldenstaaten ein. Sie fordern sinnlose, schuldenfinanzierte Konjunkturprogramme, für die am Ende der deutsche Steuerzahler geradestehen muss. Das ist traurig, meine Damen und Herren von der SPD.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Dr. Carsten Sieling [SPD]: Waren Sie 2008 nicht dabei? – Lothar Binding [Heidelberg] [SPD]: Wir schauen einmal, wo wir ankommen!)

Bei den Linken – das wissen wir – ist in der Steuerpolitik Hopfen und Malz sowieso verloren.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Wir haben wenigstens Hopfen und Malz, Sie haben Bierdeckel!)

Aber wenigstens Sie von der SPD, mit denen zusammen wir gute Dinge gemacht haben, sollten sich endlich wieder der Verantwortung für diesen Staat bewusst werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Für die SPD hat jetzt der Kollege Lothar Binding das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Lothar Binding (Heidelberg) (SPD):

Herr Präsident! Sehr verehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielleicht zunächst ein

Wort zum Kollegen Kampeter: Ich verstehe nicht, dass Sie sich nicht die Peinlichkeit ersparen konnten, hier noch einmal das Abkommen mit der Schweiz, dieses Verhandlungsdesaster, zu zitieren! (C)

(Dr. h. c. Hans Michelbach [CDU/CSU]: Besser als die Kavallerie!)

In ihm ist eine „Abschleichregelung“ enthalten, sozusagen eine Motivation zum Schwarzgeldtransfer in Steueroasen; der Mindestsatz ist viel zu niedrig; der Ankauf von CDs künftig zweifelhaft; und – ich glaube, das ist das deutlichste Signal – es lässt nur maximal 1 300 Prüfanfragen in zwei Jahren zu, also ungefähr zwei Anfragen pro Finanzamt.

(Klaus-Peter Flosbach [CDU/CSU]: Besser als die 40 Jahre zuvor!)

Das stellt doch keine hinreichenden Kontrollmöglichkeiten bereit, um Betrügern auf die Spur zu kommen. Betrüger werden vielmehr begünstigt. Deshalb frage ich mich, wie Sie sich die Peinlichkeit erlauben konnten, das hier noch einmal zu erwähnen.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Dr. Axel Troost [DIE LINKE])

Ullrich Meßmer hat mir vorhin, als Daniel Volk seine Verteidigungsrede für die Einkommen von Millionären gehalten hat, gesagt: Wenn wir diese Verteidigungsrede gehört hätten, als es um die Verkäuferinnen von Schlecker ging, dann wäre das eine richtig große Leistung gewesen. Leider müssen wir auf diese Leistung verzichten.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN) (D)

Ich fasse zusammen: Auch die Linke hat Ideen, mal schlechte, mal weniger schlechte. Sie will eine Einkommensteuer für Millionäre von 75 Prozent. Außerdem will sie 5 Prozent Vermögensteuer, 60 Prozent Erbschaftsteuer, 25 Prozent Körperschaftsteuer. Die Abgeltungssteuer soll abgeschafft werden. Wie daraus ein in sich schlüssiges Steuerkonzept werden soll, kann, denke ich, kein Fachmann erkennen. Die FDP dagegen will – ähnlich erfolglos – nur die Steuern senken. Das hat bisher nur einmal geklappt, bei den Hoteliers; ansonsten ist dieses Vorhaben bislang schiefgegangen.

(Florian Toncar [FDP]: Sie wissen, dass das Quatsch ist! – Dr. Daniel Volk [FDP]: Zum 1. Januar 2010 haben wir die Familien entlastet!)

Wir sind gespannt, was da noch passiert.

Wir glauben, dass solche radikalen, scheinbar einfachen Lösungen abzulehnen sind. Die SPD-Fraktion arbeitet tatsächlich an einem gerechten System. Ich kann versprechen: Das wird nicht einfach. Wir wissen: Das Versprechen auf Einfachheit ist nicht erfüllbar. Alle, die seit 50 Jahren von einem einfachen Steuersystem träumen, haben ihren Traum immer dann ausgeträumt, wenn sie ihn aufschreiben sollten.

(Beifall bei der SPD – Dr. h. c. Hans Michelbach [CDU/CSU]: Steuererhöhungen, Steuererhöhungen, Steuererhöhungen!)

Lothar Binding (Heidelberg)

- (A) Wir wissen: Die Idee der Steuerprogression ist gerecht; je mehr man verdient, desto mehr Prozente Steuern zahlt man. Wir müssen uns nicht nur um die Idee der besseren Umsetzung der Steuerprogression kümmern, sondern auch um die Praxis der Regression bei den Abgaben. Wer sich nicht auch um die Abgaben kümmert, der wird immer in einem ungerechten System landen. Deshalb müssen wir an dieser Stelle sehr viel mehr machen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Stichwort „Managergehälter“. Joachim Poß hat lange vor 2007 – Ergebnis war schließlich ein in Hamburg gefasster Parteitagsbeschluss – darüber geredet, dass die Aufsichtsräte wieder verantwortlicher arbeiten sollen. Er hat von einer Erhöhung der Transparenz gesprochen. Er hat gesagt: Wir müssen den Angemessenheitsbegriff und den Selbstbehalt bei D&O-Versicherungen – Directors- and Officers-Versicherungen – überdenken; schließlich gehe es nicht an, dass sich Manager einfach haftungsfrei stellen könnten. Joachim Poß sprach von einem – das wurde heute schon einmal zitiert – Mentalitäts- und Kulturwandel im Bereich Managergehälter. Ich glaube, dass ein solcher Wandel das wichtigste Ziel sein muss. Bisher lassen sich nämlich viele Dinge gar nicht regeln, weil Manager ihre Gehälter in einem ganz anderen Rechtsraum erhalten können. Wir brauchen also mehr als eine einfache gesetzliche Regelung.

- (B) Joachim Poß hat fast prophetisch gesagt: „Die Wirksamkeit des Gesetzes zur Begrenzung der Managergehälter ist nicht automatisch garantiert.“ Wir wissen inzwischen auch, warum. Die CDU hat damals ein paar Sachen abgelehnt. Ich will einmal zwei nennen:

Sie hat eine Neuregelung zu Betriebsausgabenabzügen bei Personen, die mehr als 1 Million Euro verdienen, verhindert. Wir haben gesagt: Die Betriebsausgaben sollten hälftig nicht von der Steuerschuld abgezogen werden, um somit die Funktion einer Dämpfung auf diese exorbitanten Gehälter auszuüben. Das hat die CDU damals verhindert. Bisher ließ sich dieser Kulturwandel nicht herbeiführen. Selbsterkenntnis muss nämlich immer durch faktische Politik unterstützt werden.

Außerdem gab es einen Passus, der die Verpflichtung der Konzernleitung auf die Interessen der Mitarbeiter, der Anteilseigner und auf das Wohl der Allgemeinheit beinhaltete. Wenn er umgesetzt worden wäre, wären wir an unserem Ziel angekommen.

Was ist nun das Ergebnis? Es gibt Personen, die verdienen 48 000 Euro. Ich muss sagen: Ich finde das in Ordnung. Wer würde das bestreiten? Sie denken jetzt alle an ein Jahreseinkommen. Ich meine aber ein Einkommen von 48 000 Euro pro Tag. Gegenwärtig gibt es Personen, die pro Tag 48 000 Euro verdienen, und das hat ein Aufsichtsrat beschlossen. Da merken wir: Das ist hinsichtlich Mentalität und Kultur eine schlimme Verfehlung. Wir glauben, da anzusetzen, ist ein Signal dafür, dass sich sehr viel mehr als bisher machen lässt, und das wollen wir künftig auch tun.

(Beifall bei der SPD)

- (C) Ich will noch kurz etwas zur Abgeltungsteuer sagen. Vielleicht ist es richtig, die Abgeltungsteuer wieder abzuschaffen. Das kann sein.

(Beifall des Abg. Dr. Diether Dehm [DIE LINKE])

Vielleicht ist es aber auch falsch. Zumindest ist die Analyse, die die Linken vornehmen, nicht richtig. Im Antrag der Linken steht zum Beispiel, dass die „kassenmäßigen Steuereinnahmen des Jahres 2010 sowie die Prognose der Steuerschätzung vom November 2010 ... einen massiven Einbruch bei den Einnahmen aus der Abgeltungsteuer“ zeigen.

Man sollte sich bewusst machen, dass gerade bei den Kapitalertragsteuern der Zinssatz eine wichtige Rolle spielt: Sinken die Zinsen, haben viele Menschen ein geringeres Einkommen, und das Steueraufkommen ist kleiner.

(Dr. Axel Troost [DIE LINKE]: So schnell geht das nicht!)

So ähnlich ist es bei den Dividenden: Sinken die Gewinne der Unternehmen, werden auch die Dividenden sinken, und die Steuern auf die gesunkenen Dividenden fallen geringer aus. Mit dieser Analyse kann man keine Politik machen; denn damit kommt man zu falschen Ergebnissen.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Kommen Sie bitte zum Schluss.

Lothar Binding (Heidelberg) (SPD):

(D) Ich komme sofort zum Schluss. – Hinzu kommt, dass derzeit die Veräußerungsgewinne ohne Spekulationsfrist besteuert werden. Das ist ein großer Vorteil. Das wieder zurückzudrehen, wäre jedenfalls auf der jetzt angedachten Basis ein Fehler. Langfristig darüber nachzudenken, könnte sich lohnen, aber nicht auf der Basis, die die Linke heute vorgeschlagen hat.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Als letzte Rednerin zu diesem Tagesordnungspunkt hat jetzt das Wort die Kollegin Antje Tillmann von der CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Antje Tillmann (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer! Lieber Lothar Binding, du hast gesagt, du wollest das ausgewogene Steuerkonzept der SPD vortragen.

(Lothar Binding [Heidelberg] [SPD]: Jetzt?)

Das, was du uns vorgetragen hast, war ein Strauß von Durcheinander. Ich fange mit der Kapitalertragsteuer oder Abgeltungsteuer an.

Antje Tillmann

- (A) In beiden Reden, sowohl in der Rede von Ihnen, Herr Sieling, als auch in der Rede von dir, Lothar Binding, war der Teil, der sich darauf bezog, dass die Abgeltungsteuer nicht die negativen Effekte gehabt hat, die die Linken ihr zuschreiben, richtig. Sie haben zu Recht darauf hingewiesen: Vor den 25 Prozent von x hatten wir nicht 42 Prozent von nix, wie der berühmte Satz lautete, sondern die Hälfte von 42 Prozent von nix; wir hatten nämlich das Halbeinkünfteverfahren. Durch die Abgeltungsteuer ist es bei den Dividenden sogar zu einer Steuererhöhung gekommen. Dieser Passus der Rede war, fand ich, sehr in Ordnung.

Sie haben auch darauf hingewiesen, dass wir zu Zeiten der synthetischen Besteuerung – ähnlich wie Finanzminister Schäuble bin ich ein Fan von einer gut gemachten und vernünftig durchgeführten synthetischen Besteuerung – dieselben Probleme hatten wie heute. Wir hatten den Werbungskostenabzug, wo es immer Umgehungstatbestände gab. Wir hatten den Verlustabzug, bei dem sich die Leute arm gerechnet haben. Wir hatten natürlich die Steuerhinterziehung. Nichts ist dadurch besser geworden, dass man die synthetische Besteuerung auch auf die Einkünfte aus Spekulationsgewinnen bezogen hat. Ganz im Gegenteil: Bei der Abgeltungsteuer haben wir, selbst bei anonymer Besteuerung, zumindest die Sicherheit, dass die Banken haften, wenn sie Steuern nicht einziehen. Das hatten wir früher nicht. – Diesen Part fand ich gut.

- (B) Dann kam der Part hinsichtlich des Parteitagsbeschlusses: Erhöhung der Abgeltungsteuer auf 32 Prozent. Nun kann man über jede Steuererhöhung diskutieren. Sie tun das ja im Moment besonders gern mit den Linken. In Ihrem Konzept steht auch noch die Vermögensteuer und die Erhöhung des Spitzensteuersatzes.

(Zuruf von der SPD: Gott sei Dank!)

Sie haben also einen Strauß von Steuererhöhungen vor.

Inhaltlich und systematisch könnte man darüber sprechen, wenn da nicht die Tatsache wäre, dass Sie dann in den nächsten drei Jahren Kapitalgesellschaften anders besteuern als Personengesellschaften. Da der größte Fluchtinstinkt der Deutschen der Steuerfluchtinstinkt ist, wird das dazu führen, dass Personengesellschaften und Kapitalgesellschaften ihre Rechtsform wechseln. Das heißt, in den nächsten drei Jahren werden alle überlegen, wie sie ihre Steuerlast möglichst gering halten können, und werden sich umwandeln – mit erheblichen gesellschaftlichen Kosten, mit erheblichen Belastungen für die Unternehmen.

(Lothar Binding [Heidelberg] [SPD]: Das machen sie jetzt schon!)

Was Ihnen beiden offensichtlich peinlich ist, ist der Satz 2 aus Ihrem Parteitagsbeschluss. Darin steht nämlich – deshalb kann ich Ihr Abstimmungsverhalten heute gar nicht verstehen –: Wenn die Steuer doch nicht die von Ihnen gewünschte Höhe erreicht, plädieren Sie für eine Abschaffung der Abgeltungsteuer. – Das heißt, drei Jahre Gestaltungsdurcheinander, nach den drei Jahren die völlige Abschaffung und in der Folge dieselben Probleme, die wir vorher auch hatten. Damit ist das Steuerchaos perfekt. Das kann ich nicht als Steuervereinfachung oder Steuersystematik empfinden. Das ist einfach Murks.

(C)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Dr. Daniel Volk [FDP]: Stringente Steuerpolitik!)

Da ist schon konsistenter, was die Linke fordert, nämlich die Abgeltungsteuer sofort abzuschaffen. Aber warum ist das nicht sinnvoll? Lieber Herr Troost und Herr Dehm, Sie haben mit keinem Wort gesagt, wie Sie die Probleme lösen wollen, die wir früher hatten. Die Probleme, die es mit der Abgeltungsteuer gibt, zum Beispiel die Ermittlung der Anschaffungskosten, zum Beispiel die Verlustverrechnung, hat man bei der synthetischen Besteuerung ganz genauso. Dazu kommen die Probleme mit den Werbungskosten.

Sie haben schön dargestellt, was Sie alles nicht wollen und dass Ihr Vorschlag gut für die Armen ist, aber Sie haben mit keinem Satz gesagt, wie Sie die Besteuerung vornehmen wollen. Sie haben vor allen Dingen verschwiegen, dass Sie das Halbeinkünfteverfahren wieder einführen müssen, weil Sie das Ganze sonst verfassungsrechtlich nicht durchkriegen. Mit dem Halbeinkünfteverfahren senken Sie aber die Steuer auf Dividenden. Das haben Sie nicht gesagt.

Dafür haben Sie behauptet, Herr Dehm, dass Ihre Schuldenbremse die Millionärsteuer sei. Einmal abgesehen davon, dass Sie bei der Schuldenbremse gar nicht zugestimmt haben: Ich kann Sie nur auf einen Artikel im *Handelsblatt* von gestern verweisen. Danach gibt es in der Schweiz im Moment massive Zuwanderungsbestrebungen französischer mittelständischer Unternehmer, die nämlich der Steuer in Höhe von 75 Prozent entgehen wollen. Das heißt, Sie werden Unternehmen aus Deutschland vertreiben und werden keinen einzigen Cent an zusätzlichen Steuereinnahmen bekommen.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Wollen Sie Steuerdumping, um sie willkommen zu heißen?)

– 75 Prozent würde ich noch nicht unter „Steuerdumping“ fassen. Da liegen Sie völlig daneben.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Was war denn bei Kohl mit 56 Prozent?)

Zu behaupten, dass das niedrige Kapitalertragsteueraufkommen auf die Abgeltungsteuer zurückzuführen ist, ist – da muss ich den Kollegen Sieling und Binding wieder recht geben – völlig daneben.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Nein!)

Das zeigt, dass man überhaupt keine Ahnung von wirtschaftlichen Vorgängen hat.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Jetzt hören Sie aber auf!)

Es ist völlig richtig, dass Dividenden nicht in der Höhe fließen, dass Zinsen nicht in der Höhe fließen, dass mit der synthetischen Besteuerung von Kapitaleinkünften nicht Einnahmen in dem Umfang erzielt werden könnten, wie das 2008 der Fall war.

(D)

Antje Tillmann

(A) (Zuruf des Abg. Dr. Diether Dehm [DIE LINKE])

Wenn Sie sich darüber so echauffieren, dass Sie das als Steuerberater wüssten –

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Ich bin kein Steuerberater! Ich bin Unternehmer, das ist ein Unterschied!)

– Auch dann erkläre ich es Ihnen ausgesprochen gerne. Dazu habe ich noch Zeit. Auch als Unternehmer wüssten Sie, dass im Jahr 2008 Spekulationsgewinne bei einer Haltefrist von über einem Jahr noch nicht besteuert wurden, sodass Sie die Situation vor 2008 und nach 2008 überhaupt nicht vergleichen können.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Das ist nicht wahr!)

– Es ist wahr. Darüber können wir gerne diskutieren.

Zusammenfassend kann ich nur sagen: Das, was Sie vorhaben, ist nicht durchdacht. Es ist teilweise faktisch unrichtig. Es wird nicht das gewünschte Ergebnis erzielen. Ich glaube, wir sind auf dem richtigen Weg, die Abgeltungsteuer weiter zu entwickeln.

Frau Paus, im Nachgang werden Sie mir noch die Steuerberaterkammer oder den Steuerberaterverband nennen, der sich für die Abschaffung der Abgeltungsteuer ausspricht. Ich kenne keinen einzigen.

Danke.

(B) (Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zu dem Antrag der Fraktion Die Linke mit dem Titel „Die Abgeltungsteuer abschaffen – Kapitalerträge wie Löhne besteuern“. Der Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/7666, den Antrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 17/4878 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Linken und der Grünen angenommen.

Interfraktionell wird die Überweisung der Vorlagen auf Drucksache 17/9552 und 17/9525 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann sind die Überweisungen so beschlossen.

Jetzt rufe ich den Tagesordnungspunkt 10 a und b auf:

a) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (16. Ausschuss)

– zu dem Antrag der Abgeordneten Frank Schwabe, Ingrid Arndt-Brauer, Dirk Becker,

weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD (C)

Leitlinien für Transparenz und Umweltverträglichkeit bei der Förderung von unkonventionellem Erdgas

– zu dem Antrag der Abgeordneten Oliver Krischer, Hans-Josef Fell, Bärbel Höhn, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Transparenz und Kontrolle bei der Förderung von unkonventionellem Erdgas in Deutschland

– Drucksachen 17/7612, 17/5573, 17/9450 –

Berichterstattung:
Abgeordnete Dr. Michael Paul
Frank Schwabe
Horst Meierhofer
Johanna Voß
Oliver Krischer

b) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Johanna Voß, Dr. Barbara Höll, Eva Bulling-Schröter, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Keine Erdgasförderung auf Kosten des Trinkwassers – Fracking bei der Erdgasförderung verbieten

– Drucksachen 17/6097, 17/9196 – (D)

Berichterstattung:
Abgeordneter Oliver Krischer

Über die Beschlussempfehlung zu den Anträgen der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Linken werden wir später namentlich abstimmen. Wir werden also drei namentliche Abstimmungen durchführen.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen. Gibt es Widerspruch? – Das ist nicht der Fall.

Dann eröffne ich die Aussprache und erteile als erstem Redner das Wort dem Bundesminister Dr. Norbert Röttgen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dr. Norbert Röttgen, Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen!

(Marco Bülow [SPD]: Das letzte Aufbäumen!)

Die Förderung von unkonventionellem Erdgas durch das sogenannte Fracking birgt Risiken, die wir noch nicht einschätzen können. Es können in allen Phasen der Erprobung und der Anwendung Umweltbeeinträchtigungen auftreten. Aufgrund des Einsatzes von Chemikalien können Gefahren für das Grund- und Trinkwasser bis-

Bundesminister Dr. Norbert Röttgen

- (A) lang nicht ausgeschlossen werden. Oft liegen sogar die von den Ländern ausgewiesenen potenziellen Lagerstätten in Einzugsgebieten für Trinkwasser oder in landwirtschaftlichen Gebieten. Weil Gefahren klar sind, wir sie aber nicht kennen und ihre Auswirkungen auf die Natur und hier insbesondere auf das Trinkwasser nicht abschätzen können, sind die Menschen in den betroffenen Regionen verunsichert. Man kann sogar sagen, Sie haben Angst davor, dass eine wirtschaftliche Nutzung erfolgt und dabei Gefährdungen eintreten, die man nicht kalkulieren kann.

(Kersten Steinke [DIE LINKE]: Die sind wirklich sauer!)

Darum ist es gut, dass wir diese Debatte nutzen, um uns mit den Ängsten und der Verunsicherung der Menschen zu beschäftigen.

(Johanna Voß [DIE LINKE]: Nein, hier ist keine Psychotherapie!)

Es geht um die Ängste von Eltern, von Müttern und Vätern, und um die Ängste der Landwirtschaft, die ihre wirtschaftliche Grundlage bedroht sieht. Dieses Thema ist in vielen Regionen unseres Landes, insbesondere in Nordrhein-Westfalen, ein bedeutsames Thema. Darum ist es unsere Verantwortung, mit diesen Ängsten sachlich umzugehen. Heute müssen wir in dieser Debatte so viel Klarheit, wie derzeit möglich ist, herstellen. Dazu möchte ich jedenfalls diese Debatte nutzen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

- (B) Ich möchte angesichts dessen, was noch ungewiss ist, fünf Punkte klarstellen und ausführen:

Erstens. Solange wir keine umfassenden präzisen und wissenschaftlich belastbaren Erkenntnisse über die Risiken besitzen, solange die fachlichen Grundlagen noch unzureichend sind, um zu einer umfassenden Bewertung zu kommen, so lange darf es keine wirtschaftliche Nutzung von Fracking geben. Das ist der erste Grundsatz, der vorläufig gelten muss.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Zweitens. Solange die Risikofragen nicht geklärt sind, halte ich es nicht für vertretbar, weitere Genehmigungen für Fracking bei der Suche nach Gas aus unkonventionellen Vorkommen zu erteilen. Insbesondere in sensiblen Gebieten, wie zum Beispiel in Trinkwasserschutzgebieten, muss Fracking grundsätzlich verboten werden. Die Zuständigkeit dafür liegt allerdings bei den Ländern.

Drittens. Die Risiken müssen erforscht werden. Ich habe darum im Sommer des vergangenen Jahres dem Umweltbundesamt den Auftrag erteilt, eine wissenschaftliche Studie über die Risiken des Fracking für die Umwelt und insbesondere für die Bevölkerung erstellen zu lassen. Das Umweltbundesamt hat im Herbst 2011 nach einer regulären Ausschreibung den Auftrag für diese Studie erteilt. Im nächsten Monat wird sie abgeschlossen sein. In dieser Studie werden die Risiken des Fracking klar benannt und wissenschaftlich bewertet werden. Mit dieser Studie, die im nächsten Monat vor-

liegt, werden wir dann eine solide Grundlage für unsere politische Bewertung haben, (C)

(Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hätten Sie vor zwei Jahren schon machen können!)

um angemessene Konsequenzen ziehen und Aussagen treffen zu können. Vorher machen Ihre Aktionen keinen Sinn. Bevor man nicht eine solide Grundlage hat, ist das lediglich Aktionismus,

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

und Aktionismus ist nicht die richtige Antwort, wenn Menschen Angst haben. Man sollte mit den Ängsten kein politisches Spiel treiben,

(Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum haben Sie so lange gewartet? – Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie treiben das Spiel!)

sondern verantwortlich damit umgehen.

Viertens. Mit diesem Punkt nenne ich Ihnen das feststehende Prinzip für die Beurteilung von Fracking. Bei der Anwendung von Risikotechnologien und bei der Anwendung von Fracking hat die Sicherheit von Mensch und Natur oberste Priorität. Bei der Sicherheit wird es keine Abstriche geben. Bei allen Erkundungen, auch beim sogenannten Probefracking, sind die höchsten Sicherheitsmaßstäbe anzulegen. Nur so kann ein mögliches Fracking überhaupt zulässig werden. Unser Kriterium ist allein das Sicherheitsprinzip.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

(D)

Daraus folgt: Weil die Sicherheit von Mensch und Natur unser Leitprinzip ist, wollen wir Fracking in sensiblen Gebieten ganz ausschließen. Daraus folgt: Wir wollen eine verpflichtende Umweltverträglichkeitsprüfung einführen und dafür das Bergrecht ändern.

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo denn?)

Die Wasserbehörden sind zwingend zu beteiligen.

(Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wann denn?)

Eine Umweltverträglichkeitsprüfung kommt derzeit erst bei einem Fördervolumen von über 500 000 Kubikmetern Erdgas pro Tag infrage. Diese Schwelle ist zu hoch; sie muss ohne jede Frage abgesenkt werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Diese Punkte stehen heute schon fest. Wir haben sie eingeleitet, über sie kann heute bereits abgestimmt werden. Hierüber kann heute bereits Klarheit geschaffen werden.

(Frank Schwabe [SPD]: Dann machen Sie es doch!)

Wenn wir darüber einig sind, brauchen wir gar nicht zu streiten und erst recht nicht zu schreien. Vielmehr sollten wir alle unsere gemeinsame Verantwortung sehen, den betroffenen Menschen das Maximum an Klarheit und Sicherheit zu geben, das wir heute geben können.

Bundesminister Dr. Norbert Röttgen

(A) (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Darüber sollten wir keinen unnötigen Streit führen, sondern uns in der Verpflichtung gegenüber den Menschen sehen.

Fünftens. Das ist mein letzter Punkt. Neben der Sicherheitsfrage, die maßgeblich und nicht verhandelbar ist, braucht eine solche Methode immer die Akzeptanz der Menschen vor Ort. Gegen die Menschen ist dies nicht zu erreichen. Wenn man Akzeptanz erreichen möchte, gilt das Gebot, dass die Bürger frühzeitig informiert, beteiligt und eingebunden werden müssen. Das ist zwingend notwendig.

Das wird durch die Umweltverträglichkeitsprüfung gewährleistet, weil sie eine entsprechende Bürgerbeteiligung vorsieht. Ich plädiere sehr dafür: Wenn man eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchführen will, dann ist die Bürgerinformation, die Bürgerbeteiligung zwingend geboten. Über die Köpfe der Bürger ist das nicht zu machen. Nur mit den Bürgern oder gar nicht – das ist zwingende Bedingung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

In diesem Zusammenhang gibt es allerdings auch Klagen bei den Ländern – bislang sind die Länder für den Vollzug des Bergrechts zuständig –, dass sie die Informationen haben etwas schleifen lassen. Das wird sicherlich besser werden. Die Länder sind aufgefordert, die Antragsteller, die die Nutzung genehmigt haben möchten, zu verpflichten, alle zur Verfügung stehenden Informationen der Öffentlichkeit bereitzustellen. Die Unternehmen, die sich dort beteiligen wollen, müssen umfassende Transparenz vor Ort gewährleisten.

(B)

Damit komme ich zur zusammenfassenden Bewertung. Wir haben zurzeit noch keine ausreichenden Kenntnisse über die möglichen Auswirkungen. Die Wissensdefizite müssen abgebaut werden. Wir haben das eingeleitet. Nächsten Monat wird dies der Fall sein. Bevor die Wissensdefizite nicht abgebaut sind, dürfen keine Fakten geschaffen werden. Das muss unbedingt verhindert werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ob es zur Gewinnung von unkonventionellem Erdgas in Deutschland kommen wird, ist zurzeit sehr, sehr ungewiss. Klar ist nur: Oberste Leitmotive und Prinzipien sind die unbedingte Sicherheit von Mensch und Natur sowie die Einbindung und Akzeptanz der Menschen vor Ort. Das sind die Kriterien, die wir heute kennen.

Ich appelliere sehr dafür, so vorzugehen – nach dem Prinzip von Sicherheit auf einer wissenschaftlichen Basis – und uns alle bewusst zu sein, dass dieses Thema viele Menschen ganz elementar berührt, verunsichert und in Ängste versetzt.

Gehen wir mit den Ängsten und den Sorgen der Menschen in den betroffenen Regionen verantwortlich um! Mit diesem Appell möchte ich schließen.

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU – Beifall bei der FDP – Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hätten Sie einmal vor zwei Jahren tun sollen!)

(C)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt der Kollege Frank Schwabe von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Frank Schwabe (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Bürgerinnen und Bürger, die sicherlich zahlreich dieser Debatte folgen! Herr Minister, bei dem, was Sie sagen, ist eigentlich nur eines sicher: dass Sie Angst vor dem Wahlsonntag haben. Das ist Ihre Motivation, hier überhaupt so eine Rede zu halten, die Sie zwei Jahre lang hätten halten können.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU/CSU: Zum Thema, Herr Schwabe!)

Sie hatten zwei Jahre Zeit, hier etwas auf den Tisch zu legen, was zustimmungsfähig ist. Dazu waren und sind Sie nicht in der Lage. Jetzt kommen Sie mit solchen Dingen.

(Ulrich Kelber [SPD]: Zweieinhalb Jahre hat er nichts gemacht!)

Wenn Sie ein Maximum an Klarheit und Sicherheit wollen – genau das haben Sie gerade hier gesagt und einige Punkte genannt –,

(D)

(Zuruf von der CDU/CSU: Das ist doch keine Wahlrede, Herr Schwabe!)

dann können Sie das ja gleich beweisen, indem Sie den Anträgen zustimmen, die von der Opposition hier auf den Tisch gelegt werden. Das ist die Probe aufs Exempel.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Ulrich Kelber [SPD]: Herr Meierhofer hat es im Umweltausschuss richtig gesagt!)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, bedauerlicherweise entscheidet bei Fracking Schwarz-Gelb in diesem Hause und nicht der Bürger. Dann wäre nämlich klar, welche Entscheidung getroffen würde.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Menschen im Land sehen das deutlich kritischer als Schwarz-Gelb in diesem Hause.

Ich weiß nicht, ob noch die Fernsehspots laufen, die ich eine Zeit lang gesehen habe. Abends war im Fernsehprogramm zur besten Sendezeit – das war sicherlich sehr teuer – ein Herr Dieter Sieber zu sehen, der zum unkonventionellen Erdgas unter anderem gesagt hat:

Frank Schwabe

- (A) Wenn man mich fragt, ob es sicher ist, diese Erdgasvorkommen zu entwickeln, kann ich nur antworten: ja, absolut.

Ich weiß gar nicht genau, wie sicher das Ganze am Ende ist. Das wissen wir in der Tat alle noch nicht ganz genau. Was ich allerdings weiß, ist, dass man ganz schwer auf der Hut sein muss, wenn sich jemand beim Thema Fracking schon absolut sicher ist, dass es sicher ist. Da müssen wir alle gemeinsam aufpassen.

Ich halte das auch für eine vollkommen verfehlte Unternehmensstrategie. Was verspricht sich Exxon Mobil nur davon, auf der einen Seite vermeintlich überparteiliche Foren mit Experten zu veranstalten und auf der anderen Seite gleichzeitig schon diese Spots im Fernsehen laufen zu lassen?

Um allerdings nicht falsch verstanden zu werden: „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass“ ist auch in der Energiepolitik die falsche Strategie. Gas ist ein Brückenenergieträger – das hätten Sie ruhig einmal sagen können, Herr Minister – und wichtig als Brücke in die Zukunft der Vollversorgung mit erneuerbaren Energien.

Deswegen schließen wir die Förderung von Erdgas auch im unkonventionellen Bereich nicht aus.

(Zurufe von der CDU/CSU und der FDP:
Aha!)

– Liebe Kolleginnen und Kollegen, schließen Sie das aus?

- (B) (Horst Meierhofer [FDP]: Wir wissen es noch nicht!)

– Sie wissen es noch nicht? Okay.

(Ulrich Kelber [SPD]: Da wird es ganz still da drüben!)

Es muss aber die bestmögliche und umfassendste Prüfung auf Gefahren für Mensch und Umwelt geben. Dazu ist eine umfassende Umweltverträglichkeitsprüfung notwendig – und keine Umweltverträglichkeitsprüfung light, die Sie zurzeit immer noch diskutieren.

Außerdem brauchen wir umfassende Transparenz- und Beteiligungsregeln; denn das, was hier passiert, erinnert mich zum Teil wirklich an das, was ich sonst aus Lateinamerika kenne: Dort gibt es Gebiete, wo die Claims abgesteckt sind, und weder die Bürgerinnen und Bürger noch der Bürgermeister wissen, was eigentlich geschieht. Das ist ein gesellschaftlicher Skandal, und dagegen muss man vorgehen. Sie haben die Möglichkeit. Sie haben hier im Parlament die Mehrheit, das entsprechend umzusetzen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der
LINKEN)

Die Devise der Bundesregierung und von Schwarz-Gelb am Anfang lautete: Verharmlosung. Mittlerweile haben wir es mit einer Verschleppungsstrategie zu tun. Ein Beispiel für die Verharmlosung: Am 31. März 2011 hat mir der ehemalige Staatssekretär Homann auf eine

Anfrage zum Thema unkonventionelles Erdgas wie folgt geantwortet: (C)

Bezüglich möglicher Risiken bei der Gewinnung von unkonventionellem Erdgas geht die Bundesregierung nach jetzigem Kenntnisstand davon aus, dass bei Beachtung der geltenden technischen Sicherheitsvorschriften und aktuellen Umweltstandards

– das sind immer noch die von heute –

keine wesentlichen Unterschiede zur Gewinnung von konventionellem Erdgas bestehen.

Das ist ja interessant.

(Ulrich Kelber [SPD]: Die Antwort war abgestimmt mit dem Umweltministerium, Herr Röttgen! Das war auch Ihre Antwort!)

Das war eine völlige Verharmlosung. Heute ist nicht mehr Verharmlosung, sondern eine Verschleppungsstrategie angesagt.

Ich habe am Montag im *Spiegel* gelesen – zuerst habe ich gedacht: Mensch, jetzt kommt etwas Substanzielles –, dass Sie und auch Herr Rösler sehr skeptisch seien. Sie haben auf ein Gutachten verwiesen – das kam als neue Nachricht daher –, das mittlerweile schon seit einem Jahr in Bearbeitung ist. Es ist im Übrigen ein Schmalspurgutachten, weil es viel weniger untersucht, als in Nordrhein-Westfalen untersucht wird. Sie sind nicht dafür da, um Gutachten zu erstellen, um über den Wahlsonntag zu kommen, sondern Sie sind dafür da, zu handeln. Sie sind der Ankündigungsminister Nummer eins in dieser Bundesregierung. Das Fracking ist sinnbildlich für Ihr Versagen und für Ihre verkorkste Energiegewende, und zwar in Bezug auf alle energiepolitischen Fragen in unserem Land. (D)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der
LINKEN)

Ich kann die ganzen Vorgänge gar nicht aufführen:

(Horst Meierhofer [FDP]: Gott sei Dank!)

29. Juni 2011, Antrag aus Nordrhein-Westfalen von Rot-Grün, abgelehnt im Bundesrat von Schwarz-Gelb, am 21. November 2011 Anhörung im Deutschen Bundestag, am 8. Februar 2012 Anträge der Opposition im Umweltausschuss, am 28. März 2012 wiederum Anträge der Opposition im Umweltausschuss, abgelehnt von Ihnen, von Schwarz-Gelb. Ich verstehe sogar, dass Sie als Koalition den Oppositionsanträgen nicht zustimmen wollen, aber Sie hatten genug Zeit, einen eigenen Vorschlag auf den Tisch zu legen.

(Ulrich Kelber [SPD]: So ist es!)

Sie sind dazu nicht willens bzw. in der Lage – das ist die ganze Wahrheit –, dann dürften Sie aber nicht an der Regierung sein. Da Sie an der Regierung sind, müssen Sie handeln.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Frank Schwabe

- (A) Sie müssen sich die Gesetzgebung vornehmen. Das machen Sie nicht, damit scheitern Sie. Hallo, Herr Röttgen, bitte hören Sie zu: Das ist Ihre Verantwortung, und der kommen Sie nicht nach.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Zurufe von der CDU/CSU: Hallo!)

– Wahrscheinlich ist er gedanklich gerade in Nordrhein-Westfalen.

(Stefanie Vogelsang [CDU/CSU]: Hallo, Herr Schwabe, wer war eigentlich Umweltminister bis 2009?)

Frau Dött und Herrn Dr. Paul – er spricht gleich noch – haben zum Thema unkonventionelles Erdgas eine Pressemitteilung herausgegeben. In dieser Pressemitteilung steht – ich habe sie mir gerade noch einmal herausgesucht –:

Die Union strebt an, unmittelbar nach der Sommerpause eine politische Initiative zu ergreifen.

„Unmittelbar nach der Sommerpause“ – jetzt wird es interessant; denn: Von wann ist eigentlich diese Pressemitteilung? Diese Pressemitteilung ist vom 5. August 2011, und das macht deutlich, dass Sie eine Verschleppungsstrategie verfolgen.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Die Wahrheit ist: Sie sind handlungsunfähig, Sie retten sich mit Gutachten, während die Menschen in Deutschland, insbesondere in Nordrhein-Westfalen – in Recklinghausen, Unna, im Ennepe-Ruhr-Kreis, in Hamm, im Märkischen Kreis, in großen Teilen des Münsterlandes – ganz konkrete Sorgen und Nöte haben. Sie philosophieren heute zum wiederholten Male über die Frage, aber Sie handeln nicht. Nordrhein-Westfalen hat gehandelt. Beispielsweise hat die Bezirksregierung gegen Widerstände transparent gemacht, welche Vorhaben es in Nordrhein-Westfalen überhaupt gibt.

Ich habe es gerade schon gesagt: Fracking steht sinnbildlich für Ihren Umgang mit der Energiewende, für Ihren Umgang mit der Infrastrukturpolitik.

(Stefanie Vogelsang [CDU/CSU]: Herr Schwabe!)

Wir stehen vor großen Aufgaben. Wir brauchen die Akzeptanz der Menschen, um diese Aufgaben durchzuführen. Was machen Sie? Sie wollen in Bezug auf diese Technologie mit dem Kopf durch die Wand.

(Horst Meierhofer [FDP]: So ein Quatsch!)

Sie werden aber am Ende mit dem Kopf gegen die Wand laufen, und zwar mit Karacho. Es ist borniert und ignorant, wie der Wirtschaftsminister an dieser Stelle vorgeht.

(Stefanie Vogelsang [CDU/CSU]: Das Thema ist zu ernst, um auf Wahlkampfklamauk zu setzen!)

Es ist tricksen, es ist täuschen, und es ist tarnen. Es ist keine hohe Regierungskunst, sondern brotlose Kunst.

Herr Röttgen, ich bin gespannt, was die FDP gleich sagt. Herr Meierhofer hat Sie bereits im Umweltausschuss für Ihr Nichtstun kritisiert. Wenn Sie von dem überzeugt sind, was Sie gerade gesagt haben, dann setzen Sie sich durch. Sie können Ihre Rücksichtnahme vollkommen aufgeben. Auch Sie haben wahrscheinlich gelesen, was Herr Niebel gestern über Sie gesagt hat. Wenn Sie der Meinung sind, dass das, was Sie gerade gesagt haben, richtig ist, dann stimmen Sie unseren Anträgen zu, wenn nicht, dann hören Sie mit dem Philosophieren auf. Dann sollten Sie zugeben, dass Sie schlichtweg nicht in der Lage sind, eine gesetzgeberische Regelung zum Fracking im Deutschen Bundestag zu verabschieden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Für die FDP-Fraktion spricht jetzt der Kollege Horst Meierhofer.

(Beifall bei der FDP – Ulrich Kelber [SPD]: Und jetzt in der gleichen Deutlichkeit wie in der nichtöffentlichen Sitzung! Nur Mut, Horst!)

Horst Meierhofer (FDP):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Da uns heute drei Anträge vorliegen, will ich versuchen, klarzumachen, warum man diese Anträge, egal aus welcher Richtung sie kommen, lieber Kollege Schwabe, nicht unterstützen kann: Denn diese Anträge sind inhaltlich leer und falsch.

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann machen Sie doch einmal einen eigenen!)

Das ist so wenig, dass Sie damit definitiv unter Beweis gestellt haben, dass Sie nicht in der Lage sind, hierzu ein vernünftiges Gesetzgebungsvorhaben auf den Weg zu bringen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo ist denn Ihr Antrag? – Johanna Voß [DIE LINKE]: Wo ist denn Ihr Antrag?)

In dem Antrag der SPD fängt es gleich im zweiten Satz an:

Im Gegensatz zu konventionellen Gasvorräten können diese

– gemeint sind die Unkonventionellen –

nicht mit klassischen Techniken gefördert werden, bei denen Gas ohne weitere technische Maßnahmen in ausreichender Menge frei ... zuströmt.

(Waltraud Wolff [Wolmirstedt] [SPD]: Wo ist Ihr Antrag, Herr Meierhofer? – Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Meierhofer, lesen Sie Ihren Antrag vor!)

Horst Meierhofer

- (A) Jetzt werde ich Sie vielleicht überraschen, Herr Schwabe, wenn ich sage, dass Sie in Ihrem Antrag zu Recht geschrieben haben, dass bei Fracking, bei der Förderung von unkonventionellem Erdgas, 0,5 bis 1 Prozent Chemikalien mit eingepresst werden. Wissen Sie, in welchem Maße das bei konventionellem Erdgas zum Teil der Fall ist? Bis zu 5 Prozent bei konventionellem Erdgas.

(Frank Schwabe [SPD]: Also gibt es keinen Unterschied! Dann ist ja alles gut!)

Das ist das Zehnfache. Sie haben gesagt, die Förderung von konventionellem Erdgas sei viel ungefährlicher als die von unkonventionellem. Das Gegenteil ist der Fall.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Sie behaupten hier das genaue Gegenteil und bauen einen Popanz auf, indem Sie sagen, dass wir bei unkonventionellem Erdgas Regelungsbedarf haben und bei konventionellem nicht. Das ist absurd. Es sollte doch um den Sicherheitsstandard gehen und nicht darum, ob es sich um konventionelles oder unkonventionelles Erdgas handelt.

(Ulrich Kelber [SPD]: Herr Meierhofer, aber das 1 Prozent ist in absoluter Menge doch viel mehr! – Johanna Voß [DIE LINKE]: Die absolute Menge zählt!)

- (B) Ihnen geht es um einen dümmlichen Wahlkampf. Dabei kümmern Sie sich aber überhaupt nicht um die Leute. Das Thema betrifft Niedersachsen übrigens genauso wie Nordrhein-Westfalen. Niedersachsen interessiert Sie heute natürlich nicht. Wir hingegen sind an einer insgesamt vernünftigen Lösung für die Menschen interessiert.

Die Grünen verweisen darauf, dass wir uns an den Ergebnissen orientieren müssen, die bei den Untersuchungen in den USA erzielt werden. In Ihrem vierseitigen Anträgen verweisen Sie neunmal auf die USA. Sie schreiben immer wieder, dass wir die Erkenntnisse aus den USA abwarten müssen. Für mich ist vollkommen irrelevant, welche Ergebnisse in den USA erzielt werden, weil wir ganz andere Ansprüche haben als die USA.

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben es nicht verstanden! Überhaupt nicht verstanden!)

– Herr Krischer, ich kann Ihnen die Stellen in Ihrem Antrag vorlesen. – Wenn wir uns an dem orientieren würden, was in den USA herauskommt, dann wäre das so, als würden wir, wenn in Aserbaidschan ein Ölunfall passiert, sagen: Wir warten, welche Erkenntnisse dort gewonnen werden, und dann machen wir mit der Ölförderung weiter.

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Kommen Sie mal mit was Konkretem!)

Wir wollen doch unsere eigenen Standards entwickeln. Dazu brauchen wir Ergebnisse. Wir wollen, bitte schön, erst einmal wissen, welche Probleme es gibt, bevor wir so einen populistischen, dünnen und inhaltsleeren Antrag wie den Ihren vorlegen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU) (C)

Selbst Exxon Mobil sagt, dass diesbezüglich noch viele Fragen zu klären sind. Sie sagen, dass sie in zwei Jahren der Lage seien, ohne Chemikalien zu arbeiten. Sie sagen, dass es nicht nur um Chemikalien geht, sondern auch um seismologische Probleme. Welche Probleme bestehen im Bereich der Geothermie? Auch das muss angesprochen werden. Welche Probleme bestehen, wenn man dichtes Deckgestein hat? Keiner dieser Punkte ist in Ihren Anträgen enthalten. Wie kann man sich denn auf etwas versteifen, ohne sich mit den Inhalten auseinanderzusetzen? Das ist blanker Populismus.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU/CSU)

Solange wir nicht wissen, was die wirklichen Probleme in diesem Zusammenhang sind, werden wir die Frage, ob wir es auf jeden Fall genehmigen wollen oder nicht, nicht beantworten. Da hat der Kollege Röttgen vollkommen recht. Natürlich warten wir erst die Ergebnisse ab, und zwar die Ergebnisse aus Nordrhein-Westfalen genauso wie die des UBA.

Sogar Exxon Mobil ist in seinen Ausführungen kritischer als Sie. Allein daran zeigt sich, dass Sie das Problem überhaupt nicht durchdrungen haben. Es geht hier um radioaktive Materialien, die dort unten vorhanden sind. Vielleicht ist auch das ein Punkt, den man untersuchen sollte. Das gilt für die Bereiche Geothermie, für die Förderung von konventionellem und für die Förderung von unkonventionellem Erdgas. Vielleicht sollte man sich mit der Freisetzung von Methan beschäftigen. Auch das gilt für unkonventionelles wie konventionelles Erdgas. Von all dem steht nichts in Ihren drei Anträgen. Das sind von vorne bis hinten Schaufensteranträge – einer wie der andere. Eigentlich ist es schade um die Zeit, in der wir uns mit diesen Anträgen beschäftigen.

(Ulrich Kelber [SPD]: Sie haben nicht den Mut, die Aussagen zum Minister zu wiederholen, die Sie in nichtöffentlicher Sitzung gemacht haben!)

Sie werden sehen, dass wir etwas Vernünftiges vorlegen. Sie werden sehen, dass wir im Gegensatz zu Ihnen Einvernehmen mit den Wasserbehörden wollen. Wir wollen die Wasserbehörden nicht nur beteiligen. Wir wollen, dass es ein Einvernehmen und nicht nur ein Benehmen gibt. Die anderen Punkte hat der Umweltminister angesprochen. Ich bin mir sicher, dass wir zu einem vernünftigen, wissenschaftlich fundierten Ergebnis kommen werden, dass wir einen Antrag vorlegen werden, der nicht so oberflächlich ist wie die, die Sie hier vorgelegt haben.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollege Meierhofer, kommen Sie bitte zum Schluss.

Horst Meierhofer (FDP):

Herzlichen Dank.

Horst Meierhofer

- (A) (Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Ulrich Kelber [SPD]: Im Ausschuss haben Sie dem Minister Untätigkeit vorgeworfen! Das war feige, Herr Kollege!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die Fraktion Die Linke hat nun die Kollegin Johanna Voß das Wort.

(Beifall bei der LINKEN)

Johanna Voß (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Run auf die letzten Gasreserven hat begonnen, Fracking ist die Methode. Deutschlandweit hoffen BNP, Wintershall, Exxon Mobil, Gaz de France und Suez auf große Gewinne. Aber deutschlandweit protestieren gleichzeitig Bürgerinnen und Bürger, Kommunen, Wasserversorger, Gemeinderäte, Kreistage und Stadtparlamente. Sie fassen einstimmige Beschlüsse gegen Fracking, egal von welcher Partei sie sind.

(Beifall bei der LINKEN)

Warum? Was ist die Gefahr? Das Trinkwasser ist in Gefahr. Gas soll gefrackt werden. Chemikalien, Sand, Wasser, CO₂ oder – wie auch schon geschehen – Diesel werden mit hohem Druck in den Boden gepresst, um das Gestein aufzubrechen, in dem das Gas fest eingeschlossen ist. Das bedeutet einen enormen Flächenverbrauch mit Tausenden neuer Bohrungen, mit Tausenden Tonnen teils hochgiftiger Chemikalien, die verpresst werden, und Millionen Liter hochkontaminierter Abwässer, die hinterher mit Quecksilber, Radon und anderen Isotopen und Giften aus dem Untergrund angereichert in weiteren Bohrungen – Disposalbohrung nennt man das – verklappt werden. Das entspricht heutigen Umweltstandards in keiner Weise.

- (B)

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Frank Schwabe [SPD])

Diese Praxis gehört abgeschafft. Das Risiko ist zu hoch, unser Trinkwasser ist zu kostbar. Wir fordern ein Verbot.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Zahlreiche Studien weisen Vergiftungen des Trinkwassers durch die eingesetzten Chemikalien, durch Methan und durch aus dem Boden gelöste Gifte und Schwermetalle nach. Auch die Erdbebengefahr steigt. Die Gefahren sind groß. Die Menschen in Pennsylvania haben das schon erlebt. In den USA haben betroffene Gemeinden keine Wasserversorgung mehr. Lastwagen müssen das Trinkwasser heranschaffen. In Wyoming forderte die Umweltbehörde Einwohner einer Gemeinde auf, beim Duschen die Fenster weit aufzureißen, um Explosionen zu vermeiden.

(Horst Meierhofer [FDP]: Mit Badeanzug wahrscheinlich!)

Versorgungssicherheit und Energieunabhängigkeit werden uns als Argumente für das Fracking genannt. Was ist da dran? Nach Prognosen des industrienahe-

stituts CERA von 2009 kann unkonventionelles Erdgas ab 2020 2 bis 3 Prozent des europäischen Gasverbrauchs decken, also weniger als 1 Prozent des Energieverbrauchs. Dazu braucht es doch dieses Risiko nicht; hier sollte man Energieeinsparung und erneuerbare Energien nutzen.

(Beifall bei der LINKEN)

Fracking wird in Europa überhaupt nicht gebraucht. Es ist keine saubere Brückentechnologie. Sicher, viele der mit Fracking verbundenen Risiken bestehen auch bei der herkömmlichen Erdgasförderung. Da haben Sie recht. Denken wir an die Verseuchungen durch undichte Leitungen in Niedersachsen und an die Quecksilbervergiftungen. Deshalb ist ein neues Bergrecht erforderlich – das hat auch Herr Röttgen gesagt –, aber nicht so, wie die Regierung es plant. Sie setzen auf Transparenz und Bürgerbeteiligung zur schnelleren Durchsetzung der Interessen der Erdgaskonzerne. Wir brauchen Umweltverträglichkeitsprüfungen, aber bei jeder Bohrung, weil jede Bohrung durch die wasserführenden Schichten geht. Da brauchen wir Sicherheit. Die Verklappung giftiger Abwässer in alte Bohrungen muss gestoppt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Das sagen sogar diejenigen, die bei Exxon in der Untersuchung dabei waren. Wir brauchen eine umfassende Haftung der Energiekonzerne, Beweislastumkehr, und wir brauchen das Vetorecht der Wasserbehörden.

(Beifall bei der LINKEN)

Nun zu den vorliegenden Anträgen. SPD und Grüne wollen ein Moratorium. Die SPD will Probebohrungen zulassen. Wozu das? Schiefergas lässt sich nur mit Fracking fördern. Dagegen fordert die Linke ein sofortiges Verbot. Ein Moratorium ist nicht sicher. In Nordrhein-Westfalen heißt das, dass Anträge der Unternehmen liegen bleiben. Konzerne haben aber das Recht auf einen Bescheid und können das gerichtlich durchsetzen. Ein Moratorium ist nicht viel mehr als ein freundlicher Appell. Was das bringt, war in Frankreich zu sehen. Dort gibt es jetzt ein Verbot.

Herr Röttgen, nehmen Sie das Fachwissen der Menschen ernst, gehen Sie ordentlich mit dem Fachwissen der Menschen um, schaffen Sie ein Maximum an Sicherheit, und verbieten Sie Fracking sofort! Sie sind ein Minister, Sie können Gesetze machen.

(Manfred Grund [CDU/CSU]: Das Parlament! Nicht das Zentralkomitee! – Weitere Zurufe und Lachen bei der CDU/CSU und der FDP)

Dass Sie Fracking nicht gut finden, reicht nicht aus.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Der Kollege Oliver Krischer hat nun für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Voß, ein Minister kann keine Gesetze machen, ge-

Oliver Krischer

- (A) nauso wie die CDU in Nordrhein-Westfalen nicht bestimmen kann, wer Ministerpräsident wird. Das macht das Volk, die Gesetze macht der Bundestag, und das ist auch gut so.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Stefanie Vogelsang [CDU/CSU]: Ausnahmsweise haben Sie mal recht! – Dr. Michael Paul [CDU/CSU]: Hochmut kommt vor dem Fall!)

Herr Röttgen, es gehört schon Chuzpe dazu, sich, nachdem man zwei Jahre nichts zum Thema „Unkonventionelles Erdgas und Fracking“ getan hat, hier hinzustellen und aufzuzählen, was man demnächst vielleicht eventuell tun will. Das ist eine Unverschämtheit. Das ist das Spiel mit den Ängsten der Menschen, das Sie uns vorwerfen. Zwei Jahre haben Sie bei diesem Thema blockiert und überhaupt nichts getan.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Horst Meierhofer [FDP]: Ach! Sie haben doch keine Ahnung! Sie sagen ja immer nur, man solle warten, bis Erkenntnisse aus den USA vorliegen!)

- (B) Sie haben von Transparenz gesprochen und gesagt, Bergbehörden hätten den Menschen nicht mitgeteilt, welche Lizenzen es gibt. Ich kann Ihnen sagen, wer die Transparenz verhindert hat. Das war 2008 eine schwarzgelbe Landesregierung unter einem – die Älteren werden sich vielleicht erinnern – Ministerpräsidenten Rüttgers. Er hat, ohne den Landtag, ohne die Menschen und ohne die Kommunen zu informieren, diese Lizenzen erteilt. Deshalb haben wir heute dieses Problem in Nordrhein-Westfalen. Das ist Ihre Verantwortung, die Verantwortung Ihrer Partei. Wir wollen nicht, dass sich das wiederholt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Dr. Michael Paul [CDU/CSU]: Reine Legendenbildung!)

Es gibt sehr viele Gründe gegen Fracking, so wie es heute praktiziert wird. Selbst die vom Exxon-Mobil-Konzern in Auftrag gegebene Studie kommt zu dem Ergebnis, dass wir es mit einer ganz neuen Risikodimension zu tun haben. Deshalb gibt es gute Gründe, eine Rechtsgrundlage zu schaffen, die sicherstellt, dass diese Technologie im Moment nicht angewendet werden darf und ein Moratorium durchgeführt wird. Das könnten Sie heute und hier beschließen. Es liegen Anträge vor, in denen genau dies gefordert wird. Sie könnten auch selbst eine Vorlage einbringen. Das tun Sie aber nicht, weil Sie dieses Thema aussitzen wollen. Wir haben vor einem Jahr einen entsprechenden Antrag eingebracht. Wir haben auch eine Anhörung durchgeführt. Sie haben mehrfach darum gebeten, dass wir dieses Thema verschieben, damit Sie selber etwas vorlegen können. Sie haben auch angekündigt – Herr Schwabe hat das eben gesagt –, dass von Ihnen etwas kommt. Es kam aber nichts. Jetzt wollen Sie nur über die Landtagswahl in Nordrhein-Westfa-

len kommen. Das ist der Hintergrund dieser ganzen Aktion heute. (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Horst Meierhofer [FDP]: Ach was! Sie haben das Thema doch nur wegen der Landtagswahl auf die Tagesordnung gesetzt!)

Man hatte bei Herrn Röttgen in den letzten zwei Jahren einen ganz komischen Eindruck: Wenn er in Nordrhein-Westfalen unterwegs war, wenn er dort Veranstaltungen besucht hat oder wenn er als Landesvorsitzender agierte, hat er Fracking-kritische Beschlüsse gefasst. Aber wenn er dann ins Flugzeug gestiegen und Richtung Berlin geflogen ist, hat der Mann eine merkwürdige Metamorphose durchgemacht.

(Michaela Noll [CDU/CSU]: Quatsch!)

Plötzlich war er Fracking-Befürworter.

(Michaela Noll [CDU/CSU]: Das stimmt doch gar nicht! – Stefanie Vogelsang [CDU/CSU]: Haben Sie seine Rede gerade nicht gehört? Das ist doch unseriöses, dummes Zeug!)

Auf meine Anfragen hat er dem Umweltausschuss Werbeproschüren der Öl- und Gasindustrie als Literatur zur Verfügung gestellt. Genau das ist Norbert Röttgen; genau das ist die Realität. Am Ende machen Sie an dieser Stelle das Geschäft der Öl- und Gaskonzerne.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Horst Meierhofer [FDP]: Nein! Fischer und Schröder machen das Geschäft der Öl- und Gasindustrie, nicht wir!) (D)

Ich sage Ihnen: Was Sie machen, ist absolut doppelzüngig. In Nordrhein-Westfalen stellen Sie sich als Fracking-Kritiker dar. Da ist zum Beispiel ein Herr Dr. Droste, ein Kollege aus dem Landtag, der im Wahlkreis Ratingen kandidiert. Ich darf Ihnen einmal vorlesen, was er zum Thema Fracking sagt:

Ich ... unterstütze Initiativen ... mit dem Ziel, Fracking in NRW zu verhindern.

Ja, wenn der Mann das will, dann darf er nicht Norbert Röttgen wählen. Das geht nicht. Dann muss er jemand anderen wählen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Zuruf von der CDU/CSU: Lesen Sie doch mal die ganze Stellungnahme von Wilhelm Droste vor!)

Noch dreister ist die Kollegin von der FDP im gleichen Wahlkreis. Sie sagt: Die FDP hat bereits eine Initiative zur Änderung des Bergrechts eingebracht.

(Heiterkeit bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wo, bitte, ist diese Initiative? Ich kenne sie nicht. Sie müssten sie hier einbringen. Wir haben entsprechende Vorlagen eingebracht. Von Ihnen ist zu diesem Thema

Oliver Krischer

- (A) nichts gekommen. Aber in Nordrhein-Westfalen erzählen Sie das Gegenteil.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Horst Meierhofer [FDP]: Ach was! Das ist ja so dünn und inhaltslos, was ihr hier vorlegt!)

Ich sage Ihnen: Ihre Doppelzüngigkeit bei diesem Thema werden Ihnen die Menschen nicht durchgehen lassen. Das, was wir hier erlebt haben, sowohl von Herrn Röttgen als auch von Ihnen, ist Fracksausen wegen Fracking.

Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Der Kollege Dr. Michael Paul hat für die Unionsfraktion das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Ulrich Kelber [SPD]: Fracking ist so harmlos wie Radioaktivität!)

Dr. Michael Paul (CDU/CSU):

Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lassen wir den Wahlkampfdonner vielleicht einmal einen Augenblick beiseite.

- (B) (Frank Schwabe [SPD]: Wer hat denn damit angefangen?)

Wir können ja einfach einmal die Kontrollfrage stellen: Würden wir heute über Fracking reden, wenn am Sonntag nicht Wahl in Nordrhein-Westfalen wäre? Die Antwort lautet: Nein.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Frank Schwabe [SPD]: Wir reden schon zwei Jahre darüber!)

Also ist es eindeutig: Das, was hier heute gemacht wird, ist nichts anderes als Wahlkampfgetöse.

(Ulrich Kelber [SPD]: Da haben Sie recht: Sie hätten es immer noch nicht aufgenommen!)

Noch einmal zur Sache: Erdgas wird sicherlich auch in der Zukunft eine ganz wichtige Rolle in unserem Energiemix spielen. Ein Grund dafür ist, dass wir in der Energiewende verstärkt auf den schwankenden Einsatz von erneuerbaren Energien wie Sonne und Wind setzen. Man muss natürlich auch sehen: Erdgas ist auch ökologisch vorteilhafter, als wenn wir Kohle einsetzen würden.

(Frank Schwabe [SPD]: Immerhin ist er ehrlich!)

Im Vergleich zur Kohle emittiert Erdgas bei der Stromproduktion 60 Prozent weniger CO₂.

Aber es ist schon wichtig – auch das müssen wir sagen –, dass wir hier auch einen Blick auf die Versor-

gungssicherheit werfen. Im letzten Winter hat sich gezeigt – die Bundesnetzagentur hat das in der letzten Woche vorgestellt –, dass wir kurz vor einem Blackout standen. (C)

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wer? Wir? – Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie standen vor dem Blackout! – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wer ist denn „wir“?)

Anfang Februar war es so, dass die russischen Gaslieferungen schwankten und die Gaskraftwerke im Süden Deutschlands nicht mehr laufen konnten, da der Druck in den Gasleitungen nicht ausreichte. Man sieht also: Auch für die Stromversorgung sind wir auf eine sichere Gasversorgung angewiesen.

Zurzeit beziehen wir 14 Prozent aus heimischen Quellen – hauptsächlich aus Niedersachsen. Die Förderung von Erdgas aus Schiefergestein und Kohleflöz könnte uns unabhängiger von Importen machen und zur Versorgungssicherheit beitragen.

(Frank Schwabe [SPD]: Stimmt doch überhaupt nicht! – Ulrich Kelber [SPD]: Reden Sie mal weiter! Das geht alles ins Protokoll!)

Die Vereinigten Staaten – das haben wir in den letzten Jahren eindrucksvoll gesehen; das müssen wir einfach zur Kenntnis nehmen – sind vom Erdgasimporteur zum -exporteur geworden. Die Erdgaspreise in den Vereinigten Staaten sind deutlich niedriger als in Europa. Allein in den letzten vier Jahren ist der Preis durch die Förderung aus unkonventionellen Quellen um 80 Prozent gefallen. (D)

Aber – hier haben alle Redner heute recht – wir dürfen natürlich nicht die Augen vor den Gefahren verschließen. Um es deshalb noch einmal ganz klar zu sagen: Der Schutz des Grundwassers hat für uns absoluten Vorrang. Deshalb müssen auch die rechtlichen Anforderungen geändert werden.

(Frank Schwabe [SPD]: Aha!)

Wasserschutzgebiete müssen für Fracking ausgeschlossen werden. Die Wasserbehörden vor Ort müssen ein Vetorecht haben; denn schließlich wissen sie am besten, wie das Grundwasser zu schützen ist.

(Ulrich Kelber [SPD]: Werden Sie eine solche Gesetzesinitiative vorlegen?)

Das müssen wir rechtlich ändern.

Die Bevölkerung und die Kommunen müssen rechtzeitig informiert werden, und zwar auch umfassend. Deshalb müssen wir an dieser Stelle die Regeln für die Umweltverträglichkeitsprüfung ändern; denn – das ist ja schon dargestellt worden – die Grenze von 500 000 Kubikmetern Gas pro Tag, ab der erst eine UVP durchgeführt wird, ist eindeutig zu hoch.

Meine Damen und Herren, dass wir zunächst einmal die Gutachten abwarten, die in Auftrag gegeben worden sind – unter anderem auch von der jetzigen rot-grünen Landesregierung in Nordrhein-Westfalen –, spricht aus

Dr. Michael Paul

- (A) meiner Sicht eher für Vernunft und Genauigkeit als für Überstürzung und voreilige Schlussfolgerungen.

Das Wirtschaftsministerium hat die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe gebeten, zu den Potenzialen und zur Geologie in Deutschland Stellung zu nehmen. Das Gutachten wird in wenigen Wochen vorliegen. Wir haben gerade gehört: Das vom Umweltbundesamt in Auftrag gegebene Gutachten zu den Risiken wird ebenfalls in einem Monat vorliegen.

(Frank Schwabe [SPD]: Schmalspurgutachten!)

Das Land Nordrhein-Westfalen wird wohl im Sommer ein entsprechendes Gutachten haben.

Der Diskussionsprozess, den Exxon Mobil eingeleitet hat, ist bereits zu Ende. Das heißt, wir haben schon einen Teil der Fakten; weitere werden wir bekommen. Auf dieser Grundlage werden wir strengere gesetzliche Umweltanforderungen einführen, unabhängig davon, dass Sie heute diese Anträge gestellt haben. Jedenfalls zum heutigen Zeitpunkt brauchen wir keine Regelung.

Dass wir hier im Wahlkampf sind, haben wir heute sehr eindrucksvoll gesehen. Wir vonseiten der Koalition jedenfalls werden an dieser Stelle vernünftig weiterarbeiten, und zwar im Interesse der Bevölkerung wie der Umwelt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

- (B)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Klaus Breil für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Klaus Breil (FDP):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Eines vorab – ich sage das ganz bewusst auch als Wirtschaftspolitiker –: Sollte irgendwo in Deutschland eines Tages gefracckt werden, dann nur unter Beachtung der höchsten Sicherheits- und Umweltstandards.

(Frank Schwabe [SPD]: Ist da vom Wirtschaftsminister in Niedersachsen die Rede? – Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da wird der Wirtschaftsminister mit gefracckt!)

Hierzu gehören auch Umweltverträglichkeitsprüfungen und das Einvernehmen mit den Wasserbehörden. Hier darf es keine Kompromisse geben.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Belange der Bürger müssen in die Entscheidung, wo und was erkundet oder gefördert wird, von Anfang an einbezogen werden. Bis es so weit ist, benötigen wir weitere wissenschaftliche Untersuchungen. Standards

müssen durch die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe erarbeitet werden. Das heißt, wir warten ab, (C)

(Marco Bülow [SPD]: Das könnt ihr am besten! – Zuruf von der LINKEN: Im Abwarten seid ihr groß!)

welche Fortschritte die Entwicklung von Wissenschaft und Technik auf diesem Gebiet macht.

Möglicherweise müssen den Frack-Flüssigkeiten bald schon gar keine umweltbelastenden Stoffe mehr hinzugefügt werden. Es gibt Signale aus der Industrie, dass dies schon in zwei Jahren der Fall sein könnte.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollege Breil, gestatten Sie eine Frage oder Bemerkung des Kollegen Krischer?

(Manfred Grund [CDU/CSU]: Nein, bitte nicht! Der brüllt immer so!)

Klaus Breil (FDP):

Ja.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Kollege Breil, ich höre, dass Sie weiter abwarten wollen und dass Sie nur unter Beachtung der höchsten Standards fracken wollen. Ich frage Sie: Ist Ihnen bekannt, dass im Lande Niedersachsen, wo Sie mit politische Verantwortung tragen, seit langem gefracckt wird, aber eben nicht unter Beachtung dieser Standards, die Sie angeblich noch einführen wollen? Was wollen Sie tun, damit dort nicht weiter so gefracckt wird, wie das bisher gemacht wurde? (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Klaus Breil (FDP):

Herr Kollege Krischer, Sie wissen sehr genau: In diesen Anträgen geht es um neue Aufsuchungen und neue Erkundungen. Es geht nicht darum, was seit langem Standard in der Gasförderindustrie ist.

(Iris Gleicke [SPD]: Das ist unglaublich! Das ist nicht zu fassen! – Frank Schwabe [SPD]: Ja, was denn jetzt? – Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: War das die Antwort?)

Ich fahre fort.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollege Breil, es gibt den Wunsch nach einer weiteren Frage. Lassen Sie diese Frage zu?

Klaus Breil (FDP):

Nein.

(Zurufe von der SPD: Oh! – Iris Gleicke [SPD]: Ja, erwischt, gell?)

Klaus Breil

- (A) Aus den gerade genannten Gründen haben die Unternehmen ihre Erkundungsbohrungen bereits freiwillig zurückgestellt.

Allen Vorbehalten und Risiken zum Trotz: Eine partielle Selbstversorgung mit Erdgas sollte weiter unser Ziel sein. Aktuell liegt der Anteil bei 14 Prozent unseres Erdgasverbrauches. Wir wollen uns energiepolitisch nicht noch mehr in die Abhängigkeit anderer teils rechtsstaatlich fraglicher und politisch instabiler Staaten begeben. Statt alles reflexartig uneingeschränkt, unbedingt und unerlässlich zu verbieten, müssen wir besonnen und pragmatisch handeln und eventuell ein wenig länger oder auch sehr viel länger abwarten.

(Beifall bei der FDP)

Die Risiken dürfen auf gar keinen Fall unterschätzt werden. Wir haben gerade in Deutschland hervorragende Unternehmen mit enormem Wissen auf dem Gebiet der Erdgasförderung. Wir haben mit der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe eine exzellente staatliche Einrichtung, die sehr gut über unseren Untergrund Bescheid weiß.

Das eine emotionale Thema hat die Koalition durch die Energiewende und den damit verbundenen Atomausstieg abgeräumt. Jetzt gibt es ein neues. „Endlich wieder Angst machen“, höre ich die Wahlkämpfer aus den Parteizentralen jubeln. Aber so einfach ist das nicht. Das Leben ist eben nicht schwarz oder weiß.

(Frank Schwabe [SPD]: Es ist auch nicht schwarz-gelb!)

- (B) Noch stammt ein ansehnlicher Teil unserer Erdgasversorgung aus konventionellen heimischen Quellen. Daher drängt uns nichts. Wir gehen mit Bedacht vor und warten auf die noch ausstehenden Gutachten und deren wissenschaftliche Schlussfolgerungen. Weitere Untersuchungen müssen folgen.

(Johanna Voß [DIE LINKE]: Während gefrackt wird?)

Blinden Verbotsforderungen erteilen wir ebenso eine Absage wie Ihren Anträgen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit auf Drucksache 17/9450. Der Ausschuss empfiehlt unter Buchstabe a seiner Beschlussempfehlung die Ablehnung des Antrags der Fraktion der SPD auf Drucksache 17/7612 mit dem Titel „Leitlinien für Transparenz und Umweltverträglichkeit bei der Förderung von unkonventionellem Erdgas“.

Wir stimmen nun über Buchstabe a der Beschlussempfehlung auf Verlangen der Fraktion der SPD namentlich ab.

(C) Ich möchte darauf hinweisen, dass wir im Anschluss an diese Abstimmung noch zwei weitere namentliche Abstimmungen durchführen werden. Zu allen drei Abstimmungen liegen mir zahlreiche Erklärungen zur Abstimmung nach § 31 der Geschäftsordnung vor. Entsprechend unserer Geschäftsordnung nehmen wir diese zu Protokoll.¹⁾

Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, die vorgesehenen Plätze einzunehmen. – Ich bitte um ein Zeichen, ob alle Schriftführerinnen und Schriftführer am Platz sind. – Ich eröffne die erste namentliche Abstimmung, und zwar, wie gesagt, über Buchstabe a der Beschlussempfehlung.

Ist ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimmkarte noch nicht abgeben konnte? – Das ist nicht der Fall. Ich schließe die Abstimmung und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen.²⁾

Wir setzen die Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit auf Drucksache 17/9450 fort und kommen damit zur zweiten namentlichen Abstimmung.

Unter Buchstabe b empfiehlt der Ausschuss die Ablehnung des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 17/5573 mit dem Titel „Transparenz und Kontrolle bei der Förderung von unkonventionellem Erdgas in Deutschland“. Sind die Schriftführerinnen und Schriftführer an ihren Plätzen? – Das ist der Fall. Ich eröffne die zweite namentliche Abstimmung, und zwar über Buchstabe b der Beschlussempfehlung. (D)

Ist ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme noch nicht abgegeben hat? – Das ist nicht der Fall. Ich schließe die Abstimmung und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen.³⁾

Wir kommen schließlich zur dritten namentlichen Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie zu dem Antrag der Fraktion Die Linke mit dem Titel „Keine Erdgasförderung auf Kosten des Trinkwassers – Fracking bei der Erdgasförderung verbieten“. Der Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/9196, den Antrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 17/6097 abzulehnen. Sind alle Schriftführerinnen und Schriftführer an den vorgesehenen Plätzen? – Das ist der Fall. Ich eröffne die Abstimmung, und zwar über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie.

Ist ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme noch nicht abgegeben hat? – Das ist nicht der Fall. Ich schließe die Abstimmung und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen.⁴⁾

¹⁾ Anlagen 4 und 5

²⁾ Ergebnis Seite 21174 C

³⁾ Ergebnis Seite 21176 B

⁴⁾ Ergebnis Seite 21179 A

Vizepräsidentin Petra Pau

- (A) Die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen werden Ihnen später bekannt gegeben.

Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen, die nicht an den weiteren Beratungen teilnehmen wollen oder können, uns die Möglichkeit zu geben, die Beratungen fortzusetzen und die nächsten Redner zu hören. Es wäre schön, wenn dies sowohl in den Reihen der Fraktionen als auch auf der Regierungsbank umgesetzt würde. Unabdingbare Gespräche können vielleicht an einem anderen Ort geführt werden.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 33 auf:

Vereinbarte Debatte

Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“: Zwischenergebnisse

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine Dreiviertelstunde vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Kollege Dr. Georg Nüßlein für die Unionsfraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Dr. Georg Nüßlein (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine Damen! Meine Herren!

Wohlstand ist eine Grundlage, aber kein Leitbild für Lebensgestaltung. Ihn zu bewahren, ist noch schwerer, als ihn zu erwerben.

- (B) Diese zwei Sätze stammen von Ludwig Erhard. Ich meine, es ist schon bemerkenswert, dass dieser Genius mit diesen zwei Sätzen einen erheblichen Teil dessen beschreibt, was wir in dieser Enquete-Kommission seit ihrer Einsetzung beraten. Wohlstand ist eine Grundlage, aber kein Leitbild für die Lebensgestaltung. Da geht es um den nichtmateriellen Teil unserer Lebensqualität. Es ist schwer, den Wohlstand, den zwei Generationen in Deutschland aufgebaut haben, angesichts der demografischen Entwicklung und der Schuldenkrise über zukünftige Generationen hinweg zu bewahren. Auch da hatte Ludwig Erhard recht.

Der Vater der sozialen Marktwirtschaft hatte damals schon vergleichbare Problemfelder, etwa die Teilhabe für alle, im Blick. Damals wie heute ist richtig, dass die Antwort die soziale Marktwirtschaft ist. Es ist richtig und wichtig, an dieser Stelle zu betonen, dass diese Enquete-Kommission schon bei ihrer Einsetzung ein Erfolg war, allein dadurch, dass ein erheblicher Teil dieses Hauses, mit Ausnahme der Linken, sich im Einsetzungsbeschluss klar zur sozialen Marktwirtschaft bekannt hat. Das muss man an dieser Stelle einmal klarstellen.

Die wirtschaftspolitische Leitlinie meiner Fraktion ist die soziale Marktwirtschaft im Erhard'schen Sinne, flankiert von den Grundideen der christlichen Soziallehre, Gemeinwohlorientierung, Personalität, Solidarität, Subsidiarität und Nachhaltigkeit. Einige Mitglieder der Enquete-Kommission aufseiten der Opposition verstehen die Enquete-Kommission als Argumentationsgrundlage für eine staatliche Transformationsagenda im Sinne

eines „Green New Deal“. Andere sprechen von demokratischer statt sozialer Marktwirtschaft. Ich möchte hier ganz klar festhalten, dass für uns, die Union, die soziale Marktwirtschaft nicht Ursache einer ökologischen Krise und auch nicht der Wirtschafts- und Finanzkrise ist, sondern vielmehr die Antwort auf diese Krise. (C)

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Dr. Hermann E. Ott [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich habe das nicht verstanden!)

Der Staat hat in diesem Rahmen ordnungspolitische Aufgaben. Er hat dafür zu sorgen, dass sich freiheitliches Unternehmertum und private Initiativen entfalten können. Gleichzeitig beruht ein starker Sozialstaat – auch das muss man einmal deutlich sagen – auf dem Fundament einer starken und leistungsfähigen Wirtschaft. Genau darum geht es. Wir müssen unsere Wirtschaft stark und leistungsfähig halten und dürfen nicht Ideen anhängen, nach denen man Wachstum künstlich, zwanghaft beschränken und behindern muss.

Ich möchte hier in aller Deutlichkeit formulieren: Aus unserer Sicht muss die soziale Marktwirtschaft weder undefiniert noch umbenannt werden. Sie muss gestaltet werden. Wir müssen Missverständnisse beseitigen; wir müssen uns auf das zurückbesinnen, was Erhard seinerzeit zum Thema „Teilhabe, Wohlstand für alle und Wettbewerb“ als den Weg dorthin definiert hat. Nur dann sind wir auf einem guten Weg.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Lassen Sie mich auch noch etwas zum Thema Nachhaltigkeit ausführen. Das ist ein Begriff, der sich in dieser Enquete-Kommission durch alle Diskussionen zieht, und zwar zu Recht. Ich freue mich, dass die Nachhaltigkeit in der Projektgruppe 2 – „Indikatorenbestimmung“ – keine eigenständige Dimension hat, sondern dass man erkannt hat, dass sich die Nachhaltigkeit auf die Themen materieller Wohlstand, Soziales und Ökologie bezieht, dass sie im Grunde eine Querschnittsfunktion einnimmt. Ich möchte betonen: Nachhaltigkeit ist nicht nur ein ökologisches Thema, auch wenn das von manchen so verstanden wird. Der Begriff kommt aus der Forstwirtschaft. Es ist eine Betrachtungsweise, die zutiefst ökonomisch ist, aber natürlich auch ökologische Konsequenzen einbezieht. (D)

In diesem Zusammenhang war für mich der Auftritt von Professor Meadows in der Enquete-Kommission sehr aufschlussreich. Er hat seinerzeit das Gutachten für den Club of Rome „Die Grenzen des Wachstums“ mitformuliert. Ich will mich jetzt gar nicht auf das beziehen, was er spaßeshalber zu Prognosen gesagt hat. Mit diesen sollte man sich nämlich sinnvollerweise, beispielsweise wenn es um das Ende der Ölvorräte geht, auf Zeiten beziehen, die jenseits des eigenen Lebensalters liegen, weil man dann nicht mehr dafür verantwortlich gemacht werden kann, wenn es nicht so kommt.

Ich will mich auf etwas anderes beziehen, was mich und auch etliche Kollegen sehr nachdenklich gemacht hat. Er hat gesagt, die ökologischen Probleme dieser Welt seien in einer Demokratie nicht lösbar. Mir ist klar geworden, warum er das so sieht. Er hat nämlich die fal-

Dr. Georg Nüßlein

- (A) sche restriktive Nachhaltigkeitsdefinition zugrunde gelegt: Die jetzige Generation muss zugunsten der nachfolgenden Generationen verzichten. Für uns heißt Nachhaltigkeit aber, dass wir die Bedürfnisse der jetzigen Generation so befriedigen, dass das nicht zulasten der nachfolgenden Generationen geht. Das ist an der Stelle das Entscheidende. Natürlich kann man die ökologischen Probleme in einer Demokratie lösen, nämlich indem man nicht Verzicht predigt, wie das der eine oder andere von den Grünen macht, sondern dafür Sorge trägt, dass die heutige Generation mitgenommen wird, dass ihre Bedürfnisse befriedigt werden, aber hierbei auf Nachhaltigkeit geachtet wird, sodass tatsächlich die Chance besteht, dafür auch Unterstützung zu finden.

Meine Damen und Herren, die Enquete-Kommission ist, wenn man einmal den einen oder anderen Grabenkampf vernachlässigt, auf einem recht guten Weg. Ich glaube, wir sollten in den nächsten Diskussionen unseren Fokus auf die Themen „Staatsverschuldung“ und „demografische Entwicklung“ legen, weil das die Bereiche betrifft, durch die unser Wohlstand in der Tat gefährdet ist. Da hat Erhard recht: Diesen Wohlstand zu bewahren, ist eine schwierige Aufgabe. – Diese Enquete-Kommission kann einen Beitrag dazu leisten.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat die Kollegin Daniela Kolbe für die SPD-Fraktion.

- (B) (Beifall bei der SPD sowie der Abg. Sabine Leidig [DIE LINKE])

Daniela Kolbe (Leipzig) (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Unsere Enquete-Kommission ist in aller Munde. Ich muss schon sagen: Wenige Parlamentsgremien genießen das Privileg, dass sie von einer so breiten gesellschaftlichen Debatte begleitet werden. In den überregionalen Medien wird diese Enquete-Kommission als innovatives Projekt präsentiert. Der *Spiegel* zum Beispiel hat unsere Kommission „Glückskommission“ genannt. Die *Zeit* befand, unser Thema sei zu wichtig, um es zu ignorieren oder ideologischen Grabenkämpfen zu überlassen, sehr geehrter Herr Nüßlein.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* meint gar, der Deutsche Bundestag wolle mit dieser Enquete-Kommission die Welt zu einem besseren Ort machen.

Auch viele große zivilgesellschaftliche Organisationen beschäftigen sich mit unserem Thema „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“. Wir haben einige beeindruckende Kongresse und Tagungen erlebt. Ich denke mit Freude an den Evangelischen Kirchentag in Dresden, an den Attac-Kongress „Jenseits des Wachstums“ oder an zahlreiche Diskussionen bei Unternehmen, Stiftungen und Umweltverbänden zurück. Ich blicke voraus, etwa

- auf den Transformationskongress des DGB oder auf den Katholikentag in Mannheim. Überall wird unser Thema diskutiert. Selbst das Kanzleramt hat dieses Thema mittlerweile entdeckt und greift die Themen dieser Enquete-Kommission eifrig auf, und zwar im Bürgerdialog der Kanzlerin. (C)

Die Einschätzungen der Öffentlichkeit über den Verlauf und die Ergebnisse unserer Arbeit sind allerdings differenziert: mal wertschätzend und neugierig, mal kritisch, selten sogar hämisch. Ich glaube, die Kritik liegt zum einen darin begründet, dass die Öffentlichkeit nur einen Teil unserer Beratungen mitbekommt und ihr die oft sachbezogene und gute Detailarbeit in den Projektgruppen verborgen bleibt. Sie liegt aber auch darin begründet, dass an unsere Enquete-Kommission zum Teil titanische Erwartungen gestellt werden, die über ihren Auftrag und ihre Ressourcen hinausreichen.

Viele Kommentare und Zuschriften zeigen diese immensen Erwartungen: Für die Komplettrevision des herrschenden Arbeitsalltags soll die Kommission sorgen, für die Umwälzung des Produktionssystems, für bessere Luft, für angenehmeren Konsum, ja sogar für ein besseres TV-Programm oder für Seelenfrieden und Heiterkeit. Das sind hohe Erwartungen, die wir wohl nicht erfüllen werden können. Man kann von uns nicht erwarten, dass wir alle Probleme, Mängel sowie wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Defizite der letzten Jahrzehnte beheben. Eines aber sage ich als Aufforderung an uns alle: Viele Erwartungen, die an uns gerichtet werden, sind legitim und dürfen nicht enttäuscht werden. Man kann sehr wohl von uns erwarten, dass wir über diese Legislatur hinaus einen wichtigen Beitrag zur gesellschaftlichen Transformationsdebatte leisten, und wir stehen vor gewaltigen Transformationen. Man kann von uns erwarten, dass wir die politischen Entscheidungsträger in diesem Hohen Haus zur Selbstreflexion genau darüber anregen. Außerdem kann man von uns erwarten, dass wir einen ganz konkreten Vorschlag zu einer alternativen Wohlstandsmessung liefern. (D)

Die Öffentlichkeit erwartet zu Recht, dass wir Wege aufzeigen, wie wir die Krisen überwinden, die überhaupt erst zur Einsetzung dieser Enquete-Kommission geführt haben. Da ist zum einen die Wirtschafts- und Finanzkrise. Wir brauchen konkrete Vorschläge zur Regulierung der Finanzmärkte, und wir brauchen Frühwarnsysteme.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Sabine Leidig [DIE LINKE])

Wir brauchen auch eine Selbstreflexion darüber, dass wir plötzlich im Angesicht der Euro-Krise alle miteinander – ich nehme keinen hier im Haus aus – in die alten Wachstumsdebatten zurückfallen, wenn es um die Bewältigung dieser Krise geht.

(Dr. Georg Nüßlein [CDU/CSU]: Hallo, hallo! – Florian Bernschneider [FDP]: Ein Hauch von Selbstkritik?)

Daniela Kolbe (Leipzig)

(A) Wir brauchen Antworten auf die soziale Krise, die zunehmende Spaltung der Gesellschaft, die Prekarität und Ausgrenzung. Wir müssen über Verteilung von Einkommen sprechen und darüber, wie wir die sozialen Probleme verringern können.

Nicht zuletzt müssen wir über die ökologische Krise sprechen, über Ressourcenverknappung und Klimawandel. Wir müssen voranschreiten und Ideen für internationale Kooperation anregen.

(Michael Kauch [FDP]: Was ist denn Ihre Lösung?)

Auch über den Beitrag, den wir als Vorreiter leisten wollen, müssen wir noch intensiver diskutieren, als wir das bisher getan haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, an vielen Punkten sind wir gemeinsam schon ein beachtliches Stück vorangekommen. Aber die Menschen draußen sind an manchen Stellen schon weiter als wir im Hohen Haus. Sie erwarten Ergebnisse, und Sie haben ein Anrecht auf unsere Offenheit und auf Ernsthaftigkeit in der Debatte. Lassen Sie uns das als Ansporn für die kommende Arbeit nehmen!

Ich möchte schließen mit einem Dank an alle Kolleginnen und Kollegen der Enquete-Kommission, ob Abgeordnete oder Sachverständige. Es war mir eine Freude, als Vorsitzende bis hierhin mit Ihnen zu arbeiten. Ich möchte Ihnen danken für die tagtäglich engagierte und gewissenhafte Arbeit, die wirklich zeitraubend und auf-

(B)

wendig ist. Gleichzeitig möchte ich uns alle miteinander mahnen, dass wir die berechtigten Erwartungen der Gesellschaft ernst nehmen und dass wir die Erwartungen, die in uns gesetzt werden, nicht enttäuschen. Ich freue mich daher auf eine weitere gute, an manchen Stellen noch konstruktivere und noch mehr ergebnisorientierte Zusammenarbeit, und – das will ich ganz deutlich sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen – ich freue mich auf das kommende Jahr. (C)

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP und der LINKEN)

(D)

Vizepräsidentin Petra Pau

(A)

(C)

(B)

(D)

Wir fahren in der Aussprache fort. Das Wort hat der Kollege Florian Bernschneider für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Florian Bernschneider (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch ich will zu Beginn der Debatte Danke sagen: Danke für die größtenteils konstruktive Zusammenarbeit in den Projektgruppen. Ich glaube, dass dieses fraktionsübergreifende Ringen um die beste Lösung am Ende des Tages auch die Garantie dafür ist, dass aus der Enquete-Kommission etwas Reales in der Tagespolitik übrig bleibt.

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte trotzdem die Gelegenheit dieser öffentlichen Debatte nutzen, auf grundsätzliche Unterschiede einzugehen. Ein solcher grundsätzlicher Unterschied lässt sich zum Beispiel an einer Gleichung festmachen, die bereits aus den 70er-Jahren stammt, aus den Thesen des Club of Rome. Diese Gleichung lautet: Wir haben begrenzte natürliche Ressourcen, und daraus folgt ein begrenztes mögliches Wachstumspotenzial. So simpel und verführerisch logisch diese Gleichung klingen mag, sie ist und bleibt falsch, nicht etwa, weil wir Liberale die Begrenztheit und die notwendige Regenerationszeit na-

türlicher Ressourcen anzweifeln, sondern weil in dieser Gleichung ein wesentlicher Teil fehlt, nämlich der Fortschrittswille und die Kreativität des Menschen. Unsere Entwicklungsgeschichte zeigt deutlich, dass Menschen immer wieder in der Lage waren, die Grenzen des Machbaren zu verschieben. Wir Liberale zweifeln nicht daran, dass es Menschen auch in Zukunft möglich sein wird, über sich hinauszuwachsen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es gibt eine zweite Überlegung, die viele Mitglieder der Enquete-Kommission antreibt und die trotzdem falsch ist. Sie drückt sich in Sätzen aus wie: Wir brauchen ein gezieltes Wachsen und vor allem ein gezieltes Schrumpfen. Meine Damen und Herren, zur Erinnerung: Wachstum ist immer das Ergebnis millionenfacher Einzelentscheidungen, die jeden Tag getroffen werden. Es ist falsch, zu meinen, dass die Politik diese Einzelfallentscheidungen diktieren könnte.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es ist genauso falsch, zu meinen, man könnte mit einer politisch diktierten Wachstumsrate von maximal 0,5 Prozent eine Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit geben. Stellen Sie sich das einmal in der Realität vor. Der Wachstumsbegrenzungsbeauftragte der Bundesregierung kommt dann im Oktober zu Volkswagen und

Florian Bernschneider

- (A) sagt: Jetzt müsst ihr die Bänder abstellen. Wir haben unser politisch verordnetes Ziel von 0,5 Prozent Wachstum für dieses Jahr erreicht.

(Dr. Hermann E. Ott [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da sind Sie doch klüger! Das gibt's doch nicht! Ich dachte, wir wollen hier eine ernsthafte Debatte führen!)

– Das tun wir auch. Das sind die Punkte, über die wir uns nicht einig sind. – Eine solche Politik wäre nicht nur realitätsfern, sondern auch unsozial. Unsere Geschichte zeigt auch: Wachstum beinhaltet immer die Chance auf sozialen Aufstieg. Wenn die Politik Wachstumsraten künstlich begrenzt, sie deckelt, dann begrenzen wir damit auch die Chance auf sozialen Aufstieg.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich sage Ihnen als Liberaler: Wir wollen nicht in einer Welt leben, in der die einzige Chance auf sozialen Aufstieg die staatliche Umverteilung ist. Es ist ein Grundversprechen der sozialen Marktwirtschaft, dass sich Anstrengungen und Fleiß in Chancen auf sozialen Aufstieg auszahlen. Kollege Nüßlein hat bereits angesprochen, dass es nicht die Aufgabe der sozialen Marktwirtschaft ist, Wachstumsraten zu begrenzen. Es ist die Aufgabe der sozialen Marktwirtschaft, mit marktwirtschaftlichen Instrumenten das Handeln des Einzelnen dort zu begrenzen, wo er droht die Nachhaltigkeit oder die Interessen der Gemeinschaft zu gefährden. Das ist unsere Aufgabe als Politiker. Ich bezweifle manchmal, dass alle Kollegen der Enquete-Kommission daran festhalten. Manchmal habe ich das Gefühl, sie wollen am politischen Reißbrett in Berlin diese millionenfachen Entscheidungen, die jeden Tag getroffen werden, planen. Das wird nie besser funktionieren als in der sozialen Marktwirtschaft.

(B)

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Lassen Sie mich als letzten Punkt die Nachhaltigkeit ansprechen. Für uns Liberale besteht die Nachhaltigkeit aus einem Drei-Säulen-Modell. Es geht darum, die ökologische, die soziale und die ökonomische Nachhaltigkeit im Blick zu behalten. Das ist deshalb so wichtig, weil sich die drei Säulen gegenseitig bedingen. Natürlich können wir eine Politik machen, bei der am Ende die Bezahlbarkeit von Mobilität und Energie zur sozialen Frage unseres Jahrhunderts wird. Das wäre ökologisch betrachtet sogar nachhaltig. Es kann aber nicht nachhaltig sein, weil die gesellschaftliche Akzeptanz fehlt.

Einen letzten Kommentar kann ich mir nicht verkneifen, gerade weil uns als FDP die ökonomische Nachhaltigkeit so wichtig ist. Sie von der Opposition halten uns gegenüber jede Woche flammende Plädoyers, dass man Wachstum politisch begrenzen müsse. In der Euro-Krise erklärt Ihr politisches Spitzenpersonal landauf, landab, man bräuchte große Wachstumspakete für Europa. Meine sehr geehrten Damen und Herren, nicht dass wir uns falsch verstehen – ob Ihre Argumentation stringent ist, müssen Sie klären –: Wir stehen für Wachstum. Aber das Wachstum, das Sie für Europa wollen, ist nicht nach-

haltig, weil es auf Pump finanziert ist und nicht auf (C) Strukturreformen basiert.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Deswegen bitte ich Sie: Lassen Sie uns jetzt dafür sorgen, dass ein Teil der Vorschläge der Enquete-Kommission Realität wird. Geben Sie Ihrem Spitzenpersonal ein Stück weit Nachhilfe. Dann sind wir in Europa auf einem guten Weg.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die Fraktion Die Linke hat nun die Kollegin Sabine Leidig das Wort.

(Beifall bei der LINKEN)

Sabine Leidig (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich staune schon über den Gestus und die Unterstellungen, die Sie in diese Debatte einbringen. Herr Bernschneider, ich habe das Gefühl, wir sind in verschiedenen Veranstaltungen.

(Dr. Hermann E. Ott [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Er ist erst kurz dabei!)

Es wäre ausgesprochen spannend, hier darzustellen, welche unterschiedlichen Ausgangspositionen und welche (D) Lernprozesse in dieser Enquete-Kommission stattfinden, und zwar innerhalb und zwischen den politischen Lagern. Das ist das eigentlich Interessante.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das schaffe ich allerdings nicht in fünf Minuten. Deshalb habe ich mich entschlossen, drei Erkenntnisse zu skizzieren, die sich in der bisherigen Arbeit der Enquete-Kommission für mich persönlich herauskristallisiert haben.

Erste Erkenntnis: Wir müssen überhaupt nicht über die Frage „Wachstum – ja oder nein?“ streiten, sondern wir müssen darüber reden, wie wir leben wollen. Es geht, jedenfalls in den hochindustrialisierten Ländern, längst nicht mehr darum, dass mehr Waren produziert werden müssten, damit jeder oder jede genug hat. Im Gegenteil: Es gibt Überkapazitäten in der Automobilbranche, bei der Handyproduktion, in der Lebensmittelindustrie, und das führt zu harter Konkurrenz auf dem Weltmarkt, zu Druck auf die Löhne und Verdichtung von Arbeit, aber eben nicht zu mehr Lebensqualität.

Das globale Vermögen, also das, was nicht verbraucht, sondern angelegt wird, hat sich in den ersten zehn Jahren dieses Jahrtausends glatt verdoppelt. Geschrunpft dagegen sind die öffentlichen Haushalte und die Realeinkommen der Mehrheit der Bevölkerung. Entscheidend ist doch, dass eine Entwicklungsrichtung eingeschlagen wird, die den Verbrauch von Natur reduziert

Sabine Leidig

- (A) und die allen Menschen die Teilhabe an den Möglichkeiten eröffnet, die diese Gesellschaft bietet.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Für mein Spezialthema Mobilität würde das zum Beispiel heißen, dass die Autos kleiner, leichter und weniger werden, dass die Städte, die heute autogerecht aussehen, umgestaltet werden, damit sie künftig grüner, erholsamer und menschengerecht sind. Wenn das geschehen ist, wird man sehen, ob die Wirtschaft gewachsen ist oder nicht. Entscheidend ist der Zuwachs an Lebensqualität und an Nachhaltigkeit.

(Dr. Georg Nüßlein [CDU/CSU]: Die schöne neue Welt ist entscheidend!)

Darauf kommt es an.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweite Erkenntnis: Ich habe erkannt, dass es sehr wichtig ist, die Astronautenperspektive aufzugeben – wir haben entsprechende Lernprozesse durchlaufen; dabei schaue ich in die Runde – und die konkreten sozialen Verhältnisse ins Blickfeld zu rücken.

(Dr. Georg Nüßlein [CDU/CSU]: Raus aus dem Raumschiff!)

- (B) Es ist eben nicht „die Menschheit“, die den Globus zugrunde richtet, sondern es sind konkrete Personen, die unter ganz bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen handeln. Die Liberalisierung führte dazu, dass Investmentbanker in gegenseitiger Konkurrenz um die Kapitalanleger immer größere Risiken eingehen mussten, um kurzfristig möglichst große Gewinne zu realisieren.

(Dr. Martin Lindner [Berlin] [FDP]: Bitterfeld waren die Sozialisten! Haben Sie das mal angeschaut? Das war Ihre Partei!)

Wenn man dem begegnen will, dann muss man die Banken und die Finanzmärkte durch Gesetze regulieren und begrenzen; da helfen moralische Appelle gar nichts. Diese Erkenntnis ist inzwischen auch in Ihrer Fraktion angekommen. Ich wundere mich über Ihre Ausbrüche hier.

(Dr. Martin Lindner [Berlin] [FDP]: Fahren Sie mal nach Bitterfeld; schauen Sie sich das mal an! Da ist echte Lebensqualität in Bitterfeld!)

Dritte Erkenntnis: Die Frage von Geschlechtergerechtigkeit, die feministische Perspektive, hat eine ganz große Bedeutung für nachhaltiges Wirtschaften. Das bedeutet, dass die sogenannte Sorgearbeit, die Care-Ökonomie, in den Mittelpunkt gestellt werden muss. Das ist Arbeit, die nicht auf den Markt ausgerichtet ist, sondern auf die Bedürfnisse der Mitmenschen.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sie sollte – das wäre zukunftsweisend – als gesellschaftlich notwendige Arbeit aufgewertet und gerecht zwischen den Geschlechtern verteilt werden. Dazu braucht es neue Modelle von sozialer Absicherung; dazu braucht es kurze Vollzeit bei der Erwerbsarbeit. Heute Morgen hat der Deutsche Frauenrat seine Positionen dazu dargestellt. Diese Positionen sind wirklich wegweisend, und ich finde das ganz toll.

In der Diskussion hat eine Kollegin allerdings eingewandt: Wir können nicht gegen die natürlichen Kräfte des Marktes arbeiten.

(Lachen bei der LINKEN und der SPD)

Da sind wir, glaube ich, an einem Knackpunkt. Tatsächlich ist die kapitalistische Marktwirtschaft – was auch immer sie geleistet hat – keineswegs eine „natürliche Angelegenheit“, im Gegenteil.

(Zuruf von der LINKEN: Genau! – Stefanie Vogelsang [CDU/CSU]: Aber der Sozialismus!)

Der ureigenste Zweck allen Wirtschaftens ist es,

(Dr. Martin Lindner [Berlin] [FDP]: Das ist genau das Richtige! – Gegenruf des Abg. Alexander Süßmair [DIE LINKE]: Halt doch mal den Mund, Mensch! – Gegenruf des Abg. Dr. Martin Lindner [Berlin] [FDP]: Ich lass mir von euch gar nichts verbieten! – Gegenruf der Abg. Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Du redest dich um Kopf und Kragen, Kollege!)

die Vorsorge, die Versorgung zu organisieren, Leben zu erhalten und Lebensqualität herzustellen.

Dieser Zweck wird zunehmend in sein zerstörerisches Gegenteil verkehrt, wenn Produktion und Konsum nicht mehr Mittel zum guten Leben sind, sondern vor allen Dingen Mittel zum Zweck der Geldvermehrung.

(Beifall bei der LINKEN – Cajus Caesar [CDU/CSU]: Sagen Sie doch einmal etwas zur DDR und dazu, wie es dort war!)

An dieses Thema müssen wir herangehen – in der Enquete-Kommission und in der gesellschaftlichen Debatte, die, wie Daniela Kolbe bereits gesagt hat, schon viel weiter ist als das, was Sie uns hier bieten. Ich bin auch froh, dass es so ist; denn ich glaube, dass die Zeit reif ist, um wirklich solche grundlegenden Debatten zu führen. Die Enquete-Kommission ist auch ein Forum, das die Gelegenheit schafft, in der Gesellschaft gemeinsam weiter voranzukommen.

Danke.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dr. Martin Lindner [Berlin] [FDP]: Quatsch!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Dr. Hermann Ott für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

(A) **Dr. Hermann E. Ott** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kurzfristig hatte ich mir überlegt, ob ich nicht alles in meiner Rede umstellen muss. Das werde ich aber nicht tun; denn ich freue mich über die Gelegenheit, eine öffentliche Zwischenbilanz unserer Enquete zu ziehen. Schließlich ist es eine unserer Hauptaufgaben, das Bewusstsein dafür zu wecken, dass unsere gegenwärtige Form des Wirtschaftens nicht zukunftsfähig ist, dass wir dringend neue Antworten auf alte Fragen von Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität brauchen und dass dies sehr schnell und möglichst gemeinsam geschehen muss.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Ich freue mich über den hohen Grad an Gemeinsamkeit, der sich in der Enquete abzeichnet, soweit es die Analyse betrifft – na ja, sagen wir mal: Enquete minus Herr Bernsneider. Wir sind uns einig, dass die Grenzen der Erde auch die Grenzen unserer Ökonomie sind. Wir sind uns einig, dass in vielen Bereichen – vor allen Dingen Klimawandel, Artenvielfalt, Stickstoffeintrag – die Grenzen unserer globalen Ökosysteme bereits überschritten worden sind. Deshalb sind wir uns auch einig, dass wir in Zukunft mit erheblich weniger Energie und Ressourcen auskommen müssen. Wir sind uns sogar einig, dass Wachstum nur ein Mittel und kein Ziel politischen Handelns sein darf.

(B) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN – Cajus Caesar [CDU/CSU]: Das war nie strittig, Herr Kollege!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ehrlich gesagt, hätte ich das vor anderthalb Jahren bei der Einsetzung der Kommission nicht erwartet. Deshalb hat sich die Einsetzung der Enquete schon jetzt gelohnt.

Für mich persönlich hat sich ihre Einsetzung auch deshalb gelohnt, weil ich einiges gelernt habe. Die hohe Bedeutung des Rebound-Effekts war mir zum Beispiel nicht bewusst. Dieser Effekt bewirkt, dass ein Großteil der Verbrauchsminderungen, die durch technische Verbesserungen erreicht werden, durch ein verändertes Verhalten der Menschen wieder neutralisiert wird, ja, dass in manchen Fällen der Verbrauch nach der „Verbesserung“ höher ist als vorher.

Diese Erkenntnis wird tiefgreifende Folgen für die Umwelt-, Wirtschafts- und Technologiepolitik haben; denn das bedeutet, dass technische Veränderungen von politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Änderungen begleitet werden müssen, um wirksam zu sein. Wir werden uns also sehr ernsthaft mit der Preisgestaltung von Energie und Rohstoffen beschäftigen müssen. Was die Abgabe von Schadstoffen in die Umwelt betrifft, werden wir über Obergrenzen für die Abgabe von Schadstoffen sprechen müssen. Und das Wichtigste: Wir werden über Werte reden müssen, über die Bedeutung von Konsum, über den Stellenwert von materiellen

und nichtmateriellen Bedürfnissen. Mit einem Wort: Wir werden auch über Lebensstile reden müssen. (C)

Das sind schmerzhaft Themen. Aber wenn wir es schaffen, sie hier im Bundestag und in der Öffentlichkeit so sachlich und ergebnisorientiert zu diskutieren, wie wir das bisher in der Enquete gemacht haben, dann haben wir eine Chance, die größte Herausforderung des 21. Jahrhunderts zu bestehen: die Selbstbeschränkung unserer Spezies.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN und des Abg. Dr. Matthias Zimmer [CDU/CSU])

Noch etwas habe ich gelernt: Es ist sinnlos, einen Fetisch mit einem Anti-Fetisch zu bekämpfen. Es bringt überhaupt nichts, dem Ruf nach Wachstum den Ruf nach Schrumpfung oder Nullwachstum entgegenzusetzen. Damit begibt man sich nämlich auf eine magische Ebene und hat für die Sachfragen keine guten Lösungen mehr. Denn magisch ist es ja schon, was von Wachstum erwartet wird: Arbeitsplätze, ein gewisser Wohlstand, sogar Glück und Zufriedenheit.

Erstens bringt unsere Art, zu wirtschaften, diese Ergebnisse schon lange nicht mehr. Das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts bedeutet eben nicht automatisch, dass es Arbeitsplätze gibt – das Phänomen des unökonomischen Wachstums –, und schon gar nicht trägt es zum Glück unserer Bürgerinnen und Bürger bei.

Zweitens ist dieses wirtschaftliche Wachstum, wenn wir es als Ziel verfolgen, mit untragbaren Kosten für Gesellschaft und Umwelt verbunden. Wir kannibalisieren unseren Planeten für ein kurzfristiges Feuerwerk der Verschwendung. Das muss aufhören. (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN sowie des Abg. Dr. Matthias Zimmer [CDU/CSU])

Wir meinen, es ist wichtig, sich gar nicht erst in den Streit um Wachstum oder nicht einzulassen; Frau Leidig hat es erwähnt. Stattdessen ist es geboten, dass wir uns auf unsere politischen Ziele konzentrieren: dass alle Menschen ein Auskommen haben, dass sie ihre Fähigkeiten gut entwickeln können und am Leben der Gesellschaft teilhaben können und dass dies in einer Weise geschieht, die auch den Menschen im nächsten Jahrhundert noch eine Chance gibt – von den anderen Geschöpfen unserer Erde ganz zu schweigen. Deshalb sollte erst im zweiten Gang gefragt werden, was die Wirkung unserer Politik auf das Bruttoinlandsprodukt sein könnte. Ehrlich gesagt, glaube ich, dass eine kurzfristige Erhöhung unseres Material- und Energieverbrauchs die Folge einer großen Transformation sein wird. Also: kurzfristig mehr Energie, mehr Emissionen und eine Erhöhung des Bruttoinlandsprodukts, um mittel- und langfristig eine drastische Senkung von Verbrauch und Emissionen zu erreichen.

Wir können das schaffen. Wir haben die historische Chance, den gegenwärtigen Fehlkurs zu korrigieren. Dafür brauchen wir Ideen, Mut und Entschlossenheit. Eini-

Dr. Hermann E. Ott

- (A) ges davon hat sich in der Enquete schon gezeigt. Machen wir weiter so. Ich habe das gute Gefühl, dass wir in einem Jahr ein Ergebnis vorlegen werden, das Bestand hat vor der Aufgabe, die vor uns liegt.

Herzlichen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des Abg. Dr. Matthias Zimmer [CDU/CSU])

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Dr. Matthias Zimmer für die Unionsfraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dr. Matthias Zimmer (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Wir stehen

– so der französische Philosoph Baudrillard –

gemeinsam vor der entscheidenden Frage: Was tun nach der Orgie?

Denn wie eine Orgie mag es uns bisweilen vorkommen: die Welt der Verschwendung, Verschmutzung, die Welt der rücksichtslosen Ausbeutung. Unsere Lebensweise verdankt sich einer technischen Aufbrechung der Natur in einer Form, der die Begrenzungen unseres Planeten aus dem Blick geraten sind. Andererseits: Die Verlockungen des Fortschritts und des Wachstums waren und sind mächtig. Die von der Aufklärung erträumte Vervollkommnung des Menschen haben wir zwar nicht erreicht. Die Überwindung der materiellen Not sowie Hunger und Elend, eine gute medizinische Versorgung, hohe Lebensqualität: Das haben wir für uns erreicht.

- (B) Wir leben im Überfluss der Möglichkeiten, nicht anstrengungslos wie im biblischen Paradies, aber von den Versprechungen des paradiesischen Lebens nicht weit entfernt. Wir haben zwar die Idee des Fortschritts verloren, aber der Fortschritt geht weiter. Doch er hat seinen Preis, besonders die Umweltzerstörung schlägt auf unsere Lebensqualität zurück. Deswegen hat die Kommission auch den Auftrag, sich mit der Frage zu beschäftigen, wie Wachstum und Wohlstand vom Ressourcenverbrauch entkoppelt werden können. Wie können wir innerhalb der Grenzen unseres Planeten nachhaltig wirtschaften und unseren Lebensstandard aufrechterhalten?

Ressourcen entnehmen wir der Natur. Was ist uns Natur? Der englische Philosoph Francis Bacon hat gesagt, Natur ist etwas, das auf die Folterbank gespannt werden muss, damit man ihr die Geheimnisse entreißen kann.

Dieses instrumentelle Verhältnis zur Natur prägt uns noch heute. Wir stehen der Natur entgegen, sie ist uns Mittel für unsere Zwecke, wir nutzen, wir übernutzen sie, nichts an ihr ist heilig, alles ist profan. Wir unterwerfen die Schöpfung industrieller Dienstbarkeit. Das, was wir an der Schöpfung als unzureichend empfinden, wollen wir als Mitingenieure Gottes verbessern. Das ist aus meiner Sicht ein erster Befund: Wir sind infiziert von ei-

ner Denkweise, die die Natur unseren technischen Möglichkeiten überlässt. Dass wir selbst ein Teil der Natur sind, in sie eingebettet, haben wir zu unserem Schaden negiert. Wir sind Teil des technischen Systems geworden, und nicht wenige behaupten, dass hier ein ehernes Gehäuse der Hörigkeit entstanden sei. (C)

Vielleicht aber verstehen wir die Natur nur zu wenig. Nur der kann die Natur beherrschen, der sie versteht – wiederum Bacon. Technikfolgen wären durch Folgetechnik zu beseitigen. Die ökologische Krise ist dann lediglich eine Krise einer besonderen Form der Technisierung, der das notwendige ökologische Wissen fehlt. Wachstum – dies ist eine Antwort, die wir diskutiert haben – ist das beste Mittel, Wachstumsfolgen zu beseitigen. Aus meiner Sicht präsentiert sich dieses Argument in zwei sehr ernsthaften Varianten. Die eine setzt auf Marktmechanismen durch die Internalisierung von Umweltkosten, die andere auf eine Form des ökologischen Umbaus, die grünes Wachstum ermöglicht. Beide Antworten stehen in der Tradition technischen Denkens und suchen Lösungsansätze für die Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch auf der systemischen Ebene. Das „Gehäuse der Hörigkeit“ wird damit nicht verlassen, aber für unsere Zwecke neu ausgerichtet.

Mein Verdacht ist allerdings, dass es damit nicht genug ist. Sieht man in die klassische Philosophie, stellt man fest: Wertvorstellungen des Maßes und der Mitte spielen dort eine große Rolle, die Einordnung in ein Ganzes. Hier zitiere ich wieder Baudrillard:

Die Orgie ist der explosive Augenblick der Moderne, der Augenblick der Befreiung in allen Bereichen. (D)

Das ist eine Freiheit, die um ihre Grenzen nicht mehr weiß, um die Verantwortung, die damit einhergeht, eine Freiheit, die kein Gut mehr kennt und keine religiösen Bindungen, die das Handeln in den Möglickeitsräumen begrenzte. Freiheit explodiert in den Exzess. Die technischen Möglichkeiten der Menschheit übersteigen ihre moralischen. Dies ist aus meiner Sicht ein zweiter wichtiger Befund der Debatte. Nur wenn wir die Balance zwischen Können und Sollen wiederfinden, zwischen technischer Möglichkeit und ethischer Verantwortung, können wir umsteuern. Erst hier rückt die Möglichkeit in den Blick, das „Gehäuse der Hörigkeit“ brüchig werden zu lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ein dritter Befund: Das Wesen unserer Probleme ist heute national nicht mehr fassbar. Im Anblick der Erde vom Weltall aus hat der amerikanische Schriftsteller Archibald MacLeish das schöne Bild geprägt: Wir sind gemeinsam Reisende auf dieser Erde und Brüder in der ewigen Kälte, „riders on the earth together, brothers in eternal cold“. Globalität bedarf eines globalen Bewusstseins. Der Weltinnenraum braucht globale Institutionen. Wir stehen vor einem Paradigmenwechsel, der tief in die Idee der nationalen Souveränität eingreift. Aber nur so werden wir in der Lage sein, die globalen Allmenden

Dr. Matthias Zimmer

- (A) wie das Klima wirksam zu schützen. Das geht über ethische Diskurse über Fernverantwortung weit hinaus. Über die Bedingungen für unser Überleben wird heute global entschieden, und es bedarf einer entscheidungsfähigen institutionellen Fassung, ein Gehäuse der Möglichkeit.

(Beifall bei Abgeordneten im ganzen Hause)

Das erste Jahr der Arbeit in der Enquete-Kommission hat aus meiner Sicht viele wichtige Fragen aufgeworfen und erste Antworten erbracht. Kein Mitglied der Kommission hat sich der Dringlichkeit der Problemstellungen verweigert. Alle scheinen ein zunehmendes Unhaltbarkeitsgefühl zu teilen, das Erich Kästner einmal auf die Formel gebracht hat:

Das geht auf keinen Fall so weiter, wenn das so weiter geht.

Aber wir sind mit sehr unterschiedlichen Lösungsansätzen in die Diskussion gegangen. Vieles davon schließt sich aus meiner Sicht nicht gegenseitig aus, sondern kann sich sinnvoll ergänzen. Daran müssen wir im nächsten Jahr anknüpfen; denn unsere Enkel könnten uns eines Tages fragen: Was habt ihr während der Orgie getan?

(Beifall bei Abgeordneten im ganzen Hause)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat die Kollegin Edelgard Bulmahn für die SPD-Fraktion.

- (B) (Beifall bei der SPD)

Edelgard Bulmahn (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn die Wirtschaft wächst, dann geht es allen Menschen besser – so lautete die klassische Gleichung, die über viele Jahrzehnte wirtschaftliches und sogar politisches Handeln geprägt hat. Aber diese Gleichung geht genauso wenig auf wie die Gleichung „Kein Wachstum ist der Königsweg“. Beide Gleichungen haben im 21. Jahrhundert keine Gültigkeit mehr.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb sage ich ausdrücklich: Die größte Gefahr für ein Scheitern der Enquete sehe ich darin, sich in der scheinbar schlichten Scheinalternative „Wachstum – ja oder nein?“ zu verirren. Wenn wir uns in dieser Scheinalternative verirren, dann werden wir der Herausforderung und der Aufgabe, die uns gestellt worden ist, nicht gerecht.

Globales Wachstum bedeutet eben keineswegs immer globalen Wohlstand. Die Wirtschaft wächst, und gleichzeitig bedroht der Klimawandel unsere Lebensgrundlage auf eine Art und Weise, die für die Menschheit in Gänze existenzbedrohend ist. Die Wirtschaft wächst, und trotzdem geht es vielen Menschen nicht besser, weil sie sich in unsicheren, schlecht bezahlten Beschäftigungsverhältnissen befinden. Das sind allein in Deutschland knapp 6 Millionen Menschen. Herr Bernschneider, wenn Sie sagen, dass Anstrengung und Fleiß sich lohnen sollen,

- dann sage ich dazu ausdrücklich Ja. Damit kann ich aber nicht begründen, und Sie auch nicht, warum eine Erzieherin in unserem Land so viel weniger verdient als zum Beispiel jemand in einer Bank. (C)

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Florian Bernschneider [FDP]: Das ist doch flach!)

Dies zeigt – das sage ich ausdrücklich –, dass wir ein bisschen genauer hinschauen müssen; denn die Erzieherin leistet unglaublich viel, gerade für unsere Zukunft. Genau über diese Zusammenhänge sagt unser Bruttoinlandsprodukt gar nichts aus. Deshalb brauchen wir bessere Maßstäbe, eine bessere Beschreibung von Wohlstand und Lebensqualität. Was wir messen und wie wir messen, beeinflusst unser Handeln. Es zeigt auch, was uns wichtig ist. Teilhabe an Arbeit ist uns wichtig. Bildungschancen sind uns wichtig. Wohlstandsentwicklung und auch seine Verteilung sind uns wichtig. Eine intakte Umwelt, Gesundheit und auch Wirtschaftswachstum, politische Beteiligung und Demokratie – alle Umfragen zeigen, dass das den Menschen wichtig ist.

(Judith Skudelny [FDP]: Uns doch auch!)

Das Messsystem, über das wir im Augenblick diskutieren, wird Werteentscheidungen und den demokratischen Meinungs austausch nicht ersetzen, aber wir können darüber mehr Transparenz herstellen. Das ist wichtig in einer Demokratie. Dieses Messsystem wird die Wirklichkeit besser beschreiben können, über Zusammenhänge informieren und auch aufklären. Vielleicht tragen ja die Diskurse darüber auch dazu bei, eine neue Kultur der Rechenschaftslegung in der Politik zu etablieren. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir unseren Kindern eine ökologisch, ökonomisch und sozial intakte Welt übergeben wollen, dann brauchen wir nicht nur ein neues Messsystem, sondern dann müssen wir auch konkrete Wege beschreiben, wie wir die Probleme lösen wollen, zum Beispiel wie wir den Klimawandel begrenzen und wie wir die Spaltung der Gesellschaft überwinden wollen. Ja, liebe Frau Kollegin Kolbe, da werden manchmal titanische Anforderungen und Erwartungen an uns gestellt; das ist richtig. Wir sollten versuchen, zumindest modellhaft zu zeigen, wie der sozial-ökologische Wandel gelingen kann.

Notwendig ist das ernsthafte Bemühen, überzeugende, realisierbare Modelle und Vorschläge zu erarbeiten, wie diese Transformation, diese Umgestaltung gelingen kann. Es ist notwendig, dass wir Auskunft darüber geben und etwas dazu sagen, wie wir die CO₂-Emissionen in unserem Land und weltweit reduzieren wollen, damit der Klimawandel nicht so dramatisch voranschreitet, wie er es gerade tut. Es ist auch notwendig, dass wir darüber diskutieren, ob es richtig ist, ob das Ziel erreicht werden kann, wenn man zum Beispiel die Förderung von regenerativen Energien mit einem solch dramatischen Todesstoß – 30 Prozent sind ein Todesstoß – einfach zerstört.

Edelgard Bulmahn

- (A) (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dr. Martin Lindner [Berlin] [FDP]: So ein Blödsinn! – Michael Kauch [FDP]: Frau Kraft hat uns dazu aufgefordert! Das ist Wählerverdummung, was Sie da machen! – Dr. Martin Lindner [Berlin] [FDP]: Peinliche Klientelpolitik ist das, was Sie bieten! Das ist lächerlich!)

– Ja, genau diese Diskussion müssen wir führen. Wenn wir diese Diskussion im Parlament nicht führen, dann werden wir – das sage ich Ihnen ganz klar – unserer Verantwortung nicht gerechnet, weil genau das die Erwartung der Bürgerinnen und Bürger an uns ist. Sie erwarten, dass wir dazu Auskunft geben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollegin Bulmahn, gestatten Sie eine Frage oder Bemerkung des Kollegen Kauch?

Edelgard Bulmahn (SPD):

Ja, das nehme ich immer gerne auf.

Michael Kauch (FDP):

Liebe Kollegin Bulmahn, ist Ihnen bekannt, dass unter dieser Bundesregierung ein Anteil von 21 Prozent der erneuerbaren Energien an der Stromproduktion erreicht worden ist – das ist der höchste Wert für erneuerbare Energien, den wir je in diesem Land erreicht haben –, dass wir bei der Photovoltaik einen Ausbaugrad von 7 500 Megawatt pro Jahr in zwei Jahren hintereinander hatten, obwohl Ihr Umweltminister Gabriel – er ist jetzt SPD-Vorsitzender – noch im Jahr 2009 einen Zielkorridor von 1 900 Megawatt angestrebt hatte,

- (B)

(Ulrich Kelber [SPD]: Quatsch!)

dass die Dinge, die Sie hier erklären, offensichtlich nichts mit der Realität zu tun haben,

(Dr. Hermann E. Ott [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Kauch, das wissen Sie auch besser!

insbesondere angesichts der Tatsache, dass wir die Hälfte der EEG-Umlage für 15 Prozent des Ökostroms ausgegeben haben, und dass es nicht nachhaltig ist – Sie sprechen hier über nachhaltiges Wachstum – einen solch hohen Anteil der Kosten für die Bürger für nur eine Technologie auszugeben und die anderen zu vernachlässigen?

(Beifall bei Abgeordneten der FDP – Zuruf von der SPD: Wo ist die Frage?)

Edelgard Bulmahn (SPD):

Ich darf vielleicht mit einer Gegenfrage antworten: Ist Ihnen bekannt, lieber Kollege, dass der Anteil der regenerativen Energien vor zwölf Jahren noch bei ungefähr 5 Prozent lag und der weitaus größte Teil aus Wasserkraft stammte, die aber begrenzt ist? Ist Ihnen bekannt, dass es uns gelungen ist, die 21 Prozent, die Sie nennen,

durch eine konsequente, mutige Politik zu erreichen, indem wir nämlich den Kurs gewechselt und gesagt haben: Wir wollen Wohlstandsentwicklung, Umweltverträglichkeit und eine Begrenzung des Klimawandels zusammenführen, wir wollen für die Welt Vorbild sein, und wir wollen zeigen, dass es möglich ist, für eine Wohlstandsentwicklung zu sorgen, wirtschaftliches Wachstum zu erzielen und gleichzeitig unsere Umwelt zu schonen? Das ist der Erfolg von zwölf Jahren Politik, an der meine Partei und meine Fraktion einen ganz erheblichen Anteil hatten; sonst wäre das nämlich nicht in die Wege geleitet worden.

(Beifall bei der SPD – Dr. Hermann E. Ott [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sehr wahr!)

Ich denke, das wird Ihnen bekannt sein. Ich möchte, dass eine solch erfolgreiche Politik fortgesetzt werden kann.

Wir, liebe Kolleginnen und Kollegen, wollen die Chancen, die eine auf erneuerbare Energien und Ressourceneffizienz gegründete Wirtschaft bietet, mutig nutzen. Wir wollen nicht kleimütig und ängstlich sein. Wir wollen Antworten auf die Frage geben, welche Gesetze, welche fiskalischen Anreize und welche ordnungsrechtlichen Maßnahmen wir brauchen, welche schädlich sind und welche den notwendigen und wichtigen sozialökologischen Wandel unterstützen. Wir wollen auch Antworten darauf geben, wie wir zum Beispiel eine bessere Work-Life-Balance erreichen können. Wir wollen also nicht nur die ökologischen Probleme, sondern auch die sozialen Probleme lösen. Wir wollen nämlich nicht noch in 20 oder 30 Jahren darüber diskutieren, wie wir Frauen bessere Berufschancen eröffnen können. Wir möchten das bitte etwas schneller schaffen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Sabine Leidig [DIE LINKE])

Wir möchten schneller erreichen, dass Zeitwohlstand nicht nur eine Vokabel ist, die in Sonntagsreden benutzt wird, sondern dass er von den Menschen tatsächlich realisiert wird. Wir wollen auch nicht nur in Sonntagsreden darüber sprechen, wie die Kluft zwischen Arm und Reich überwunden wird, sondern wir wollen durch konkrete Vorschläge sicherstellen, dass uns dies gelingt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wichtig sind dabei positive Beispiele, die zeigen, wie wir unsere Wirtschafts- und Lebensweise verändern können, Beispiele, die Menschen Mut machen und Menschen motivieren, sich zu engagieren. Wenn wir die Ressourceneffizienz um den Faktor fünf verbessern wollen, dann bedeutet das eine Revolution in der technologischen Entwicklung, und zwar in einer Dimension, die wirklich mit der industriellen Revolution vergleichbar ist. Es bedeutet auch Chancen, wenn wir hier vorangehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, derartig grundlegende Veränderungen werden neue Wege in der Technologieentwicklung bedeuten – aber nicht allein. Denn diese technologischen Entwicklungen werden nur zum

Edelgard Bulmahn

- (A) Erfolg führen, wenn es uns auch gelingt, soziale, ökologische und wirtschaftliche Ziele zusammenzuführen, also eine Art neuen Gesellschaftsvertrag zu schließen.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollegin Bulmahn, achten Sie bitte auf Ihre Redezeit.

Edelgard Bulmahn (SPD):

Dadurch kommt das Thema Demokratie auf die Tagesordnung. Insofern ist klar, dass dies nicht nur ein technologisches, sondern auch ein politisches Projekt ist.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN sowie der Abg. Sabine Leidig
[DIE LINKE])

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die FDP-Fraktion hat nun die Kollegin Judith Skudelny das Wort.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Judith Skudelny (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Bulmahn, ich freue mich ganz außerordentlich, dass Sie die Bedeutung der Ordnungspolitik, ganz besonders im Klimabereich, hier im Plenum nach vorne getragen haben. Ich erinnere mich an die erste Sitzung der Projektgruppe 4, deren Vorsitzende Sie sind und in der ich Mitglied bin. Sie haben damals mehrfach darauf hingewiesen, dass Sie bezweifeln, dass wir in der PG 4 überhaupt dazu kommen werden, unter ordnungspolitischen Aspekten über Klimapolitik zu sprechen. Ich möchte Sie an dieser Stelle darauf hinweisen, dass ich diejenige war, die Sie immer wieder daran erinnert hat, dass dies zentrale Fragen dieser Enquete-Kommission sind.

(Edelgard Bulmahn [SPD]: Das ist doch keine Frage! Das ist selbstverständlich!)

Ihre Ausführungen hier lassen mich annehmen, dass wir es mit Ihrer Bereitschaft tatsächlich schaffen werden, diese wichtigen Fragen zu beantworten.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Edelgard Bulmahn [SPD]: Das werden wir!)

Wir haben bisher immer über Wirtschaftswachstum gesprochen. Es gibt, global gesehen, aber noch ein ganz anderes Wachstum. Dabei geht es um ein wichtiges Thema, das wir auch in der Enquete-Kommission besprechen müssen: Auf welcher Ebene sprechen wir über diese Fragen? Das ist nämlich schlicht und ergreifend das Bevölkerungswachstum. Es gibt derzeit 7 Milliarden Menschen. Die erste Verdoppelung, von 1 Milliarde Menschen auf 2 Milliarden Menschen, hat 120 Jahre gedauert. Mittlerweile dauert der Sprung um 1 Milliarde Menschen mehr genau zwölf Jahre. Wir haben das Problem, die weiteren Milliarden Menschen medizinisch zu versorgen, zu ernähren, einzukleiden und sie am Wohlstand teilhaben zu lassen. Dieses Problem aufgrund des Wachstums müssen wir tatsächlich global lösen.

(Beifall des Abg. Dr. Georg Nüßlein CDU/
CSU)

(C)

Deswegen bin ich ganz froh, dass wir uns in der Projektgruppe 3 auf die globale Ebene geeinigt haben. Es geht nämlich schlicht und ergreifend nicht darum, was wir in Deutschland machen. Wir in Deutschland stellen gerade einmal 16 Prozent der Bevölkerung auf europäischer Ebene, etwa 5 Prozent der Bevölkerung in allen Industrienationen und 1,2 Prozent – künftig nur noch 0,8 Prozent – der Weltbevölkerung. Selbst wenn wir vollkommen aufhören würden, Abgase zu emittieren, und zwar egal welche, würde das beispielsweise in der Klimakurve nicht einmal eine Delle ausmachen.

(Dr. Martin Lindner [Berlin] [FDP]: So ist das!)

Wir müssen darüber reden, wie wir aus unserer Verantwortung heraus auf globaler Ebene tatsächlich durchschlagend tätig werden können.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Diese Frage ist aber nicht einfach zu beantworten. Mit nationalen Maßnahmen globale Probleme zu lösen, funktioniert schlicht und ergreifend nicht. Bei der Diskussion über die Vorreiterrolle müssen wir uns in regelmäßigen Abständen auch einmal umdrehen und gucken, ob hinter uns eigentlich noch jemand ist.

(Beifall bei der FDP)

Das sind schwierige Fragen, die wir beantworten müssen, was eben nicht sehr einfach ist, weil es um viele Felder geht. Wir laufen vor; aber anderen Nationen, selbst den weit entwickelten Nationen, fällt es einfach schwer, uns zu folgen.

(D)

Nicht von ungefähr sind die USA, die noch vor ein paar Jahren in der Klimapolitik voranschreiten wollten, aufgrund sozialer Probleme jetzt ein Stück zurückgerudert. Nicht von ungefähr diskutieren wir im Zusammenhang mit der Verlagerung der Industrie, die wir in den letzten 20 Jahren betrieben haben, darüber, dass wir in Deutschland durchaus nicht besser geworden sind, was den Klimaschutz angeht, sondern nur eine Aktion „Sauberer Vorgarten“ durchgeführt haben.

Luft, Boden, Wasser: Alles wird in Deutschland besser. Wir versauen es aber in den Schwellen- und Entwicklungsländern. Das sind doch die tatsächlichen Probleme, über die wir reden müssen.

(Beifall des Abg. Dr. Georg Nüßlein [CDU/
CSU])

Dies ist eben nicht so einfach zu beantworten, wie Teile der Opposition uns das vorgaukeln.

Meine Damen und Herren, ich glaube, in der Enquete-Kommission wird tatsächlich besser und ernsthafter geredet, als hier manche Einlassungen der Opposition glauben machen. Ich glaube tatsächlich, dass wir ein gutes Ergebnis erzielen werden.

Am Ende möchte ich zwei Sachverständige zitieren, die ich beide schätze, einen Sachverständigen der Opposition und einen der Regierung. Sie haben gesagt: Eine

Judith Skudelny

- (A) gute, nachhaltige Politik befindet sich zwischen naivem Altruismus und zynischem Pessimismus. – Wenn wir auf dieser Schiene bleiben, dann kommen wir zu guten Ergebnissen.

Ich hoffe, dass die Sacharbeit künftig weiterhin gut bleibt und dass das Ergebnis besser wird als der Anschein, der durch manche Einlassungen in der Diskussion hier erweckt wurde.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für alle nachfolgenden Rednerinnen und Redner: Das Präsidium versichert, dass in jedem Fall noch jemand hinter Ihnen ist – zumindest am heutigen Abend.

(Heiterkeit der Abg. Iris Gleicke [SPD])

Das Wort hat die Kollegin Stefanie Vogelsang von der Unionsfraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Stefanie Vogelsang (CDU/CSU):

- (B) Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Wir haben jetzt hier in der Debatte von unterschiedlicher Seite den Arbeitsauftrag des gesamten Hauses an die Enquete-Kommission beleuchtet. Dies haben wir aus unterschiedlicher parteipolitischer Sicht heraus und mit unterschiedlichen Ansätzen getan. Der eine argumentierte politisch, der andere etwas philosophischer, lieber Matthias Zimmer. Unsere Vorsitzende hat sehr verbindlich formuliert, wieder andere waren sehr viel streitbarer bei der Herausarbeitung von Akzenten. Etliche Beiträge waren auch ideologisch geprägt.

Gegen Ende der Debatte möchte ich mich auf einen Auftrag konzentrieren, den wir im Einsetzungsbeschluss für diese Enquete-Kommission bekommen haben und den wir in der Projektgruppe 2 bearbeiten. Es geht darum, ein Maß zu entwickeln, mit dem wir den Wohlstand von Volkswirtschaften – den Wohlstand der Bundesrepublik Deutschland, aber auch den Wohlstand von China, von Bhutan oder von Südafrika – messen und vergleichen können.

Ich möchte meinerseits mit einer ideologischen Betrachtungsweise beginnen. Wir haben in den letzten 30, 40, 50 Jahren Wohlstand über Wirtschaftswachstum definiert. Die Volkswirte und alle Wirtschaftswissenschaftler haben das nie für sich reklamiert und das Wirtschaftswachstum nie als ein Maß für Wohlstand angesehen.

Wenn ich meine Großmutter gefragt hätte, was Wohlstand ist, hätte ich ganz sicher die Antwort bekommen: dass es uns allen gut geht.

(Zuruf von der LINKEN: Genau!)

Wenn ich sie gefragt hätte: „Was brauchen wir denn dazu, dass es uns allen gut geht?“, dann hätte sie als Erstes geantwortet: dass wir alle gesund sind, dass wir alle eine Arbeit haben, dass wir genug zum Leben haben, dass unsere Umwelt sauber ist, dass wir in unserem Land sicher leben können, dass wir in einem freien Land leben, dass wir sagen können, was wir denken, dass wir

- demokratisch teilhaben können und dass wir ganz viel Wert darauf legen, dass wir mit einem guten Gewissen das, was wir in unserem Leben geschaffen haben, unseren Kindern und unseren Enkelkindern weitergeben können, damit sie genauso gut leben können. – Das wäre für meine Großmutter Wohlstand gewesen. Das wären für sie die Dinge gewesen, die unseren Wohlstand ausmachen.
- (C)

Über genau diese Punkte, etwas akademischer, mit treffenden Worten gut formuliert, diskutieren wir in der Enquete-Kommission. Wir haben uns in der Projektgruppe 2 in den letzten anderthalb bis zwei Jahren ungefähr 30 oder 40 akademische Werke über Indikatoren zur Messung von Wohlstand angeschaut. Wir haben geguckt: Was machen hier die Kanadier? Was machen die Franzosen? Wir haben uns mit den Indikatoren der Österreicher oder mit unterschiedlichen deutschen Ansätzen beschäftigt.

Wir haben uns mit der Frage auseinandergesetzt: Wie können wir am besten das Maß für Wohlstand kommunizieren? Ist es nicht am besten, wenn wir nur eine Zahl kommunizieren? Dann steht sie allmonatlich in der *Bild-Zeitung*, und jeder kann sie verstehen. Sind nicht drei, fünf oder sieben Zahlen zu kompliziert? Frau Bulmahn, 2002 – Sie waren in dieser Zeit Ministerin – lagen der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung etwas über 30 Indikatoren zugrunde. Kennen Sie einen Bürger, der schon einmal von diesen Indikatoren gehört hat?

(Edelgard Bulmahn [SPD]: Ja, kenne ich!

Aber es sind zu viele Indikatoren!)

- (D) Richtig ist, dass wir ganz viele Statistiken haben und in vielen Bereichen Messungen vorgenommen werden, auf die es aber gar nicht ankommt. Wenn jemand etwas zu einem speziellen Thema wissen will, bekommt er dazu Daten geliefert, meistens auch die der letzten 10, 15, 20 oder 25 Jahre. Uns in der Enquete-Kommission geht es darum, etwas zu finden, was einfach zu kommunizieren ist und für alle Menschen verständlich darstellt, wie sich der Wohlstand in der Bundesrepublik Deutschland, und zwar für alle Menschen in der Bundesrepublik Deutschland, im Verhältnis zu dem Wohlstand anderen Ländern entwickelt.

Können wir anhand von Kriterien Gefahren für unseren Wohlstand erkennen? Können wir beurteilen, ob wir so weitermachen können? Können wir ein Wohlstandsgut, zum Beispiel Gesundheit, in ein Verhältnis zur Bildung setzen? Kann beides zusammengemischt und mit einem Indikator angezeigt werden? Wenn wir eine gute Bildung haben, hat der entsprechende Indikator den Wert 1; wenn es uns gesundheitlich schlecht geht, führt das zu einem Indikator mit dem Wert 6. Sollen wir dann nach außen einen Indikator mit dem Wert 3,5 kommunizieren? Das ist nicht darstellbar und nicht vernünftig.

Frau Präsidentin, ich komme zum Ende. Das, worauf wir uns geeinigt haben, ist sinnvoll, nämlich dass wir weiter an einem Indikatorensatz arbeiten wollen, der nur sehr wenige Dimensionen beinhaltet; einige der Dimensionen habe ich vorhin aufgezählt. Vielleicht sollte es noch sogenannte Warnsignale für Spezialisten geben, so-

Stefanie Vogelsang

(A) dass man reagieren kann. Aber in der Hauptsache muss es für die Menschen verständlich sein und das ausdrücken, was schon meine Oma wusste.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Sabine Leidig [DIE LINKE])

Vizepräsidentin Petra Pau:

Ich schließe die Aussprache.

(C)

(B)

(D)